Erklärung des ZK der KPD zum Friedenskampf Seite 2

1 H 3752 CX

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 24 vom 12. Juni 1981 | 15. Jahrgang | 1 DM



„Quoten sind nicht unser Bier — Arbeitsplätze wollen wir", dies riefen die Stahlwerker der Klöckner Hütte in Bremen bei ihrer Protestdemonstration gegen die vom Konzernvorstand angedrohten Massenentlassungen. Im Zusammenhang mit den Verhandlungen der westeuropäischen Stahlkonzerne über die Aufteilung von Produktionsquoten hatte Klöckner mit der Entlassung von 2000 Hüttenwerkern gedroht. An den Protestmärschen, die am Freitag letzter Woche stattfanden, beteiligten sich rund 5000 Beschäftigte der Klöckner Hütte.

Haushaltsberatungen im Parlament

Bonner Streit um Sozialabbau

BONN. — Bei den Beratungen über den Haushalt für 1981, die in der letzten Woche im Bundestag so spät wie noch nie abgeschlossen wurden, ergab sich ein eindeutiges Bild: Alle Parteien waren sich einig, daß soziale Kürzungen unumgänglich seien. Bezeichnend war auch, daß eigentlich schon mehr um den Haushalt für 1982 debattiert wurde als um den jetzt zur Verabschiedung anstehenden.

231,2 Milliarden Mark umfaßt der jetzt zusammengeschusterte Bundeshaushalt 1981.

Dabei beträgt die offiziell eingeplante Neuverschuldung des Bundes 33,8 Milliarden Mark, womit die Verschuldung der Bundesregierung insgesamt auf rund 260 Milliarden Mark ansteigt, die Gesamtschuld der staatlichen Organe (einschließlich der Länderhaushalte und der Gemeindefinanzen) auf runde 500 Milliarden. Allein die Bundesregierung muß dafür jährlich 17 Milliarden an Zinsen bezahlen, die zu rund 80 Prozent direkt den Großbanken zugutekommen.

Für weitere Kreditaufnahmen aber wurde ebenfalls bereits Platz gelassen, vor allem, wie Sprecher aller Fraktionen erklärten, für neue Finanzspritzen für die Bundeswehr. Der offizielle Rüstungsetat umfaßt demnach zwischen 42 und 44 Milliarden Mark, wozu neben den 10 Milliarden der sogenannten Berlinhilfe noch zahlreiche weitere Einzelposten wie Zahlungen an die USA, Forschungsaufträge, Zivilverteidigung usw. kommen, so daß insgesamt rund 25 Prozent des Staatshaushalts für Rüstung ausgegeben werden.

Darüber gab es kaum Streit zwischen den Parteien. Lediglich drei SPD-Abgeordnete wandten sich entschieden gegen diesen Aufrüstungshaushalt, drei weitere enthielten sich der Stimme.

Die hauptsächlichen Auseinandersetzungen gab es um den kommenden Haushalt. Hier sprachen die Redner der CSU/CDU und die der FDP dieselbe Sprache. FDP und CDU sind Vorreiter einer grundsätzlichen Veränderung der Haushaltspolitik und fordern die dafür nötigen neuen Gesetze.

Die SPD ziert sich, wohl wissend, daß sie von ihren Wählern vor allem auch an der Sozialpolitik gemessen wird. Es dürfe „nicht nur die kleinen Leute treffen", so war der Tenor der Beiträge der Parteiführung, einschließlich des Kanzlers. Einzelne Abgeordnete vom linken Parteiflügel der SPD wandten sich gegen diese Pläne überhaupt — ihre Stimmen gingen jedoch unter im Allparteienchor, der sich gegen das „soziale Netz", gegen „Mißbräuche" wandte und für Kürzungen Stimmung machte.

Am selben Tag, an dem der Bundestag debattierte, meldete sich auch bereits Professor Neumark, wissenschaftlicher Berater sowohl des Wirtschafts- als auch des Finanzministeriums, zu Wort und forderte die Streichung des Kindergeldes für das erste Kind, die Kürzung des Arbeitslosengeldes und die Besteuerung der Renten als Maßnahmen zur Sanierung des Staatshaushaltes.

Die gesamte Bundestagsdebatte hat gezeigt, daß die bisherige Rotstiftpolitik erst ein Vorgeschmack von dem war, was die staatlichen Organe im Dienste des Großkapitals planen.

Westberlin

FDP hilft Weizsäcker in den Sattel

Die Fraktion der FDP im Westberliner Senat ist faktisch gespalten: Vier der sieben Abgeordneten beschlossen, bei der Senatswahl die Kandidatur der CDU zu unterstützen und damit den Beschluß ihres eigenen Landesparteitages zu brechen. Ihre Mandate zurückzugeben, lehnten sie ab.

Auch eine nochmalige Verurteilung dieses Vorgehens durch den Landesausschuß der FDP mit zwei Drittel Mehrheit nahmen diese Wahlbetrüger nicht zur Kenntnis. In ihrer Fraktionsentschließung, die mit vier zu drei Stimmen gefaßt wurde, betonen sie gegen ihren Willen, einem CDU-Senat eine, wie sie es nennen, „faire Chance" zu geben.

Das heißt für sie, nicht nur für Weizsäcker zu stimmen, sondern auch Regierungserklärung und Senatshaushalt zu billigen, kurz: die von der CDU geplante antisoziale Politik gutzuheißen und zu ermöglichen.

Damit ist das Bündnis zwischen den CDU-Freunden in Westberlin und der FDP-Parteispitze gegen den Willen der Landespartei Sieger geblieben. Damit wird auch ein weiterer Schritt dabei vollzogen, auf unterer staatlicher Ebene allmählich eine Veränderung der Parteienbündnisse zu vollziehen. — In Hessen und Rheinland-Pfalz werden diese Vorgänge von der FDP-Rechten sehr aufmerksam verfolgt und Maßnahmen getroffen, dies notfalls nachzuahmen.

Stockholmer Institut legt Jahrbuch 81 vor

SIPRI: Aufrüstung macht Atomkrieg wahrscheinlicher

STOCKHOLM. — In seinem neuen Rüstungsjahrbuch 1981 macht das SIPRI (Stockholm International Peace Research Institute) die beiden imperialistischen Supermächte für die gesteigerte Gefahr eines Atomkrieges verantwortlich.

Die Stockholmer Friedensforscher, in Washington stets als KGB-Agenten bezeichnet, in Moskau wiederholt als CIA-Agenten genannt, gelten im allgemeinen als einziges neutrales Friedensforschungsinstitut. Ihre Rüstungsjahrbücher haben daher auch bei allen unabhängigen Friedenskämpfern großen Einfluß.

Das SIPRI geht dabei auch diesmal davon aus, daß in Europa bereits rund 10000 Atomwaffen aller Art stationiert sind. Die gegenwärtigen Anstrengungen zur weiteren Aufrüstung auf beiden Seiten, so der Bericht des Instituts, seien klar nachweisbar keine Folge irgendwelcher technischen Entwicklungen, sondern aus dem Versuch beider Blöcke geboren, mit neuen Angriffswaffen den Gegner zu bedrohen.

Die beiden Supermächte haben dem neuesten Bericht zufolge unterschiedlichen Erfolg bei ihren Bemühungen, ihre sogenannten Partner zur verstärkten Aufrüstung zu bewegen. Während bei der NATO dies im allgemeinen, und besonders in der Bundesrepublik, gemacht werde, sei es im Rahmen des Warschauer Paktes bisher lediglich die DDR, die ihre Militärausgaben in den letzten vier Jahren erheblich gesteigert habe.

Das Institut bekräftigte abschließend seine Unterstützung für die einstimmige Entschließung des schwedischen Parlaments, das eine atomwaffenfreie Zone Nordeuropa unter Einschluß der Ostsee forderte, als ersten Schritt zu einem atomwaffenfreien Europa.

Mit amerikanischen Waffen

Israel bombardiert Atomkraftwerk!

BAGDAD. — Die israelische Regierung Begin befahl am Pfingstwochenende ihrer Luftwaffe, die irakische Atomzentrale Sirak bei Bagdad zu bombardieren! Einer der beiden Reaktoren wurde dabei völlig zerstört, ein französischer Techniker getötet — ob dabei radioaktive Strahlung frei wurde, wurde von irakischer Seite nicht bekanntgegeben.

Die Reaktion auf dieses ungeheuerliche Verbrechen der amokläufenden Begin-Regierung in der Weltöffentlichkeit war so eindeutig, daß selbst der große Bruder in Washington nicht umhin konnte, zumindest den Anschein zu erwecken, er sei nicht über diesen faschistischen Akt informiert gewesen.

Tatsache aber ist nicht nur, daß dieser Angriff mit US-Bombern vom Typ Phantom geflogen wurde, sondern auch, daß beim israelischen Generalstab amerikanische Offiziere tätig sind.

Natürlich paßt es Reagan und Co. nicht in ihre Pläne, wenn die israelische Regierung jetzt ausgerechnet den Irak mit Krieg überzieht, da sie ja vorhaben, die Großmachtpläne Sadam Husseins für ihre eigene amerikanische imperialistische Strategie auszunutzen.

Aber die USA haben bisher alle israelischen Verbrechen in Nahost ohne Vorbehalt gedeckt und waren Tatgehilfe. Bei dieser bisher größten Ungeheuerlichkeit versucht man jetzt, sich aus der Verantwortung zu stehlen.

Die internationale Gremien, die jetzt Sondersitzungen einberufen haben, müssen Israel eindeutig verurteilen! Es müssen Maßnahmen gegen die israelischen Terroristen ergriffen werden!

Nieder mit der faschistischen Begin-Regierung!



Israelische Bomber: von den USA geliefert und bezahlt!

Kommentar der Woche

„Der Kenner genießt und schweigt". Ein anständiger deutscher Abgeordneter auch. Er genießt die Vorzüge und Diäten des Parlamentariedaseins und überläßt das Reden den wenigen, die's nun mal müssen und — um der eigenen Karriere willen — sicher auch wollen, die dann Bundeskanzler, Minister oder wenigstens Oppositionsführer werden. Die haben auch den direktesten Kontakt zu den maßgeblichen Kräften des Landes, die nicht im Parlament sitzen. Man selbst findet sich, wenn's denn sein muß, zu den Abstimmungen mehr oder weniger vollzählig im Plenarsaal ein und gibt seine Stimme ab, ohne sie vorher erhoben zu haben. Und wehe nicht!

Krach im Bundestag

Am 3. Juni wagten es einige Abgeordnete, die bewährten Gleise westdeutscher Volksvertretung zu verlassen. Das Hohe Haus stand Kopf.

Anlaß war der Teil der Haushaltsdebatte, der sich mit dem Rüstungsetat befaßte, und besonders in der SPD hatte man schon vorher damit gerechnet, daß es Widerworte zum Schmidt'schen Regierungskurs geben würde. Vorsorglich vermied man es, die Abgeordneten Duve und Schöfberger, die in der Fraktion ihren Redewunsch geäußert hatten, im Rahmen der offiziellen Rednerliste anzumelden. So erhielten sie das Wort erst kurz vor Mitternacht, als die Debatte im wesentlichen abgeschlossen war und sich die erwähnten anständigen Abgeordneten bereits aufs Bett oder andere nächtliche Vergnügungen freuten und in den Wandelgängen des Bundestages ungeduldig auf die Schlußabstimmung warteten. Damit nicht genug. Den lästigen Störern wurde die ihnen laut Geschäftsordnung zustehende Redezeit auf ein Drittel, fünf Minuten, zusammengestrichen.

Freimut Duve wollte eigentlich nur — typisch für halbherzig-vorsichtige Oppositionelle in der SPD — seinem „Ja" zum Rüstungshaushalt einige erklärende Worte hinzufügen, einige Bedenken gegenüber der blinden Gefolgschaft zu den USA anmelden. Selbst das war zuviel. Und keine Sekunde über die widerwillig zugestandenen fünf Minuten hinaus war vergangen, als er von Bundestagspräsidentin Renger zum Verlassen des Podiums aufgefordert wurde, bevor ihn seine eigenen Parteifreunde niederschrien. Schöfberger und Coppik, die dann, anders als Duve, gegen den Etat stimmten, ging es nicht besser. Eine freie Debatte, aufrüstungsfeindliche Meinungen gar — so etwas will man im Bundestag nicht hören. Offene Aussprache bedeutet für die Regierenden „das Chaos", wie es Herbert Wehner in den Saal brüllte. Das ist das wahre Gesicht der parlamentarischen Demokratie.

„Schwatzbuden" hat Lenin die Parlamente der kapitalistischen Ländern genannt. Diese Meinung auch über das westdeutsche Abgeordnetenhaus zu äußern, ist hierzulande bei Strafe verboten.

Dabei spielt das Interesse der Bevölkerung in all den schönen Reden nicht die geringste Rolle. Die „Dissidenten" waren die einzigen, die es ins Gespräch bringen wollten. Sämtliche Fraktionen des Parlaments treten den Friedenswillen der übergroßen Mehrheit des deutschen Volkes mit Füßen. Eine Umfrage des ZDF ergab vor kurzer Zeit, daß über 60 Prozent selbst der CDU-Wähler gegen die „Nachrüstung" im Reagan'schen Sinne sind, für die Aufnahme sofortiger Verhandlungen mit den UdSSR ohne Vorbedingung. Bei den FDP-Wählern waren es fast 70, bei den SPD-Wählern über 70 Prozent. Kein Wunder: Der Atomtod nicht nach Parteibuch und Wahlzettel fragt, weiß jeder. Und absetzen oder einbunkern können sich außer den Kapitalisten höchstens die Bonner Parlamentarier.

Im Sinne der Lebensinteressen unseres Volkes muß dem schmutzigen Spiel, das da im Bundestag gespielt wird, ein Ende gemacht werden, muß das Volk den Milliardenjongleurern einen dicken Strich durch die Rechnung machen! Wir wollen unseren eigenen Untergang nicht bezahlen! Wir wollen nicht untergehen, nicht sterben für die NATO!

Angst haben die Herren in Bonn vor unserem Widerstand. Angst treibt sie dazu, jede Stimme des Protestes in ihrem eigenen Hause rücksichtslos abzuwürgen. Für uns heißt das: Kein Vertrauen in die „Ensichtigkeit" irgendeiner der Bonner Parteien! Massenhafter außerparlamentarischer Kampf gegen die Aufrüstung, gegen die Atomraketen, gegen die NATO — für die Erhaltung des Friedens, für soziale Verbesserungen, für die Neutralität der Bundesrepublik!

Dieser Kampf wird auch den Oppositionellen in den Regierungsparteien den Rücken stärken, die es wirklich ernst meinen.

Dietrich Lohse

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Sicherheit oder Selbstmord

Bundesbürgerinnen,
Bundebürger,

das kommende Jahrzehnt wird das gefährlichste in der bisherigen Geschichte der Menschheit. Ein dritter Weltkrieg steht vor der Tür. In einem gigantischen Rüstungswettlauf sind die Imperialisten, allen voran die zwei Supermächte USA und UdSSR, zum Endkampf um die Weltherrschaft angetreten. Wieder, wie schon im ersten und zweiten Weltkrieg, geht es um Absatzmärkte, Rohstoffquellen, Einflußsphären, um die Neuaufteilung der Welt.

Kanonen statt Butter

Wärhend Krise, Arbeitslosigkeit, Inflation wachsen, die Sozialleistungen Schritt für Schritt abgebaut werden, verschwenden die Regierungen der imperialistischen Staaten in wahnwitziger Aufrüstung die Steuergelder der werktätigen Massen. Kanonen statt Butter ist die Devise. Dabei reichen die vorhandenen Atomwaffen und andere Massenvernichtungsmittel seit langem, den Gegner mehrfach zu vernichten. In dieser Situation ist die Stationierung jeder weiteren Atomrakete, sei es die sowjetische SS 20, seien es die amerikanischen Pershing II oder Cruise Missiles, ein Schritt näher zum Abgrund.

Raketen sind Magneten

Schon heute gleicht die Bundesrepublik mit rund 70000 auf ihrem Boden stationierten Atomraketen, Atomminen und chemischen und bakteriologischen Massenvernichtungswaffen einem hochexplosiven Pulverfaß. Nirgendwo auf der Welt gibt es eine solche Konzentration von Waffen verheerendster Wirkung wie auf dem Boden unserer Heimat. Das aber ruft im Falle eines Krieges zwischen NATO und Warschauer Pakt zwangsläufig den atomaren Schlag des Gegners hervor. Deutschland, die Bundesrepublik, würden zum zentralen Schlachtfeld werden, einer unvorstellbaren Wüste des Grauens, der atomaren Zerstörung, in der es nichts mehr zu „verteidigen" gibt. Die Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der NATO bedeutet ihren sicheren Untergang!

The Germans to the Front

Zumal es gerade die Absicht der USA, des Kriegstreibers Reagan und seiner Mannschaft ist, durch die geplante Stationierung weiterer modernster Mittelstreckenraketen (Nachrüstungsbeschluß) auf deutschem, auf europäischen Boden, im Falle des Krieges einen Atomschlag von sich auf Europa, auf die Bundesrepublik abzulenken. Zumal es ihre Absicht ist, die Deutschen in vorderster Linie stellvertretend für ihre Interessen, die Interessen des amerikanischen Monopolkapitals, kämpfen und sterben zu lassen. The Germans, die Deutschen an die Front.

Krieg ist kein Schicksal

Gehen wir diesen Weg, indem wir gemeinsam, unabhängig von Weltanschauung und Parteizugehörigkeit, sowohl auf parlamentarischem als auch auf außerparlamentarischem Gebiet den Kampf aufnehmen, um die Regierung zu zwingen, dem Willen des Volkes nach Frieden und Sicherheit Rechnung zu tragen. Jeder mache mit. Der Krieg ist kein unabwendbares Schicksal. Der Friede kann erhalten und gefestigt werden, wenn die Völker die Sache des Friedens in ihre eigenen Hände nehmen, wenn sie sich nicht durch die Lügen der Herrschenden irremachen und betrügen lassen.

Nehmen wir den Kampf auf

In diesem Sinne unterstützt die Kommunistische Partei Deutschlands alle Initiativen, Aufrufe, Aktionen, die geeignet sind, den Frieden sicherer zu machen und den Krieg zu verhindern, kämpft sie gemeinsam mit allen Friedenskräften unseres Volkes:

- Gegen den NATO-Nachrüstungsbeschluß, die Stationierung von Pershing II-Raketen und Marschflugkörpern auf dem Boden der Bundesrepublik
- Gegen den Kriegs- und Aufrüstungskurs der Bundesregierung;
- Für die Herabsetzung der Rüstungsausgaben, das Verbot des Rüstungsexports und des Einsatzes bundesdeutscher Truppen im Ausland;
- Gegen die Unterordnung der Bundesrepublik unter das Diktat und die Strategie der aggressiven amerikanischen Supermacht;
- Für den Austritt aus der NATO, die Schaffung einer neutralen, atomwaffenfreien Bundesrepublik.
- Für die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa;



Gefolgsleute des USA-Imperialismus

Unterstützt werden sie dabei von der Schmidt-Genscher-Regierung, die in serviler, nichtsachtender, blinder „Treue" gegenüber der Reagan-Regierung noch die CDU/CSU-Opposition zu überbieten versucht. Schamlos verrät sie die Interessen des deutschen Volkes zugunsten der amerikanischen Supermacht und den mit ihr liierten westdeutschen Imperialisten. Schamlos bietet sie ihr deutschen Boden als Schlachtfeld, deutsche Soldaten, die bundesdeutsche Bevölkerung als Raketenfutter an. Darin unterscheidet sie sich in nichts von der Honeckerregierung der DDR, die ein gleiches gegenüber der sowjetischen Supermacht tut.

Der Charakter des Krieges

Dabei wäre ein Krieg zwischen NATO und Warschauer Pakt, zwischen den USA und der Sowjetunion — unabhängig davon, wie er entsteht, wer ihn beginnt, wer stärker, wer schwächer ist — ein imperialistischer Krieg, ein Krieg zwischen zwei Räubern um die Teilung der Beute; ein Krieg, in dem wir, die Werktätigen, wie schon zweimal in diesem Jahrhundert, unser und das Leben unserer Kinder für die Profitinteressen der Rüstungskonzerne und Kriegsgewinnler, die Raubinteressen der Imperialisten opfern sollen.

Sicherheit statt Selbstmord

Das, was man uns als „Sicherheit" im Rahmen des westlichen „Verteidigungs"-Bündnisses, der NATO, anbietet, ist nichts weiter als die Aufforderung zum atomaren Selbstmord. Mehr Sicherheit, die Chance zum Überleben, kann es nur geben durch ein Abkoppeln von der Kriegs- und Konfrontationspolitik der Supermächte, dem Austritt aus der NATO, die Schaffung einer neutralen und atomwaffenfreien Bundesrepublik. Es gibt keinen anderen Weg.

Beide Supermächte sind aggressiv

Dabei wendet sich die KPD entschieden gegen den Versuch der DKP, die Friedensbewegung einzuengen, indem sie — trotz ihrer Überfälle auf die Tschechoslowakei und Afghanistan — die Sowjetunion als friedliebende Kraft darzustellen versucht. Millionen friedliebender Bundesbürger sind da anderer Meinung. Sie sehen zu recht sowohl in den USA als auch in der Sowjetunion imperialistische, aggressive Mächte. Die KPD will weder der NATO noch dem Warschauer Pakt Vorteile verschaffen. Im Gegenteil, sie kämpft für den Abbau, die Auflösung der Ost-West-Konfrontation in Europa durch die Auflösung der NATO und des Warschauer Paktes, die Befreiung ihrer Mitglieder aus der Hegemonie der Supermächte in politische Unabhängigkeit und Neutralität.

Für eine Welt des Friedens

Auch wenn es uns gelingen sollte — und es muß uns gelingen, wenn wir bzw. unsere Kinder das Ende dieses Jahrhunderts noch erleben wollen, — die Konfrontation der Kriegspakte NATO und Warschauer Pakt mit den zwei Supermächten an der Spitze in Mitteleuropa zu verhindern, ist damit der Krieg nicht aus der Welt geschafft. Solange Imperialismus, Kapitalismus, Klassen bestehen, wird es immer wieder zu Konfrontationen, zu Kriegen kommen. Erst eine Welt des Sozialismus, des Kommunismus, der klassenlosen Gesellschaft wird eine Welt des Friedens sein. Darum: Kämpft mit in den Reihen Eurer Partei, der KPD, für Frieden, Freiheit und Sozialismus!

Kommunistische Partei
Deutschlands
Zentralkomitee

Kluncker kontra ÖTV-Jugend

Widerstand gegen Atomraketen nicht erlaubt?

ÖTV-Hauptvorstand will Kampf gegen Nachrüstung unterdrücken

STUTTGART. — In der letzten Ausgabe des „Roten Morgen" berichteten wir über einen „Maulkorberlaß" der ÖTV-Führung zur Unterdrückung gewerkschaftlichen Engagements gegen die Bonner Rüstungspolitik und speziell gegen den Nachrüstungsbeschluß. Die entsprechenden Beschlüsse des ÖTV-Hauptvorstandes sind nun in der neuesten Ausgabe des „ÖTV-Magazins" veröffentlicht worden. Es zeigt sich, daß diese Beschlüsse speziell auch an die Adresse des Bundesjugendausschusses der ÖTV-Gewerkschaft gerichtet sind, der sich für eine zentrale Aktion der DGB-Jugend gegen die Nachrüstung ausgesprochen hatte.

Am 15. Mai dieses Jahres führte der Hauptvorstand der Gewerkschaft ÖTV in Kassel eine Sitzung durch, auf der er drei Beschlüsse zum Thema „Nachrüstung" faßte. Erstens verabschiedete er einen sogenannten Appell „Das Wettrüsten beenden"; zweitens machte er die Feststellung, daß die Position des Bundesjugendausschusses der ÖTV in der Nachrüstungsfrage *„in wesentlichen Positionsbestimmungen nicht den Festlegungen der Gewerkschaft ÖTV zur Friedens- und Entspannungspolitik"* entspreche; drittens faßte er den Beschluß, daß es Mitgliedern und Gliederungen der ÖTV untersagt sei, als gewerkschaftliche Organe der ÖTV an der Bewegung gegen den NATO-Nachrüstungsbeschluß teilzunehmen.

Die entscheidende Passage in dem Appell „Das Wettrüsten beenden" lautet folgendermaßen:

„Das Wettrüsten muß beendet werden. Ziel bleibt die allgemeine und kontrollierte Abrüstung. Langfristig müssen alle atomaren Waffen und andere Massenvernichtungsmittel einschließlich der Neutronenbombe sowie die Entwicklung neuer Waffentechnologien verboten werden, und zwar in Ost und West.

Wer lediglich die Reduzierung des Rüstungspotentials für eines der großen militärischen Bündnissysteme fordert, ist mit diesen gewerkschaftlichen Festlegungen nach einer beiderseitigen ausgewogenen und kontrollierten Abrüstung nicht in Übereinstimmung."

Auf den ersten Blick könnte es scheinen, als seien diese Ausführungen lediglich eine Abgrenzung gegenüber der Position, die von der DKP als „Friedenspolitik" verkauft wird und die darin besteht, daß lediglich die NATO bzw. die amerikanische Supermacht den Frieden bedrohen sollen, während die Sowjetunion angeblich für den Frieden kämpft, die Aufrüstung des Warschauer Paktes also Verteidigungscharakter habe.

In Wahrheit aber wird hier die DKP-Politik nur zum Vorwand genommen, um unter der Parole der „beiderseitigen, ausgewogenen und kontrollierten Abrüstung" den NATO-Nachrüstungsbeschluß unausgesprochen zu verteidigen und um die Friedensbewegung in der Bundesrepublik und in Westeuropa gegen die NATO-Hochrüstung und gegen die Kriegspolitik beider Supermächte anzugreifen, sie zur Unterstützung der sowjetischen Aggressionspolitik zu bezichtigen.

Im Kern läuft die Position des ÖTV-Hauptvorstands, die mit der des DGB-Bundesvorstands identisch ist, auf die imperialistische „Vaterlandsverteidigung" hinaus, auf die Rechtfertigung der amerikanischen Konfrontationspolitik und der Gefolgschaft Bonns mit dieser Politik, die uns zum Raketenfutter der US-Strategie und Deutschland zum zentralen Schlachtfeld des dritten Weltkriegs macht.

Nicht etwa die DKP und ihr Umfeld sind der Adressat der Beschlüsse des ÖTV-Hauptvorstands, sondern alle Gewerkschafter, die einen aktiven Kampf für den Frieden und gegen den mörderischen Nachrüstungsbeschluß führen, speziell aber der Bundesjugendausschuß der ÖTV-Gewerkschaft, der klar und eindeutig gegen den Nachrüstungsbeschluß Stellung bezogen und sich zum Widerstand gegen seine Verwirklichung bekannt hat.

So hat der Bundesjugendausschuß der ÖTV beispielsweise dem DGB-Bundesjugendausschuß vorgeschlagen, einen zentralen Protestmarsch gegen die Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenraketen in Europa und der Bundesrepublik zu organisieren.

Am 29. März 1981 hat der Bundesjugendausschuß der ÖTV-Gewerkschaft seinen Standpunkt zum Nachrüstungsbeschluß in einem Beschluß dargestellt. Die oben erwähnte Ausgabe des „ÖTV-Magazins" (Nr. 6, Juni 1981) veröffentlichte eine zusammenfassende Version dieses Beschlusses. Der Text widerlegt ausführlich die Rechtfertigungsargumente der Befürworter des Nachrüstungsbeschlusses, und er stellt fest, daß sich die Weltlage durch diesen Beschluß weiter zugespitzt hat, daß der Weltfriede *„angesichts des gigantischen Waffenarsenals in Ost und West in dramatischer Weise"* gefährdet ist. Wörtlich heißt es in dem Beschluß:

„Von geradezu lebenswichtiger Bedeutung — gerade auch im Interesse der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften — ist daher die Rücknahme des sogenannten ‚Nachrüstungsbeschlusses', das heißt die Verhinderung der weiteren Produktion neuer Waffensysteme und deren Stationierung in Europa, sowie die sofortige bedingungslose Aufnahme von Abrüstungsverhandlungen."

Der ÖTV-Hauptvorstand greift in seinem oben erwähnten Beschluß vom 15. Mai den Standpunkt des ÖTV-Bundesjugendausschusses genau auf der Basis seines nur vordergründig gegen den prosowjetischen Standpunkt gerichteten Schlagworts von der *„ausgewogenen Abrüstung"* an: Der Bundesjugendausschuß weiche von der offiziellen Position der ÖTV ab, weil er *„das Prinzip einer beiderseitigen ausgewogenen und kontrollierten Abrüstung in Ost und West nicht hinreichend"* beachte.

Wer erfüllt denn dann eigentlich die Forderung, dieses „Prinzip hinreichend zu beachten"?

Es ist ganz klar: Diejenigen erfüllen es, die sich darauf beschränken, allgemeine Phrasen über Entspannung, Abrüstung und Frieden zu dreschen und fromme Wünsche darüber zu äußern, daß eines fernen Tages „alle atomaren Waffen einschließlich der Neutronenbombe" verboten werden. Nicht aber diejenigen, die **hier und jetzt** gegen die wahnwitzige Aufrüstung Widerstand leisten, nicht diejenigen, die das Verbot der Neutronenbombe heute fordern, noch **bevor** sie gebaut und in unserem Land stationiert ist.

Diejenigen, die sich der von der Bonner Regierung betriebenen „Sicherheitspolitik" entgegenstellen, die nicht zulassen wollen, daß Reagan und seine Mannschaft nach dem Motto „The Germans to the front" den Deutschen die Ehre zugestehen, für die Interessen des amerikanischen Monopolkapitals verrecken zu dürfen, werden von Kluncker und Co. als Söldlinge Moskaus diffamiert.

Das Schlagwort von der *„ausgewogenen Abrüstung in Ost und West"* hat für die DGB-Führer nur den Zweck, die Gewerkschaften davon abzuhalten, gegen die konkrete Aufrüstung, gegen die zunehmenden Kriegsvorbereitungen der beiden Militärblöcke, gegen die Bonner Kriegspolitik zu kämpfen. Vollends deutlich wird dies an dem dritten Teil des Komplexes, den der Hauptvorstand der ÖTV in Kassel zum Thema „Friedenspolitik" beschlossen hat. Wir zitieren aus dem „ÖTV-Magazin":

„Weiter ist vom Hauptvorstand beschlossen worden:
- *Der ‚Krefelder Appell' vom 15. und 16. November 1980 entspricht nicht den Beschlüssen der Gewerkschaft ÖTV und des Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Friedens- und Entspannungspolitik.*
- *Die Gewerkschaft ÖTV wird sich weiterhin nicht an Aktionen des ‚Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit', des ‚Krefelder Appells' oder ähnlicher Initiativen beteiligen.*
- *Auch kein Mitglied der Gewerkschaft ÖTV ist legitimiert, sich im Namen der Gewerkschaft ÖTV an irgendwelchen Aktionen oder Aktivitäten des sogenannten ‚Krefelder Appells' oder des ‚Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit' oder ähnlicher Initiativen zu beteiligen."*

Die jeweilige Hinzufügung *„oder ähnlicher Initiativen"* verdeutlicht, daß es der ÖTV-Führung keineswegs nur um die Ausgrenzung des moskauhörigen DKP-Kurses geht, sondern darum, die Gewerkschaften aus der Opposition gegen den Bonner Kriegskurs, aus der Bewegung gegen die Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenraketen herauszuhalten.

Ein zentraler Protestmarsch der DGB-Jugend gegen die Nachrüstung, wie er vom ÖTV-Jugendausschuß vorgeschlagen wurde, wäre ein enorm wirksamer Beitrag zur Stärkung der Friedenskräfte und ihres Widerstandes gegen die Bonner Kriegspolitik. Er würde zur weiteren Isolierung der Kräfte in der Führung von SPD und FDP beitragen, die um jeden Preis den Nachrüstungsbeschluß auf Kosten der Lebensinteressen des deutschen Volkes durchpeitschen wollen. Nicht zuletzt geht es den Kluncker, Mertens und Co. mit ihren Beschlüssen vom 15. Mai darum, eine solche Aktion der DGB-Jugend zu unterdrücken.

Sie wollen den gewerkschaftlichen Kampf gegen die Stationierung der amerikanischen Atomraketen abwürgen: ÖTV-Vorsitzender Heinz Kluncker und stellvertretender Vorsitzender Siegfried Merten.

Ortsdelegiertenkonferenz HBV Düsseldorf

Die Stationierung der Atomraketen verhindern

Die Ortsdelegiertenkonferenz der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen in Düsseldorf verabschiedete einstimmig einen Antrag „Gewerkschafter für Frieden und Abrüstung". Unter anderem heißt es in dem Antrag wörtlich:

„...Der sogenannte Nachrüstungsbeschluß der NATO erweist sich immer offensichtlicher als verhängnisvolle Fehlentscheidung. Die Stationierung weiterer Atomraketen in Europa und der Bundesrepublik würde unsere Sicherheit nicht erhöhen, sondern zusätzlich gefährden. Der sogenannte Nachrüstungsbeschluß stellt außerdem keine Voraussetzung, sondern ein wesentliches Hindernis für weitere Abrüstungsverhandlungen dar.

Der ungehinderte Rüstungswettlauf führt zu immer größeren Belastungen der Arbeitnehmer und ihrer Familien; die Arbeitslosigkeit wächst, es droht eine neue Wohnungsnot, Mittel für Bildung und Forschung werden gekürzt. Während in allen sozialen Bereichen der Rotstift regiert, wächst der Verteidigungshaushalt unaufhörlich.

Diese bedrohliche Entwicklung muß unverzüglich gestoppt werden. Deshalb fordern wir von der Bundesregierung, daß
- **ohne weitere Verzögerung und ohne größere ‚Denkpausen' Verhandlungen aufgenommen werden, um die eurostrategischen Waffen in Europa zu begrenzen (miteinander reden, statt gegeneinander rüsten);**
- **die Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen in Westeuropa durch die Rücknahme des NATO-Beschlusses doch noch verhindert wird;**
- **die Wiener Verhandlungen über den Truppenabbau in Europa beschleunigt und intensiviert werden;**
- **keine Neutronenbombe in der Bundesrepublik stationiert wird;**
- **der Rüstungsetat zugunsten sozialer Investitionen gesenkt wird (soziale Sicherheit statt militärischem Aufwand);**
- **schnellstmöglich eine europäische Abrüstungskonferenz einberufen wird...**

Der Frieden ist das Hauptproblem aller Arbeitnehmer und ihrer Familien und die wichtigste Grundlage für die Entwicklung des sozialen und politischen Fortschritts.

Angesichts der beschriebenen Situation halten die Delegierten auch eigene gewerkschaftliche Aktivitäten für Frieden und Abrüstung, die über den Antikriegstag hinausgehen, für unbedingt notwendig. Aus diesem Grunde schließen sie sich der Forderung der Gewerkschaftsjugend an, einen Protestmarsch
- **gegen die Stationierung von neuen Mittelstreckenraketen in Europa und der Bundesrepublik..." durchzuführen.**

Landesbezirksjugendkonferenz der IG Druck und Papier

„Das ist Wahnsinn und muß verhindert werden"

Auch die Landesbezirksjugendkkonferenz der IG Druck und Papier in Baden-Württemberg faßte vor kurzem einen Beschluß, der zum Widerstand gegen die Stationierung der Mittelstreckenraketen aufruft. Wörtlich heißt es in der einstimmig verabschiedeten Entschließung der Junggewerkschafter:

„Niemals nach 1945 waren Vernichtungspotential und Kriegsgefahr so groß wie heute. Konfrontation und Aufrüstung nehmen zu. Nachrichten über Produktion und Beschaffung von Massenvernichtungswaffen in Ost und West häufen sich erschreckend an. Wir wissen: Den nächsten Krieg gewinnt der Tod. Deshalb wenden wir uns entschieden gegen die Pläne, Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik zu stationieren.

Mit diesen neuen Waffen, die eine vielfache Sprengkraft der Hiroshima-Bombe haben, wird ein Atomkrieg führbarer. Wir alle, unsere Freunde und Verwandten und Kinder, würden als erste sterben. Ganz Mitteleuropa würde eine tote Atomwüste. Das ist Wahnsinn und muß verhindert werden. Wir als Gewerkschafter stehen dabei in erster Reihe. Wir wissen, die abhängig Beschäftigten brauchen Butter, keine Kanonen. Wir werden alles tun, um den Frieden sicherer zu machen. Deshalb begrüßen wir den Krefelder Appell und unterstützen seine Forderungen an die Bundesregierung, die Zustimmung zur Stationierung von Pershing II und Marschflugkörpern zurückzuziehen.

Wir fordern alle Mitglieder unserer Gewerkschaft auf: Beteiligt euch an den Aktivitäten des DGB und der Einzelgewerkschaften gegen die wachsende Kriegsgefahr. Machen wir den 1. September, den Antikriegstag 1981, zum Kampftag gegen Mittelstreckenraketen."

DKP und Betriebsratswahlen

Am Rockzipfel der korrupten Geheimratscliquen

„UZ" hetzt gegen klassenbewußte Opposition in Gewerkschaften

Die Betriebsratswahlen 1981 werden demnächst im wesentliche abgeschlossen sein. In einer erheblichen Zahl von Betrieben kam es in diesem Jahr zu beachtlichen, teilweise geradezu spektakulären Erfolgen klassenkämpferischer Kandidaten und Listen, die in Opposition zu den oft extrem unternehmerhörigen etablierten Betriebsratscliquen und ihrer sozialpartnerschaftlich orientierten Politik angetreten sind. Wie sieht die Berichterstattung der Tageszeitung „UZ" („Unsere Zeit"), Sprachrohr der DKP-Führung, zu den Betriebsratswahlen aus? Welche Haltung nimmt die DKP-Führung zu den oppositionellen Kandidaten und Listen ein?

Zunächst muß festgestellt werden, daß die Leser der „UZ", in erster Linie also die Mitglieder und Sympathisanten der DKP, aus „ihrer" Tageszeitung bisher erbärmlich wenig Konkretes über die Betriebsratswahlen erfuhren. Selbst so spektakuläre Einzelfälle wie etwa die Auseinandersetzungen bei den Farbwerken Hoechst oder auf der Hamburger Großwerft HDW, die auch in der normalen bürgerlichen Tagespresse überregionale Beachtung fanden, tauchten in der „UZ" entweder überhaupt nicht auf und wenn doch, dann höchstens in Form einer dürftigen Meldung mit minimalem Informationsgehalt.

Dabei liegt die Brisanz gerade dieser beiden Fälle doch auf der Hand: es kam hier zum offenen Kampf innerhalb der gewerkschaftlichen Funktionärskörper auf betrieblicher Ebene und die Bonzen der IG Chemie bzw. der IG Metall sind darangegangen, mit Massenausschlüssen die fortschrittlichen Teile der gewerkschaftlichen Vertrauensleutekörper in diesen beiden Großbetrieben zu liquidieren.

Über diese Massenausschlußverfahren und wie es dazu kam, über den Sturz der reaktionären Kock/Peters-Clique bei HDW und deren Unterstützung durch die Hamburger Ortsverwaltung der IG Metall erfuhr man als „UZ"-Leser bislang keine Silbe. Das gleiche gilt für nahezu alle anderen Fälle, wo oppositionelle Gewerkschafter erfolgreich gegen korrupte Geheimratscliquen Front gemacht haben.

Aber die DKP-Führung begnügt sich nicht damit, der „UZ"-Leserschaft systematisch jede nennenswerte Information und Aufklärung über die Betriebsratswahlen vorzuenthalten. Sporadisch serviert diese „sozialistische Tageszeitung" ihren Lesern Artikel, die vorgeben, über die Betriebsratswahlen zu berichten, während sie in Wirklichkeit aber nur ein trübes Gebräu bieten, bestehend aus Lügen, demagogischen Jubelsprüchen über die „Einheitsgewerkschaften" und deren angeblich gewaltige Erfolge sowie pauschaler Diffamierung aller oppositionellen Listen als „Spalter" und „Gewerkschaftsfeinde".

Ein solcher Beitrag fand sich wieder einmal in der „UZ" vom 20. Mai. Überschrift: „Bei Betriebsratswahlen wurde den Spaltern und ihren Listen eine Abfuhr erteilt". Unterzeile: „Die Einheitsgewerkschaften konnten ihre Position gegenüber 1978 stark verbessern". Der Vorspann des dürftigen Artikelchens gibt vor, eine „Zwischenbilanz" der diesjährigen Betriebsratswahlen zu liefern. Was dann jedoch folgt: siehe oben. Auch in diesem Artikel ist der Informationsgehalt fast gleich null.

Da wird zunächst einmal die faustdicke Lüge verbreitet, die Gewerkschaftsapparate hätten sich für Persönlichkeitswahl stark gemacht, während die oppositionellen Kollegen „massive Versuche" unternommen hätten, „gewerkschaftliche Einheitslisten zu verhindern". Wer die Betriebsratswahlen jedoch verfolgen konnte, weiß, daß das Gegenteil der Fall ist.

Zu Beginn der Betriebsratswahlen erschien sogar im Funktionärsorgan der IG Metall ein Beitrag von Heinz Hawreliuk, der faktisch Listenwahl propagiert. Das Eintreten der oppositionellen Kräfte für Persönlichkeitswahl wird von Hawreliuk als „gerissene Taktik" der Linken dargestellt und gleichzeitig erklärt Hawreliuk arrogant, es könne der IG Metall schließlich nicht zugemutet werden, mit „Chaoten und Gewerkschaftsfeinden" gemeinsam auf einer Liste zu kandidieren.

Die „UZ" führt dann im weiteren ein sogenanntes Zwischenergebnis der IG Metall an, das aus der Hofberichterstattung des Herrn Loderer stammt und Zahlen aus „ausgewählten" Betrieben präsentiert. Das einzige, was diese Zahlen aber aussagen, ist, daß in den angegebenen Betrieben mehr als 90 Prozent der gewählten Kandidaten in der IG Metall organisiert sind.

Die „Aussagekraft" solcher „Ergebnisse" läßt sich schlagend am Beispiel von HDW/Hamburg darstellen, wobei am Rande vermerkt sei, daß HDW/Hamburg unter den „ausgewählten" Betrieben nicht zu finden ist: Auch bei HDW/Hamburg setzt sich der neugewählte Betriebsrat zu über 90 Prozent aus Mitgliedern der IG Metall zusammen. Wenigstens noch im Moment.

Käme allerdings die Hamburger Ortsverwaltung der IGM mit ihren Ausschlußverfahren gegen insgesamt 42 Vertrauensleute der IG Metall (darunter übrigens zwei DKP-Mitglieder) durch, die auf der oppositionellen Liste „Aktive Metaller" kandidiert hatten, so würde der Anteil der eingeschriebenen IGM-Mitglieder im Betriebsrat dieser Großwerft schlagartig auf weniger als die Hälfte sinken, da die „Aktiven Metaller" durch ihren Wahlerfolg die Mehrheit der Betriebsratsmitglieder stellen.

Nach ihrem dieserart geführten „Beweis" für die „großen Erfolge der Einheitsgewerkschaften" im Metallbereich erwähnt die „UZ" der Ausgewogenheit halber, daß es auch Fälle gegeben habe, wo „Spalterlisten" Erfolge erzielt hätten. Als einziges konkretes Beispiel für einen solchen Fall wird dann folgendes ausgeführt:

„Inkonsequente Betriebsratstätigkeit führt zur Stärkung von Spalterlisten. Das bewies sich u.a. beim Dortmunder Hoesch-Werk ‚Union'. Dort gewann eine gewerkschaftsfeindliche Gruppe 31,7 Prozent aller Stimmen."

Nun weiß der „UZ"-Leser Bescheid! Kein Wort über die Hintergründe der Wahl bei Hoesch-Union. Keine Silbe darüber, daß die „gewerkschaftsfeindliche Gruppe", ganz im Gegensatz zur Betriebsratsspitze, die von der IGM-Ortsverwaltung gestützt wird, den Kampf um die Erhaltung der Arbeitsplätze und für die Forderung „Stahlwerk jetzt!" bei Union organisiert hat und weiter organisiert.

Und natürlich auch kein Wort darüber, daß der Dortmunder IGM-Chef Dietrich den Vertrauensleuten bei Union damit gedroht hatte, falls sie den von der RGO-Betriebsgruppe unterbreiteten Vorschlag einer Einheitsliste (und damit Persönlichkeitswahl) annähmen, werde er den Vertrauensleutekörper einfach auflösen. Auch daß es sich bei der „gewerkschaftsfeindlichen Gruppe" um die RGO-Betriebsgruppe handelt, erfährt der „UZ"-Leser nicht.

Vielmehr folgen auf diese kärglichen Aussagen über Hoesch-Union sofort, damit die „Ausgewogenheit" nicht gar zu weit getrieben wird, wieder typische „UZ"-Jubelmeldungen: Die IG Bergbau und Energie — so wird stolz verkündet — könne im Arbeiterbereich einen Anteil von 97,8 Prozent IGBE-Mitgliedern in den Betriebsräten vermelden. Danach folgen dann ähnliche, wenn auch nicht ganz so überwältigend hohe Erfolgsmeldungen über die IG Chemie und die HBV, womit die „Zwischenbilanz" der „UZ" dann bereits abgeschlossen ist.

Ein dreifach Hoch den Adolf Schmidt, Karl Hauenschild und Hermann Rappe! Bei solchem Verständnis von „Einheits"-Gewerkschaft drängt sich der Vergleich mit jener Bruderpartei (oder besser Vaterpartei?) der DKP im anderen deutschen Staat auf, die ebenfalls die „Einheit" im Schilde respektive in ihrem Namen führt. Auch das berüchtigte Hetzorgan der IGBE-Führung nennt sich sinnigerweise „Einheit", obzwar von nachgerade dieses Blättchen nicht nur wirkliche Kommunisten, sondern auch die DKP wenn nicht zum Satan in Person, so doch zumindest zum Hauptfeind der Gewerkschaften und der Menschheit schlechthin erklärt. Aber sei's drum! Hauptsache Einheit...

Die Geschichte der Arbeiterbewegung kennt genügend Beispiele dafür, daß die große Losung der Einheit von den übelsten Spaltern schamlos mißbraucht und in den Dreck gezogen wurde. Sie lehrt uns, gerade denen am gründlichsten zu mißtrauen, denen diese Losung wie Speichel aus dem Munde trieft.

Wenn die DKP-Führer und ihre „UZ"-Schreiberlinge allerdings glauben, mit Hilfe des Zauberwortes „Einheitsgewerkschaft" alle Widersprüche verkleistern, das übelste Spaltertum bemänteln, jeden Verrat vergessen machen und Tatsachen durch leere Phrasen ersetzen zu können, so irren sie sich.

Die Arbeiter orientieren sich letzten Endes nicht daran, wer am lautesten und häufigsten Einheitsgewerkschaft schreit, sondern daran, wer sich in Taten für ihre Verwirklichung einsetzt. Ein Beispiel dafür sind die diesjährigen Erfolge der RGO und anderer klassenkämpferischer Kollegen und Gruppen, die mit klaren Forderungen und konsequenten Kampfprogrammen bei der Betriebsratswahl gegen die Handlanger der Unternehmer und die Gefolgsleute der DGB-Bonzen und ihre Linie der Sozialpartnerschaft angetreten sind.

Die Leser der „UZ" jedoch sollten sich fragen, ob sie es verdient haben, sich mit derartig miesem revisionistischen Lumpenjournalismus für dumm verkaufen zu lassen.





Bei Betriebsratswahlen wurde den Spaltern und ihren Listen eine Abfuhr erteilt

Die Einheitsgewerkschaften konnten ihre Position gegenüber 1978 stark verbessern

Für IG Metall 4920 von 5338 Mandaten

Es wurden mehr Ausländer gewählt

Alle drei Jahre werden in den meisten Betrieben mit über zehn Beschäftigten die Betriebsräte gewählt.

Keine Berichte über oppositionelle Listen; keine Information zu den innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen; nichts über die Ausschlußverfahren gegen klassenkämpferische Gewerkschafter. Stattdessen Lügen und leere Phrasen über „die Erfolge der Einheitsgewerkschaften". Das ist die „Berichterstattung" der „UZ" über die Betriebsratswahlen.

Richtigstellung

Leider sind uns in dem Artikel über die Vorgänge bei HDW/Hamburg nach dem Wahlsieg der oppositionellen Liste „Aktive Metaller" (RM 22/81, S. 3 „Abgewählte Betriebsratsbonzen ziehen um in die Chefetage") einige Fehler unterlaufen. Der Grund dafür liegt in ungenügendem Recherchieren durch die Redaktion. Ein Genosse von HDW/Hamburg wies uns auf die Fehler hin und schickte uns gleichzeitig eine Richtigstellung, die wir nachstehend abdrucken.

Zunächst einmal müssen wir selbstkritisch sagen, daß wir euch nicht ausreichend und zeitig mit Informationen von HDW/Hamburg versorgt haben. Deshalb wart ihr wohl gezwungen, auf andere Veröffentlichungen zurückzugreifen. Dadurch sind euch aber einige Fehler unterlaufen:

1. Bisher war nicht die doppelte Anzahl von gesetzlich vorgeschriebenen Betriebsräten freigestellt, sondern zwei zusätzliche und ein Fachvertreter. Jetzt will der Vorstand nur noch einen zusätzlich zubilligen und nur dann einen Fachvertreter, wenn der Programmlohn eingeführt wird! Die Mehrheit im Betriebsrat hat jetzt die Freistellung von 6 + 2 + 1 beschlossen. (Vorher 7 + 2 + 1) Dabei enthielten sich die Bonzen.

2. Der bisher freigestellte Betriebsrat Dutschke wird nicht Leiter, sondern Sachbearbeiter für Vorschlagswesen, einer Einrichtung, die schon lange besteht und wo er zusätzlich „arbeitet". Der Exstellvertretende BR-Vorsitzende Peters wird Sachbearbeiter in der Personalabteilung und es besteht die Möglichkeit, daß er den betagten jetzigen Personalchef für Hamburg ablöst.

3. Um für ein weiteres bisher freigestelltes BR-Mitglied, das ganz aus dem BR geflogen ist, einen Posten freizumachen, wurde ein Vorarbeiter vorzeitig über den Sozialplan in den Ruhestand geschickt.

4. Um der zweiten Lieblingssekretärin der Bonzen einen Posten zu verschaffen, sollte gegen alle Gesetze eine schwerbeschädigte Kollegin versetzt werden, was diese zutiefst getroffen hat. Nach Eingreifen des neuen Betriebsrates konnte dies zunächst unterbunden werden. Jetzt aber geht die Kollegin „freiwillig". Aber der Posten muß ausgeschrieben werden. Die andere Sekretärin mußte gegen ihren Willen mit Peters gehen!

5. Dies alles geschieht nicht nur, um den verdienten Bonzen Posten zu verschaffen, vielmehr dient es vor allem dazu, daß diese Bonzen weiterhin von strategisch günstigen Posten aus ihre Wühlarbeit fortsetzen können. Ihr Konzept ist es, von ihren Posten aus über die Vertrauensleute einen Gegenbetriebsrat zu bilden, die Belegschaft zu spalten und den neuen Betriebsrat zu stürzen. Deswegen nehmen sie auch keine verantwortungsvolle Aufgaben im Betriebsrat an (die ihnen leider vom neuen BR-Vorsitzenden ständig angeboten worden sind!) Sie wollen über die Bereiche mit den ihnen hörigen Vertrauensleuten von unten wühlen.

6. Der Vollständigkeit halber hier noch die anderen Posten: Der ehemalige Sprecher des Lohnausschusses und Programmlohnpropagandist wird Sachbearbeiter in der Arbeitsvorbereitung. Der ehemalige Sprecher des Ausschusses Arbeitsablauf wird Kontrolleur für Fremdfirmen. Ein weiterer Freigestellter wurde über Sozialplan nach Hause geschickt.

Zum Schluß versprechen wir euch, von jetzt an reichlich und zeitig die Informationen fließen zu lassen.

Oppositionelle Liste unterdrückt

Betriebsratswahl bei Daimler-Benz ungültig?

SINDELFINGEN. — Die Betriebsratswahl bei Daimler-Benz in Sindelfingen muß möglicherweise wiederholt werden. Wegen der Unterdrückung einer oppositionellen Liste klagen vier Daimler-Arbeiter vor dem Stuttgarter Arbeitsgericht auf Ungültigkeit der Wahl.

Der jugoslawische Bandarbeiter Kostadin Getov, der unter seinen Arbeitskollegen wegen seines konsequenten Eintretens für ihre Interessen beliebt ist, hatte auf einer eigenen Liste kandidieren wollen. Dies war jedoch von dem 29köpfigen Wahlvorstand mit schmutzigen und teilweise auch rechtswidrigen Methoden verhindert worden.

Der Wahlvorstand setzte sich übrigens ausschließlich aus ehemaligen Betriebsratsmitgliedern zusammen. Und bis auf einen kandidierten diese Wahlvorstandsmitglieder alle wieder auf der IG-Metall-Liste. Vom Wahlvorstand und anderen Vertretern der IGM-Liste war auf die Unterzeichner der Liste Getov (weitgehend ausländische Kollegen) massiv Druck ausgeübt worden, um sie zu einer Rücknahme ihrer Unterschrift zu zwingen.

Höhepunkt dieser Umtriebe war eine Aktion des Wahlvorstands am 26. März: Zwei Mitglieder des Wahlvorstands, gleichzeitig auch Kandidaten der IGM-Liste, hatten einen Raum im Ausländerwohnheim Niederwasen besetzt und die Arbeiter einzeln zum „Verhör" antreten lassen. Angeblich haben dann 30 Unterzeichner der Getov-Liste ihre Unterschrift zurückgezogen.

Dennoch hatte die Liste am Ende genügend Unterschriften. Aber vom Wahlvorstand wurde die Liste unter Vorwänden wie die Unterschriften seien teilweise unleserlich, nicht anerkannt, wobei der Wahlvorstand in verschiedener Hinsicht die gesetzlichen Vorschriften mißachtete. So räumte er unter anderem nicht die vorgeschriebene Nachfrist für eine Korrektur der Liste ein.

Der erste Gerichtstermin findet am 7. Juli vor dem Arbeitsgericht Stuttgart statt. Wenn bei diesem Prozeß alles mit rechten Dingen zugeht, so kann die Wahl eigentlich nur für ungültig erklärt werden. Die 37000 Beschäftigten bei Daimler/Sindelfingen müßten dann erneut zur Urne gebeten werden.

Auch vor drei Jahren hatten IGM-Vertreter bei Daimler schon einen Eklat bei der Betriebsratswahl provoziert. Damals mußte die Wahl im Werk Untertürkheim wiederholt werden, nachdem die oppositionelle „Plakat-Gruppe" nachgewiesen hatte, daß ca. 1000 zugunsten der IG Metall gefälschte Stimmzettel in die Urnen geschmuggelt worden waren.

Protestaktion gegen Stillegung von Telefunken-Werk

„Deutsche, Türken, Jugoslawen — Arbeitsplätze wollen wir haben!"

RGO-Betriebsrätinnen organisieren den Kampf

WESTBERLIN (Arbeiterkorrespondenz). — Die AEG-Konzernherren wollen in Westberlin das Tongerätewerk Telefunken Schwedenstraße bis zum Ende dieses Jahres stillegen. Mindestens 700 der größtenteils weiblichen Beschäftigten (Gesamtbelegschaft ca. 1 200) sollen entlassen werden. Für 350 Kollegen wurde die Entlassung bereits eingeleitet. Am 26. Mai kam es gegen diese brutale Arbeitsplatzvernichtung zu einer Protestaktion, die von den beiden RGO-Betriebsrätinnen bei TRF-Schwedenstraße, Maria-Luise Meier und Anneliese Schmidt, organisiert wurde. Im letzten „Roten Morgen" brachten wir einen kurzen Bericht über diese Aktion, an der sich ca. 100 Belegschaftsmitglieder beteiligt hatten (leider wurde durch ein Versehen unseres lay outs zu der Meldung statt eines Fotos von dieser Aktion ein Foto von einer Aktion bei Klöckner Bremen abgedruckt). Inzwischen erreichte uns aus Westberlin ein ausführlicher Bericht über die Protestaktion, den wir nachstehend abdrucken.

„Wir aber brauchen Arbeitsplätze"

Für Montagabend, den 25. Mai, luden die RGO-Betriebsrätinnen zu einem Treffen von Kolleginnen und Kollegen des Telefunken-Werks Schwedenstraße in eine Gaststätte ein. Es ging darum, über die Lage zu berichten und darüber zu diskutieren, was zu tun ist. Damit die juristischen Fragen der Betroffenen beantwortet werden konnten, war auch ein Rechtsanwalt anwesend.

Der Einladung folgten fast 100 Belegschaftsmitglieder. Die meisten waren Frauen, und viele von ihnen hatten gleich ihre Ehemänner mitgebracht. Außerdem waren auch RGO-Betriebsräte aus anderen Betrieben Westberlins gekommen. Der Raum war dicht gefüllt, und es herrschte eine kämpferische Atmosphäre.

Die RGO-Betriebsrätin Maria-Luise Meier hielt ein kurzes Referat, das auch auf türkisch und jugoslawisch übersetzt wurde. Die Betriebsrätin erläuterte die Pläne des Werksvorstandes: Schließung des Werkes, Entlassung von mindestens 700 Beschäftigten, Gründung einer neuen Firma für Videorecorder. Sie wies darauf hin, daß das Werk Schwedenstraße im Jahr 1973 noch fast 4 000 Beschäftigte hatte, heute dagegen nur noch 1 200, und daß diese Entwicklung typisch für Westberlin ist.

„In Westberlin", so zeigte die Kollegin auf, „wurden in den letzten 20 Jahren 43 Prozent der industriellen Arbeitsplätze vernichtet; ein Arbeitsplatzabbau, der vom Senat durch seine Wirtschaftspolitik systematisch gefördert wurde."

Weiter sagte die Kollegin: „Das Argument der Unternehmer heißt immer: ‚Das Werk ist nicht rentabel.' Sie denken nur an ihren Profit. Und leider hat die IG Metall viel Verständnis für diese Argumentation. Wir aber brauchen Arbeitsplätze! Wir brauchen einen Lohn, der zum Leben ausreicht. Und wir brauchen Arbeitsbedingungen, die uns nicht kaputtmachen.

Wir brauchen auch eine Gewerkschaft, die diese Forderungen gemeinsam mit uns durchsetzt. Kolleginnen und Kollegen, tretet nicht aus der IG Metall aus! Tretet ein, werdet dort aktiv, arbeitet als Vertrauensleute, und überlaßt nicht solchen Betriebsräten und Vertrauensleuten das Feld, wie wir sie in unserem Betrieb hauptsächlich haben!

Vor vier Monaten stand in einem IGM-Flugblatt: ‚Die Zeiten des Kampfes um unsere Arbeitsplätze sind noch lange nicht zu Ende, sie fangen jetzt erst richtig an.' Aber führte die IG Metall dann diesen Kampf? Im Gegenteil: Der zuständige Ausschuß des Betriebsrates am Beispiel beeilte sich sogar mit der Bearbeitung der Kündigungsvorschläge, damit die Geschäftsleitung die Kollegen noch fristgemäß zu Ende Juni kündigen konnte!"

Auf die Frage eingehend, was jetzt zu tun sei, sagte die Kollegin, daß es zum einen notwendig sei, die Öffentlichkeit zu informieren: „Wir haben Rundfunk und Presse informiert. Wir werden das, was bei uns los ist, in die anderen Betriebe tragen. Schon jetzt haben wir Solidaritätsadressen aus anderen Betrieben und von der KPD erhalten."

Weiter schlug die RGO-Betriebsrätin vor: „Wir müssen auch den Politikern Feuer unterm Hintern machen. Die Leute müssen sehen: Wir nehmen die Entlassungen nicht einfach hin, nehmen nicht unsere zwei Monatslöhne Abfindung und gehen. Die Arbeitsplatzvernichtung in Berlin ist ein Problem, das alle angeht. Wir schlagen Euch vor, morgen, nach Feierabend, zum Bürgermeister im Rathaus Wedding zu marschieren und dort eine Protesterklärung zu verabschieden."

Der Protestmarsch

Am anderen Morgen verteilten die RGO-Betriebsrätinnen ein Flugblatt vor dem Werkstor. Sie wurden dabei unterstützt von Betriebsräten der AEG-Brunnenstraße. Um 6.30 Uhr erschien der Ü 1 (Übertragungswagen des Senders Freies Berlin), den die Kollegen eingeladen hatten.

Kollegin Meier kam vor dem Mikrofon zu Wort (auf einer Sondersitzung des Betriebsrates am Vortage hatte man sie eigens darauf hingewiesen, daß sie nicht befugt sei, im Namen des Betriebsrats Stellungnahmen abzugeben). Die RGO-Betriebsrätin machte klar, daß das Werk geschlossen werden soll, und sie forderte die Politiker auf, ihre Wahlversprechen (Sicherung der Arbeitsplätze) wahrzumachen. Sie kündigte auch den Protestmarsch am Nachmittag an.

Es sprachen dann noch mehrere betroffene Kolleginnen und Kollegen. Dann erschien auch der Werksdirektor zusammen mit dem Betriebsratsvorsitzenden, um ebenfalls Stellungnahmen abzugeben.

Die Sache wurde live gesendet, und diese Sendung war an diesem Tag in vielen Westberliner Betrieben Gesprächsthema Nummer eins. Dieses große Interesse und die Empörung darüber, daß schon wieder Hunderte von Arbeitsplätzen vernichtet werden sollen, ist eine gute Unterstützung im Kampf um die Erhaltung des Weddinger Telefunken-Werkes.

Für die Kapitalisten wird es zunehmend schwerer werden, solche Pläne reibungslos über die Bühne zu ziehen. Und auch die Verantwortlichen der IG Metall werden sich jetzt häufiger die Frage gefallen lassen müssen, was sie denn gegen den Arbeitsplatzabbau zu tun gedenken.

Hätte die IG Metall zu dem Protestmarsch aufgerufen, dann wären bestimmt 1 000 Kollegen gekommen. Aber immerhin kamen auch so 100 Kolleginnen und Kollegen, und das, obwohl im Betrieb das Gerücht verbreitet worden war, jeder, der mitgehe, werde „als Kommunist registriert", und, soweit er Ausländer sei, ausgewiesen.

Es wurde ein Transparent getragen mit der Aufschrift: **„Wir kämpfen um jeden Arbeitsplatz"**. Mehrere Kolleginnen hatten Schilder: **„Telefunken darf nicht sterben"**. Und spontan entstand während des Marsches die Parole: **„Deutsche, Türken, Jugoslawen — Arbeitsplätze wollen wir haben"**.

Die RGO-Betriebsrätin Meier informierte unterwegs per Megaphon die Bevölkerung. Aus den Fenstern wurde Beifall geklatscht. Der Weg führte auch an einem besetzten Haus vorbei, und man spürte die Kampfverbundenheit und Solidarität.

Die Rathaustüren waren verriegelt ...

Am Rathaus angekommen, zeigte sich den Demonstranten, daß die Türen verriegelt waren. Es kam der Referent des erkrankten Bürgermeisters heraus und nahm die Protesterklärung entgegen. Die Kollegen aber wollten den Stellvertretenden Bürgermeister sprechen. Dieser kam dann, als sich der Zug seinem Büro näherte.

Zuerst erklärte er, er habe „volles Verständnis" für die Kollegen; dann meinte er, daß er gar nicht er zuständig sei, sondern der Wirtschaftssenator (später stellte sich heraus, daß der Mann nicht nur Stellvertretender Bezirksbürgermeister ist, sondern auch zuständig für Wirtschaft und Finanzen im Bezirk Wedding); und nach einigen weiteren Zwischenfragen tönte er genau wie der Werksdirektor: Die Arbeiter seien ja selbst schuld, immer wollten sie hohe Löhne und gleichzeitig billig einkaufen, womöglich japanische Produkte, damit machten sie die deutschen Unternehmen kaputt...

Diese Unverschämtheiten stießen allerdings auf lautstarken Protest der Versammelten.

Jetzt muß der Kampf weitergehen. Zur Betriebsversammlung am 25. Juni muß der Wirtschaftssenator erscheinen und Rechenschaft ablegen. In das Werk Schwedenstraße sind Millionensummen investiert worden, davon reichlich Steuergelder. In das geplante neue Werk in der Quickborner Straße sollen 30 bis 40 Millionen Mark investiert werden, aber nur 400 Arbeitsplätze sollen dabei geschaffen werden.

Das ist nicht im Interesse der Arbeiter. Die Kollegen wollen ihre Arbeitsplätze behalten, und sie wollen im Werk Schwedenstraße bleiben. Das Werk Schwedenstraße muß erhalten bleiben!

Resolution

Ca. 100 Kolleginnen und Kollegen verabschiedeten auf der Versammlung vom 25. Mai die folgende Resolution, die am nächsten Tag dem Referenten des Bürgermeisters vom Bezirksamt Wedding übergeben wurde.

An den Bürgermeister des Bezirks Wedding
An den Bezirksverordnetenvorsteher im Wedding
Durchschlag an alle in der Bezirksverordnetenversammlung vertretenen Parteien

Telefunken will zum Ende des Jahres die Tore schließen. Mindestens 700 Kolleginnen und Kollegen sollen entlassen werden, 350 schon bis Ende Juni bzw. Juli. Damit schließt wieder ein seit Jahrzehnten im Wedding ansässiger Betrieb die Tore.
Dieser Entwicklung darf nicht tatenlos zugesehen werden.
Wir — Kolleginnen und Kollegen von Telefunken — fordern:

Keine Entlassungen!
Keine Schließung unseres Werkes!

Wir erwarten von den Politikern, daß sie ihre Wahlversprechen, sich für die Sicherheit unserer Arbeitsplätze einzusetzen, einlösen.

I.A.
Maria-Luise Meier
(Betriebsrätin)



Dieses Foto, wie auch das Bild links oben, wurde vor dem Weddinger Rathaus aufgenommen. In einem kämpferischen Protestmarsch waren ca. 100 Kolleginnen und Kollegen vor das Rathaus gezogen, um gegen die geplante Stillegung des Telefunken-Werkes zu demonstrieren.

Hoesch-Aufsichtsrat billigt Vortandsplan

Grünes Licht der IGM-Bonzen für die Halbierung der Belegschaft!

DORTMUND. — Am 29. Mai billigte der Hoesch-Aufsichtsrat mit den Stimmen der sogenannten Arbeitnehmervertreter das vom Vorstandsvorsitzenden Rohwedder vorgelegte „Sanierungskonzept" für die Dortmunder Hüttenwerke. Dieses Konzept bedeutet, daß die Belegschaft halbiert und zwei der drei Standorte (Phoenix und Union) stillgelegt werden sollen.

Am Ende der „Umstrukturierung", die einige Jahre dauern wird, sollen von den 24 000 Beschäftigten der Hüttenwerke nur noch 12 000 Beschäftigte übrig sein. Aber wie ihre Zukunft wird ungewiß sein. Denn, daß die Stahlbasis in Dortmund dann nicht doch weiter demontiert und schließlich gänzlich abgebaut wird, läßt sich keineswegs ausschließen.

Ursprünglich hatte die IG Metall gemeinsam mit den Hoesch-Belegschaften den sofortigen Bau des zunächst versprochenen Ersatzstahlwerks für die auf der Stillegungsliste stehenden Siemens-Martin-Werke verlangt. Mit der Zustimmung der „Arbeitnehmerbank" im Aufsichtsrat zu Rohwedders Vernichtungsprogramm haben die verantwortlichen Stellen der IGM und die Betriebsratsspitzen jetzt diese Forderung endgültig und in aller Öffentlichkeit gestrichen.

Der Vorstandsplan sieht zwar vor, daß 1984 mit dem Bau eines neuen Oxygenstahlwerks auf dem Standort Westfalenhütte (der als einziger übrigbleiben soll) begonnen wird. Dieses neue Stahlwerk wäre jedoch nicht der Ersatz für die Siemens-Martin-Werke, sondern für das Oxygenstahlwerk auf Phoenix, das jetzt ebenfalls auf der Stillegungsliste steht.

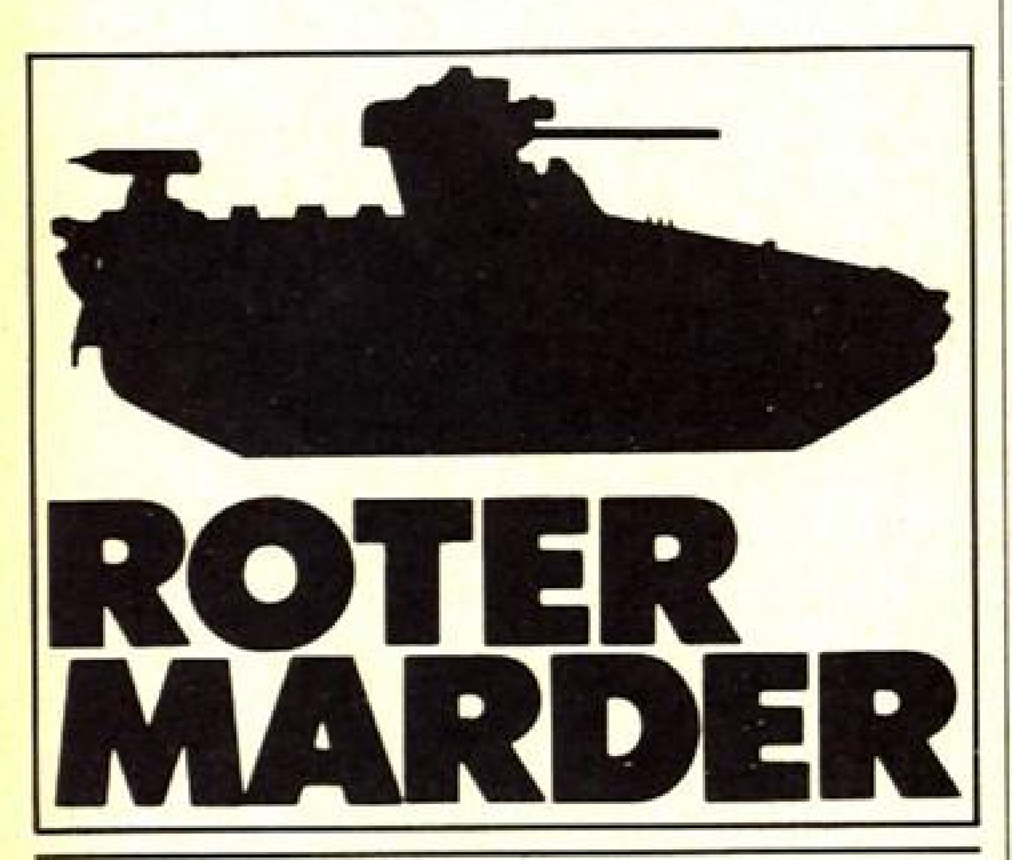
Und selbst der Bau dieses Ersatzstahlwerkes Nr. 2 ist keineswegs fest zugesagt, sondern an finanzielle Voraussetzungen gebunden, deren Eintreten eher unwahrscheinlich ist. Eine dieser Voraussetzungen ist, daß Bonn und Düsseldorf von den insgesamt auf 2,7 Milliarden Mark veranschlagten Kosten der „Umstrukturierung" mehr als die Hälfte, nämlich 1,6 Milliarden, aus Steuergeldern zuschießt.

Selbst wenn dies geschehen würde, wäre dies eine Subvention, mit der der Abbau von 12 000 Arbeitsplätzen bei Hoesch honoriert wird! Die Zustimmung der IGM-Führung und der Betriebsratsspitzen zu dem Vorstandsplan ist einerseits ein glatter Verrat am Kampf für die Erhaltung der Arbeitsplätze bei Hoesch und für die Sicherung der Dortmunder Stahlbasis. Sie ist andererseits ein Paradebeispiel, wie wenig ernst die IGM-Bonzen es meinen, wenn sie neuerdings davon sprechen, staatliche Subventionen für die Stahlkonzerne seien nur in Verbindung mit Arbeitsplatzgarantien akzeptabel.

Auch zu der Zeit, als die IGM-Bonzen noch die wild entschlossenen Verfechter der Forderung „Stahlwerk jetzt!" markierten, war ihr jetziger Verrat schon abzusehen. Ihre Sozialpartnerschaftslogik läßt sich mit der konsequenten Durchsetzung der Interessen der Arbeiter unmöglich vereinbaren.

Daß allerdings auch die DKP diesen Verrat mitmacht und das Vorstandskonzept gar als einen „Teilerfolg" der Belegschaft bezeichnet, ist besonders erbärmlich! Schließlich behauptet diese Partei von sich, gegen die Sozialpartnerschaftsideologie und für den Klassenkampf der Arbeiter zu sein.

„ROTER MARDER" greift an — bundesweit



Juni 81 Soldatenzeitung der KJD 9. Jahrgang

In der ersten Nummer der bundesweiten Ausgabe ihrer Soldatenzeitung schreiben die Genossen der Kommunistischen Jugend:

„Endlich ist es geschafft! Wir haben die erste bundesweite Nummer des „Roten Marders" auf den Markt geworfen. Bisher erschien der „Rote Marder" über neun Jahre hinweg nur in Norddeutschland ... Darüber hinaus gab es von der Roten Garde (jetzt KJD) mal hier, mal dort, je nachdem, wo unsere Genossen und andere Antimilitaristen stationiert waren, noch weitere Soldatenzeitungen. (...)

Wir verstehen uns nicht ausschließlich als Organ des KJD oder als Konkurrenz zu anderen Soldatenzeitungen. Wir stehen für alle offen. Jeder kann was schreiben. (...) Das wichtigste sind die Korrespondenzen! Ohne Korrespondenzen keine Zeitung — mit viel Korrespondenzen viel Zeitung!"

Wir bitten alle Genossen, den „Roten Marder" bekanntzumachen und mitzuhelfen, daß die notwendigen Korrespondenzen und Fotos (!) eingehen. Briefe bitte an:
Roter Marder c/o KJD
Wellinghofer Str. 103
4600 Dortmund 30
Man kann (und sollte) auch anrufen: 0231/433691.

Vertrauensmann verleumdet, abgesetzt, eingesperrt

Seit Donnerstag, dem 4. Mai, sitzt Jürgen F. auf Befehl des Btl. Kommandanten Oberstleutnant Kuhli in der Arrestzelle der Wittekind Kaserne in Wildeshausen. Er wird dort die nächsten drei Wochen „sitzen".

Vorher wurde er aus dem 3./Fallschirmjägerbataillon 272, wo seine Kameraden ihn als Vertrauensmann gewählt hatten, in eine andere Kompanie versetzt (1./272), genau eine Stunde, nachdem ihm sein Kompanie-Chef nahegelegt hatte, „freiwillig" zurückzutreten. Obendrein verbot man Jürgen noch jeglichen Kontakt mit seinen Kameraden.

Der Anlaß des Ganzen:

Beim Fahnenappell am Donnerstag, dem 7. Mai abends, stellte der wachhabende Offizier fest, daß auf der Fahne mit rotem Filzstift „Soldaten sagen nee zur Bürgerkriegsarmee" geschrieben worden war. Sofort wurden alle Soldaten, die seit Montag Wache geschoben hatten, verhört. Speziell auf Jürgen, der in der Nacht von Dienstag auf Mittwoch als stellvertretender Wachhabender eingeteilt gewesen war, schoß man sich ein. Ein Verhör jagte das andere — Kompanie-Chef, Kommandeur, Kripo, MAD ...

Beweise?

Das Ergebnis dieser Verhöre war dürftig, war aber für Oberstleutnant Kuhli genug, um Jürgen einsperren zu lassen:

- Während der Wachablösung soll er den Soldaten Zeichen gegeben haben.
- Bei der Wachablösung soll er den Soldaten, der die Fahne hochzog, aufgefordert haben, sich zu beeilen, sie sei in den Dreck gefallen.
- Er sei mit einem roten Filzstift, dem vermutlichen Tatwerkzeug, gesehen worden (!).

Warum ausgerechnet Jürgen F.?

Jürgen hat sich nie den Mund verbieten lassen, er hat seine Kameraden konsequent über ihre Rechte aufgeklärt, er hat dafür gesorgt, daß das Singen faschistischer Lieder unterbleibt. Jürgen genoß das Vertrauen seiner Kameraden. Mit einem Wort: Er entspricht genau dem, was man „mündigen Bürger" nennen kann. Man will ihm einen Denkzettel verpassen und mit ihm jedem Soldaten zeigen, was passiert, wenn man Kritik übt.

Unterstützt Jürgen!

Jürgen ist allein in der Zelle und freut sich über jedes Zeichen der Unterstützung. Zeigen wir Jürgen, daß er nicht allein ist. (...)

Der „Rote Marder" ruft auf, Jürgen Blumen, Briefe usw. zu schicken. Wenn diese Ausgabe des „Roten Morgen" erscheint, müßte Jürgen wieder frei sein; bis zum 4.6. sollte er einsitzen. Aus technischen Gründen war es nicht mehr möglich, hier mehr zu berichten — die Seite mußte am 4. schon fertig sein. Nächstes Mal mehr!

Wer selber näheres erkunden möchte, wende sich an die Gruppe Delmenhorster Antimilitaristen
2870 Delmenhorst
Bücherstube Album
Orthstr. 8
Tel.: 04221/16208

In Uniform für den Frieden

Die Teilnahme von Soldaten in Uniform an politischen Veranstaltungen und Demonstrationen sei verboten — das befanden kürzlich Richter des Kalsruher Bundesverfassungsgerichts. Ihr Verbot zeigt wenig Wirkung: immer noch und immer wieder demonstrieren Soldaten in Uniform, daß es auch in den Streitkräften viele Menschen gibt, die den NATO-Kriegskurs nicht mitsteuern.



Das Karlsruher Urteil richtet sich eindeutig gegen die Friedensbewegung. Denn noch niemand hat sich am Auftritt uniformierter Offiziere z.B. bei CDU- und CSU-Versammlungen gestört, nur in seltenen Ausnahmen wurden halbherzige Maßnahmen gegen Uniformierte ergriffen, die sich an der Seite alter und neuer Nazis zur Schau stellten und für großdeutschen Revanchismus Reklame machten. Denn das alles dient den Zielen, die die Bundeswehr selbst verfolgt. Wenn aber Soldaten mit eigenem Beispiel dafür werben: Kameraden beim Bund, laßt euch durch Drill und Schikane nicht einschüchtern, es liegt vor allem an euch, ob ihr im Krieg verreckt oder euch zur Gegenwehr zusammenschließt — dann gefährdet das die Ziele der Militaristen, dann sehen sie die Gefahr der Zersetzung ihres Kriegsinstruments, dann schlagen sie zu.

Eins der vielen Beispiele der letzten Zeit für die unveränderte Bereitschaft von Soldaten, aktiv für ihre Forderungen einzutreten, waren die Demonstrationen am 1. Mai. Da kamen die wirtschaftlichen und politischen Forderungen der fortschrittlichen Soldaten zur Sprache, da wurde zur gewerkschaftlichen Organisierung und zur Solidarität mit der Arbeiterklasse, aus der die Masse der Soldaten ja kommt, aufgerufen. Ein weiteres Beispiel sind die großen Friedensdemonstrationen und -kundgebungen der letzen Wochen. In München, wo 15000 Menschen am 23.5. auf die Straße gingen, hielt ein Soldat in Uniform sogar eine Ansprache.

Das alles spricht dafür, daß Offiziere, Politiker und Richter mit ihren reaktionären Maßnahmen die Kampfbereitschaft der Soldaten für den Frieden nicht eindämmen können.



Friedensdemonstration Hamburg, 20.6.:

„Wir erwarten 50 000!"

HAMBURG. — Wenn vom 17. bis zum 21. Juni in Hamburg der diesjährige evangelische Kirchentag stattfindet, wird er von Aktivitäten begleitet sein, die von den Veranstaltern nicht eingeplant waren. Am 20.6. findet eine Demonstration gegen Atomrüstung, für die Erhaltung des Friedens statt, zu der 50000 Teilnehmer erwartet werden.

In den Reihen der evangelischen Kirche, besonders unter den Jungen Christen, wächst die Ablehnung der offiziellen Kirchenpolitik, wie sie zum Beispiel vom Vorsitzenden der Evangelischen Kirche Deutschlands, Bischof Lohse, betrieben wird. Lohse wurde in der letzten Zeit nicht müde, Bundeskanzler Schmidt zu verteidigen, der in übelster Form gegen diejenigen Kräfte in der Kirche hergezogen war, die nicht bereit sind, seinen Kriegskurs mitzusteuern, und zwar aus christlicher Verantwortung heraus für die Erhaltung des Friedens eintreten und dafür plädieren, daß sich auch die Kirche als Institution dafür einsetzt. Lohse dagegen kann nach eigenen Worten den Nachrüstungsbeschluß der NATO „wirklich gutheißen". Kirchenmänner wie er haben sich schon in vergangenen Zeiten dazu hergegeben, ihr kirchliches Amt zur Propaganda für die Rüstungspolitik der jeweiligen Regierung zu mißbrauchen. Solche Leute sind es, die in allen bisherigen Kriegen die Waffen gesegnet haben, mit denen sich die Werktätigen aller Länder für den Profit des Kapitals umbrachten.

Aber ihr Einfluß auf die Mitglieder der Kirche schwindet. Wir begrüßen entschieden das Engagement der Christen, die sich nicht mehr dazu hergeben, zur Staatspolitik ja und amen zu sagen. Wie schon die Kommunisten im Kampf gegen die Hitlerdiktatur, so reichen wir ihnen heute die Hand im Kampf gegen Reaktion, Faschismus und Krieg. Es ist deshalb klar, daß auch die KPD einem Aufruf der „Christen in der Verantwortung" (CiV) und der Hamburger „Friedenskoordination" folgte. Wir werden die Demonstration am 20. mit aller Kraft unterstützen.

Im Programm des Kirchentages steht auch ein Auftritt von Kriegsminister Apel. Wenn er spricht, wird er die Gelegenheit nutzen, das Rüstungsprogramm der Bundesregierung, zu dessen Finazierung die Sozialleistungen drastisch eingeschränkt worden sind — auch eine Herausforderung an alle ehrlichen Christen, die von diesen angenommen wird — zu verteidigen. Viele Menschen haben bereits gefordert, daß Apel wieder ausgeladen wird. Diese „Intoleranz" hat die Kirchenoberen zutiefst schockiert. Sie halten an der Einladung für Apel fest.

Wie aus den Reihen des Präsidiums der Veranstaltung zu hören war, ist man dort über die politische Brisanz des Themas „Frieden", das auch im offiziellen Rahmen der Tagung behandelt wird, gar nicht erfreut. „Erst durch die allgemeine Friedensdebatte", so ein Sprecher gegenüber der Presse, habe dies „eine superaktuelle Bedeutung gewonnen."

Wir freuen uns darüber. Die Friedensdemonstration in Hamburg wird zur weiteren Stärkung der Friedensbewegung in unserem Land beitragen.

SOLDATENSEMINAR
der Kommunistischen Jugend Deutschlands
am Samstag den 20. Juni 1981 in Bielefeld

Folgende Themen werden dort besprochen:

- Antikriegstag — was können wir Soldaten dazu machen?
- Roter Marder — wie ist die erste Ausgabe bei den Soldaten angekommen? Was können wir verbessern?
- Erfahrungsaustausch über die Arbeit in den Kasernen
- Aktionsprogramm „Rührt euch" — Es soll überarbeitet werden, macht Vorschläge!

Das Seminar beginnt um 10 Uhr und dauert voraussichtlich bis 18 Uhr. Anschließend wird der Film gezeigt: Paul Jakobs und die Atombande (ein tofffter Streifen!!!). Für Übernachtungsmöglichkeiten in Bielefeld ist gesorgt.

Eingeladen sind alle Soldaten, alle Reservisten, diejenigen, die demnächst zum Bund müssen und alle, die sich für die oben erwähnten Fragen interessieren — **auch Frauen!!**

Anmeldung bei: Redaktion Roter Marder c/o KJD, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.

... und wenn Schmidt den Abgang macht!

KEMPTEN (Volkskorrespondenz). — Am 30. Mai demonstierten in Kempten über 1000 Menschen gegen Atomraketen und den NATO-Nachrüstungsbeschluß. Aufgerufen dazu hatten die örtliche Bürgerinitiative sowie Friedensinitiativen und Grüne aus dem Allgäu und Baden-Württemberg. Im Kemptener Wald gibt es eine Raketenstellung mit Pershing I-Raketen, wo später auch Pershing II und Cruise Missiles stationiert werden sollen. Dagegen gründete sich vor etwa drei Monaten eine Bürgerinitiative in Kempten, die hauptsächlich die Demonstration vorbereitete.

Die Demonstration ging in zwei Zügen zum Rathausplatz, wo die Abschlußkundgebung stattfand, auf der Petra Kelly von den Grünen, ein Mitglied der Bürgerinitiative und ein Betriebsrat sprachen. Auf der Demonstration wurden unter anderem folgende Transparente mitgetragen: „Keine Atomraketen im Kemptener Wald!", „Gegen den Nachrüstungsbeschluß!", „BRD — raus aus der NATO!", „Breshnew, Reagan, Schmidt — wir machen euren Krieg nicht mit!", „Stoppt die Kriegstreiber USA und UdSSR".

Als Parolen wurden von den Teilnehmern gerufen: „Hopp, hopp, hopp, Rüstung stopp!", „Keine Moneten für Apels Raketen!", „Eins, zwei, drei, vier — wir wollen keine Raketen hier! Fünf, sechs, sieben, acht — und wenn der Schmidt den Abgang macht!" usw.

Auf der Kundgebung wurde der Friedensplan der KPD verteilt. Polizei und Verfassungsschützer fotografierten die Kundgebungsteilnehmer. Unverschämterweise fotografierte auch der Junge-Union-Vorsitzende von Kempten, Waldner, fleißig mit, sicherlich nicht für sein privates Fotoalbum.

Die DKP verteilte ein Flugblatt, in dem die Politik der Sowjetunion als „berechenbar und zuverlässig" bezeichnet wird. Für alle, die Frieden wollen, sei die Politik der USA tödlich, die Politik der Sowjetunion hilfreich. Die meisten Kundgebungsteilnehmer aber wandten sich, wie aus den Transparenten zu ersehen war, gegen beide atomrüstenden Supermächte.

Nachmittags wurde noch ein Theaterstück aufgeführt, das die Situation nach dem Ausbruch eines Atomkrieges beleuchtete. Insgesamt war der 30. Mai in Kempten ein gelungener Protest gegen Atomrüstung und Kriegsgefahr.

Aktiv gegen die Grauen Wölfe

Zu den blutigen Auseinandersetzungen, die am 31.5. von Faschisten aus der Türkei in Kiel provoziert wurden, veröffentlichte das Kieler Komitee gegen die Grauen Wölfe eine Presseerklärung. Darin heißt es:

Am Sonntag, den 31. Mai d.J. um 14.00 Uhr, raste ein mit türkischen Faschisten besetztes Auto vorsätzlich, mit Vollgas, in eine demonstrierende Menschenmenge. Wie ist es dazu gekommen?

Die Grauen Wölfe, eine Unterorganisation der türkischen „Partei der nationalen Bewegung" (MHP), bekannt als internationale Terrororganisation, wollte in der Gerhard-Hauptmann-Schule in Kiel-Ellerbek eine Veranstaltung abhalten. Auf solchen Veranstaltungen wird erfahrungsgemäß öffentlich faschistisches Gedankengut wie Völkerhaß, Ausrottung von nationalen Minderheiten und Terror gegen Andersdenkende verbreitet.

Es ist daher auch nicht verwunderlich, daß sich kurz vor der Veranstaltung ca. 200 deutsche und türkische Antifaschisten auf dem Schulhof der Gerhard-Hauptmann-Schule versammelten, um gegen diese dreiste Provokation gegen jeden Demokraten zu protestieren.

Eine ca. 5köpfige Delegation der Antifaschisten wollte die Grauen Wölfe auffordern, ihre Veranstaltung abzusetzen. Doch dazu ist es nicht gekommen. Die Delegation wurde mit Ketten und Brechstangen empfangen. Danch floß Blut.

Kurz danach fuhr ein Auto der Faschisten von hinten mit Vollgas in die Demonstranten. Einige Sekunden später sah man viele Verletzte vor Schmerz stöhnend am Boden liegen.

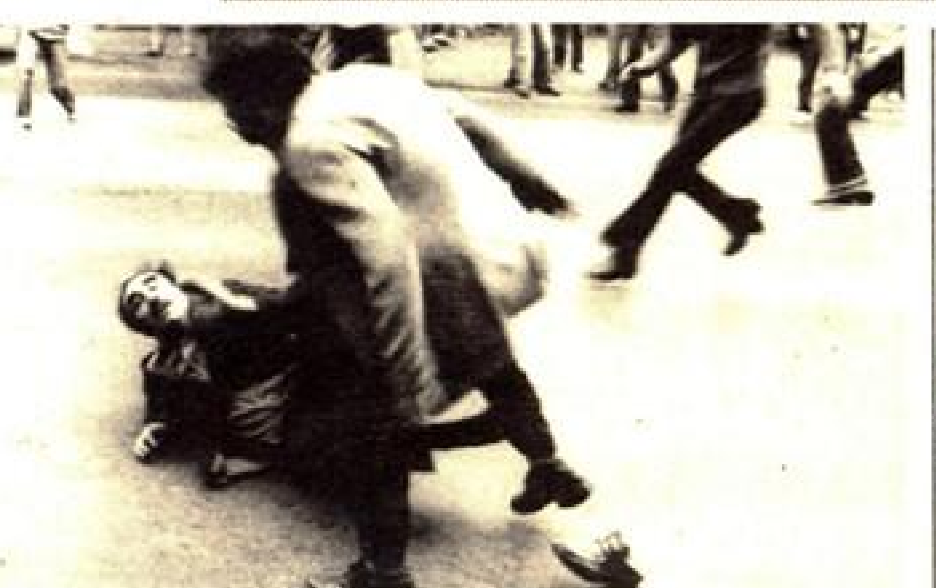
Der Fahrer des Autos wurde erkannt, es war Ahmet Güner, der bis vor kurzem der erste Vorsitzende der türkischen Gemeinschaft in Kiel war.

Die Grauen Wölfe, die schon viele Menschen auf dem Gewissen haben, haben auch diesmal Todesopfer mit eingeplant.

Um ihre Ideologie durchzusetzen, gehen sie sogar über Leichen. Gegen Ahmet Güner läuft zur Zeit ein Ermittlungsverfahren wegen versuchten Totschlags.

Kiel, 01.06.81

Komitee gegen die Grauen Wölfe, Kiel



Überfall von Grauen Wölfen auf Antifaschisten in Bielefeld

Die Kieler Antifaschisten haben ihre Erfahrungen mit den Grauen Wölfen in ihrer Stadt. Überfälle und Messerstechereien sind keine Seltenheit, besonders gegenüber Mitbürgern aus der Türkei, die dabei schon schwer verletzt worden sind. Dennoch unterhalten diese Verbrecher ein Büro im Kieler Arbeiterviertel Gaarden, ohne daß die Stadt bisher etwas dagegen unternommen hätte. Deshalb fordern alle Kieler Antifaschisten jetzt mit noch größerem Nachdruck: Das Büro der „Türkischen Gemeinschaft", hinter der sich die Grauen Wölfe verstecken, muß endlich geschlossen werden! In Kiel ist kein Platz für Faschisten, gleich welcher Nationalität!

Am Abend des 1. Juni hielten die Kieler Antifaschisten eine Pressekonferenz ab, bei der die Kieler Zeitungen zugegen waren. Die größte Zeitung Schleswig-Holsteins allerdings, die „Kieler Nachrichten", kamen nicht — ihr reichte nach eigener Auskunft der Polizeibericht. Kein Wunder. Diese Zeitung ist das Hausblatt des CDU-Ministerpräsidenten Stoltenberg, und es gelingt nur selten, darin für vernünftige Artikel zu sorgen.

Am Morgen desselben Tages wurde dpa informiert. Damit ist eine Benachrichtigung aller Presseorgane in Westdeutschland sichergestellt. In den „Tagesthemen" kam am Abend ein recht guter Bericht über den Vorfall und die verbrecherischen Umtriebe der Grauen Wölfe in Kiel.

Aufruf zur Demonstration am 13.6.



Auch die VOLKSFRONT unterstützt den Kampf

Das Komitee gegen die Grauen Wölfe/Kiel ruft anläßlich der Ereignisse vom 31.05. zu einer Großdemonstration auf.

Die Demonstration steht unter dem Motto:

- **Für das sofortige Verbot der Grauen Wölfe!**
- **Der Laden der türkischen Gemeinschaft in der Jägerstr. 9a muß sofort geschlossen werden!**
- **Der türkischen Gemeinschaft muß sofort die Gemeinnützigkeit und das e.V. entzogen werden!**
- **Sofortige Einstellung der Finanz- und Militärhilfen an die türkische Junta durch die Bundesregierung!**

Die Demonstration wird sich durch den alten Stadtteil Gaardens bewegen, in dem ein Großteil der über 7000 Kieler Türken wohnt.

Sammelpunkt und Abmarschplatz: Werftplatz (Nähe Ostring), 10 Uhr



Von Grauen Wölfen erstochen — Celalettin Kesim

So wirbt man Spitzel

DORTMUND. — Die „UZ", Zeitung der DKP, veröffentlicht in ihrer Ausgabe vom 4.6.81 ein aufschlußreiches Dokument über die Anwerbung von Geheimdienstspitzeln, das ihr nach eigenen Angaben aus der Abteilung II des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfA) zugespielt wurde. Hier die „UZ"-Veröffentlichung im Faksimile:

Verpflichtungserklärung

Ich erkläre hiermit, daß ich über folgende Punkte nachdrücklich belehrt worden bin:

1. Ich habe mich an die Weisungen der mich führenden Personen zu halten.

2. Abweichungen von den mir erteilten Weisungen kann mich in die Gefahr strafrechtlicher Verfolgung bringen. Straffreiheit ist mir nicht zugesagt worden. Ich weiß, daß ich jede Kenntnis über Straftaten, die ich im Zusammenhang mit der Ausführung von Aufträgen erlangt habe, an die mich führende Person weiterzugeben habe.

3. Ich bin verpflichtet, mich so zu verhalten, daß ich mich nicht selbst enttarne.

4. Ich bin zur Geheimhaltung verpflichtet. Die Strafbarkeit des Geheimnisverrats ist mir bekannt.

5. Ich bin unterrichtet, daß alle Maßnahmen getroffen werden, die zu meiner Sicherheit erforderlich sind.

6. Ich darf auch gegenüber Behörden meine Verbindung zum VfB nicht offenbaren. Ist zu befürchten, daß diese Verbindung bekannt wird, habe ich unverzüglich die mich führende Person zu unterrichten.

7. In Vernehmungen in polizeilichen oder gerichtlichen Untersuchungen werde ich darauf hinweisen, daß ich ohne Aussagegenehmigung nicht aussagen darf. Vorher ist nach Möglichkeit zur Vermeidung einer Enttarnung die Weisung der führenden Person einzuholen.

8. Ich verpflichte mich, die von mir beschafften Informationen keiner anderen Organisation oder Person weder unmittelbar noch mittelbar zukommen zu lassen und nur der mir bekanntgegebenen staatlichen Stelle und deren Beauftragten zusammenzuarbeiten.

9. Ich bin aus freien Stücken bereit, an den mir gestellten Aufgaben mitzuarbeiten, und verspreche, wahrheitsgemäß zu berichten.

.................., den .... 19........

Unterschrift

Als Handgeld für erfolgreiche Anwerbung sollen die Spitzel 500 DM erhalten. Dieses Dokument führt deutlich die verbrecherischen Praktiken des Verfassungsschutzes vor Augen. Wir wissen auch aus den eigenen Spitzel-Aussagen in vielen Prozessen, daß diese Leute vor Gericht praktisch lügen und verleumden können, soviel sie wollen, und dabei die Rükkendeckung der Behörde genießen — es sei denn, sie sind unbrauchbar geworden, dann läßt man sie auch schon mal fallen. Ansonsten können sie sich immer darauf berufen, zu entscheidenden Fragen keine Aussagegenehmigung zu haben. Das Recht der Verteidigung und des Angeklagten auf ungehinderte Zeugenbefragung wurde extra für solche Subjekte erheblich eingeschränkt.

Wehren wir uns gegen den Überwachungsstaat!

Meldungen

Keine Goebbels-Lesung

HEIDELBERG. — Zu der geplanten szenischen Lesung des Goebbels-Romans „Michael", mit der angeblich zur Aufklärung über die psychologischen Hintergründe des Nationalsozialismus beigetragen werden sollte, wird es am Heidelberger Theater nicht kommen. Nach dem Eingang zahlreicher Protestschreiben wurde das Projekt gestrichen.

NPD-Deutschlandtreffen

Probleme hat die NPD mit ihrem diesjährigen „Deutschlandtreffen", das sie wie immer am 17. Juni, dem Tag des deutschen Revanchismus, abhalten will. Aus Angst vor antifaschistischen Gegenaktionen versuchen sie, ihren Tagungsort so lange wie möglich geheimzuhalten. Verschiedene Pläne haben sich offensichtlich schon zerschlagen. In der Mai-Ausgabe der Faschistenzeitung „Deutsche Stimme" wird ein Ort „irgendwo in Norddeutschland" angekündigt. Überall in Norddeutschland haben sich Antifaschisten zu gemeinsamer Aktion verabredet, sobald der Versammlungsort bekannt wird. Die Faschisten können sich auf einen heißen Tanz gefaßt machen.

Strauß — Hokuspokus

MÜNCHEN. — Wegen „Beleidigung" von Franz Josef Strauß ist der „Falken"-Redakteur Michael Strauß verurteilt worden. (Siehe Artikel in der letzten und in dieser Ausgabe des RM: „Hitlers größter Feind" und „Erfolgreichster Nazi-Gegner", beide S. 12). In einer von ihm verantworteten Zeitung wurde Straußens Vergangenheit als NS-Führungsoffizier mit einer Karikatur aufs Korn genommen. Zusätzlich wurde Michael Strauß auch noch wegen „Beschimpfung einer Religionsgemeinschaft" verurteilt: in der Zeitung wurde die katholische Messe als „Hokuspokus" bezeichnet. Er soll nun 1 200 Mark Strafe zahlen.

Freiraum für rechte Terroristen

NÜRNBERG. — Immer wieder bestätigt sich der Eindruck, daß bei uns alles getan wird, um die Bedeutung rechtsextremistischer Gewalttaten herunterzuspielen oder sie ganz zu verschweigen. Beispiel dafür ist auch die Haltung der Behörden in den Mordfällen Karry und Levin.

Im Falle Karry war von Anfang an massiv verbreitet worden, hier müßten „linke Terroristen" am Werk gewesen sein, vielleicht auch wildgewordene Umweltschützer. Daß Karry auf der Abschußliste rechter Terroristen stand, davon hörte man kaum etwas, schon gar nicht von etwaigen Ermittlungen in dieser Richtung. Und jetzt taucht, wie passend, plötzlich ein angeblicher Bekennerbrief der „Revolutionären Zellen" auf, in dem ein Tathergang beschrieben wird, der schon seit Tagen in der Presse breitgetreten wurde: daß der Tod Karrys eigentlich nur ein Unfall war, daß man ihn wegen seiner Umwelt- und Atompolitik „erschrecken" wollte. Es muß doch möglich sein, diese Tat den Gegnern der in der Tat verantwortungslosen und nur von den Profitinteressen des Kapitals bestimmten Politik Karrys in die Schuhe zu schieben! Und so ist nur natürlich, daß die einzigen greifbaren Maßnahmen von Justiz und Polizei jetzt Gegner dieser Politik treffen. Unter ihnen den Stadtschülerrat Frankfurt. Die Staatsanwaltschaft hat Ermittlungen eingeleitet, weil in einer Schülerzeitung darauf hingewiesen wurde, daß Karry eine volksfeindliche Politik betrieben hatte und „im Erschrecken über den Mord an dem Minister das Bewußtsein über dessen Politik nicht untergehen" dürfe.

Noch deutlicher wird die Einstellung der Behörden im Mordfall Levin. Neben der Leiche Levins, der vor etwa fünf Monaten zusammen mit seiner Lebensgefährtin Pöschke in Erlangen ermordet wurde, fand man eine Brille, die, wie sich kürzlich herausstellte, einer gewissen Franziska Birkmann gehörte. Diese Frau war lange Jahre die Freundin des faschistischen Gewaltverbrechers Hoffmann. Aber obwohl man am Tatort auch noch Fußabdrücke fand, die mit der Schuhgröße der Hoffmann-Freundin übereinstimmen, leugnen Polizei und Staatsanwaltschaft, daß auch hier die Hoffmann-Bande ihre Finger im Spiel haben könnte. Hoffmann bleibt unbehelligt.

Um so entschiedener müssen die Antifaschisten den Naziumtrieben entgegentreten.

Stoppt Strauß — auch an den Schulen

REGENSBURG. — Wegen des Tragens einer „Stoppt-Strauß"-Plakette wurde die Schülerin Christine Schanderl im letzten Jahr vom Regensburger Albertus-Magnus-Gymnasium gefeuert. Grundlage: die bayrische „Allgemeine Schulordnung" (ASchO), die „politische Werbung durch Wort, Schrift, Bild und Emblem" nur „außerhalb des Schulbereichs" erlaubt und für „Zuwiderhandlungen" u.a. ausdrücklich die Schulentlassung vorsieht. Daß so etwas Trägern von CSU-Plaketten oder Aufklebern nicht passiert, versteht sich von selbst.

Christine Schanderl ließ sich das nicht bieten. Mit ihrem Widerstand, dem sie mit juristischen Mitteln Nachdruck verlieh, hat sie die reaktionären bayrischen Behörden in Verlegenheit gebracht. Aber obwohl sie vor Gericht mehrfach Recht erhielt, ist der Kampf gegen die grundrechtswidrigen Praktiken des Bayernstaats noch lange nicht gewonnen.

Das Verwaltungsgericht Regensburg hatte den Schulverweis für rechtswidrig erklärt, weil „das Recht der Mitschüler, in Ruhe gelassen zu werden, nicht uneingeschränkt Vorrang vor dem Grundrecht auf freie Meinungsäußerung" habe. (Nicht, daß sich irgendwelche Schüler in ihrer Ruhe gestört gefühlt hätten; aber Schüler sind ja dumm und einfältig — deshalb griff die Schulleitung von sich aus ein.) Der Schuldirektor lehnt Christines Wiederaufnahme am A.-Magnus-Gymnasium ab, der Freistaat Bayern ging in die Berufung. Christine: „Theoretisch habe ich recht bekommen, aber praktisch nicht".

Nun hatte sich der Bayerische Verfassungsgerichtshof mit dem Fall zu befassen. Er erklärte die ASchO-Bestimmungen für verfassungswidrig. Dieser Zustand scheint die Verfassungsrichter allerdings nicht besonders zu beunruhigen, denn sie trafen keine Maßnahmen, außer dem bayrischen Parlament aufzugeben, bis Ende 1983 (!) anstelle der Schulordnung ein ordentliches Gesetz zu erlassen, in dem die Frage der politischen Betätigung an Schulen geregelt ist. Es fällt nicht schwer, sich den Inhalt dieses Gesetzes vorzustellen. Ein Entwurf liegt auch bereits vor — darin ist der ASchO-Paragraph fast wörtlich wieder enthalten. Breiter Widerstand tut also not, zeichnet sich allerdings auch schon ab.

Für freie politische Betätigung an den Schulen!

Monika Heubl verliert Prozeß

Arbeitsgericht befindet politische Entlassung für rechtens

WÜRZBURG (Volkskorrespondenz. — Nach langer Verzögerungs- und Hinhaltetaktik fand am 22.5. der Arbeitsgerichtsprozeß über die Entlassung Monika Heubls statt. Ergebnis: Monikas Klage auf Wiedereinstellung wurde kostenpflichtig abgewiesen.

Monika Heubl, Sozialpädagogin und Leiterin des Jugendzentrums Lindleinsmühle in Würzburg war am 27.9.80 — drei Tage vor Ablauf der Probezeit, vom Stadtjugendring Würzburg (SJR) entlassen worden. Monika ist Kreisvorsitzende der VOLKSFRONT und kandidierte auf der Landesliste zur Bundestagswahl. Sie war bei den Jugendlichen sehr beliebt und auch bei ihren Arbeitskollegen, die ihr eine ausgezeichnete Arbeit bestätigten.

Gegenstand des Arbeitsgerichtsprozesses war, die Nichtigkeit der Kündigung festzustellen, da sie allein aus politischen Gründen erfolgte, und hilfsweise die Feststellung, daß die Kündigung nicht sozial gerechtfertigt war.

Der Geschäftsführer des SJR erklärte vor Gericht, daß die Stadt Würzburg (CSU-Stadtratsmehrheit) dem SJR vor der Entlassung mitgeteilt hätte, daß nach Ansicht der Stadt der SJR den „gemeinsamen Konsens" verlassen hätte und daß dies bei der Haushaltsberatung Berücksichtigung finden würde. Dieses Verlassen des „gemeinsamen Konsens" wurde von der Stadt mit den Aktivitäten des SJR (Durchführung einer antifaschistischen Woche) und der Einstellung von Monika Heubl begründet.

Ein anderer Zeuge gab eine Erklärung des Geschäftsführers des SJR wieder, die dieser kurz vor der Entlassung abgegeben hatte, daß nämlich dem SJR nur die Entlassung Monika Heubls bleiben würde, wenn man nicht die Streichung der Gelder der Stadt in Kauf nehmen wolle.

Obwohl nach diesem Ergebnis der Beweisaufnahme für jeden Prozeßbesucher klar war, daß die Kündigung nur aufgrund des Drucks der CSU-Stadtratsfraktion erfolgt war, die Entlassung also allein politische Gründe hatte, wurde sie vom Gericht dennoch abgesegnet.

Im wesentlichen wurde der Argumentation des SJR gefolgt: 1. Der Geschäftsführer hätte nicht über die Entlassung zu entscheiden gehabt, sondern sieben Vorstandsmitglieder in geheimer Abstimmung, wobei ja nicht nachzuweisen sei, ob der einzelne bei der geheimen Abstimmung nicht andere als politisch Gründe im Hinterkopf hatte.
2. Bei der Beratung über die Entlassung, die der Abstimmung vorausging, sei es auch darum gegangen, daß Monika einmal über eine Dienstanweisung diskutiert (ob sie als Sozialpädagogin zum Plakatieren in der Innenstadt verpflichtet sei) und eine basisdemokratische Einstellung hätte.

Auch die Anwendbarkeit des Kündigungsschutzgesetzes wurde abgelehnt, da kein innerer Zusammenhang zwischen Monikas früherer Beschäftigung als Erzieherin beim SJR und der darauf folgenden Beschäftigung als Sozialpädagogin beim SJR bestünde.

„Im Namen des Volkes" erging dieses Urteil, und das, obwohl sich nach der Entlassung gleich eine breite Solidaritäts- und Protestbewegung entwikkelt hatte, obwohl über 1 100 Würzburger mit ihrer Unterschrift und zahlreiche Organisationen mit Protesterklärungen die Rücknahme der Entlassung und die Wiedereinstellung von Monika Heubl gefordert hatten.

Am empörendsten ist jedoch, wie der SJR (in dem die großen etablierten Jugendverbände zusammengeschlossen sind, wie evangelische und katholische Jugend, DGB-Jugend, Sportjugend usw.) im Fall Monika Heubl willig die CSU-Politik übernommen und durchgeführt hat. Da braucht es nur der Drohung der Mittelkürzung und schon wird der antifaschistische und demokratische Anspruch (den der SJR laut Satzung hat) über Bord geworfen. Und gerade über diese Doppelzüngigkeit des SJR waren die vielen Prozeßbesucher ebenso empört wie über die Entscheidung des Arbeitsgerichts, die ja angeblich in ihrem Namen gefällt wurde.

Solidarität mit H. Gaßmann

HAMBURG (Volkskorrespondenz). — Im RM Nr. 19/S. 12 berichtet ihr, daß Hamburger Gewerkschafter eine Anzeige gegen die Verleumdungskampagne der Presse gegen den IGM-Sekretär Hermann Gaßman in der „Hamburger Morgenpost" erscheinen lassen wollten. (H. Gaßmann war vor einiger Zeit wegen des angeblichen Verdachts der Ostspionage verhaftet worden — Red.)

Diese Anzeige ist jedoch nicht erschienen. Stattdessen haben die Erstunterzeichner dieser geplanten Anzeige am 14.5. alle Unterzeichner zu einer Versammlung eingeladen, um das weitere Vorgehen zu diskutieren. Der Grund für das Nichterscheinen der Anzeige: Die Rechtsanwälte und die IGM-Ortsverwaltung hatten von Kollegen Gaßmann eine Unterschrift unter eine Erklärung erwirkt, in der aufgefordert wird, „von allen öffentlichkeitswirksamen Aktionen abzusehen", um die Ermittlungen nicht zu stören.

Zu der Veranstaltung erschienen ca. 150 Gewerkschaftskollegen, (!) teilweise auch von anderen Gewerkschaften. Außerdem waren zwei Vertreter der Ortsverwaltung der IGM anwesend, O. Mohr und D. Richter. Zunächst wurde von einem Kollegen berichtet, unter welchen Bedingungen Hermann Gaßmann schon über fünf Wochen im Knast sitzt: er ist total isoliert in Einzelhaft. Tag und Nacht brennt Licht in der Zelle (jetzt wenigstens nachts nicht mehr). In den Verhören versuchten die BKA-Beamten, ihn mit Drohungen zum Sprechen zu bringen: Druck auf die Familienangehörigen (seine Frau ist schwer krank); sein Gehalt würde ja auch bald gestrichen; Besuchsbedingungen könnten erschwert werden usw. Selbst zwei rote Nelken durfte der Kollege nicht mitbringen, denn „Sie kennen doch auch die Haschbrüder"! Besucher werden fast selbst als Kriminelle behandelt.

Dann wurden die politischen Zusammenhänge der Verhaftung von Gaßmann aufgezeigt. Die bekannten Fälle der letzten Zeit, wie Polizeieinsätze gegen Gewerkschafter, Strafanzeigen gegen IGM-Bevollmächtigte in der Tarifrunde und die allgemeine Hetze über die „kommunistische Unterwanderung des DGB", sollen hier um einen weiteren Baustein ergänzt werden. Besonders auffällig dabei die Parallelen zu dem Fall des Sekretärs der Verwaltungsstelle Frankfurt der IGM, Heinz Dürrbeck: In der Presse wurden fast gleichlautende Hetzartikel gebracht, die auf den Verfassungsschutz als Urheber der Kampagnen gegen Gewerkschafter schließen lassen. Selbst einzelne Vorwürfe waren gleichlautend: Unterstützt die Bewegung gegen Atombomben, ist Mitglied in dem und dem Aufsichtsrat... Dürrbeck ist in der Versenkung verschwunden und Gaßmann soll das gleiche Schicksal ereilen. Das „gefährliche" an Gaßmann: als Bildungssekretär hat er natürlich immensen Einfluß. Der Verfassungsschutz bezeichnet ihn deshalb als „Einflußagent".

In der dann folgenden Diskussion wurde das Verhalten der Ortsverwaltung in **allen** Beiträgen verurteilt. Besonderer Angriffspunkt war dabei die offizielle Haltung der Gewerkschaftsführer zum „Rechtsstaat" und zum Verfassungsschutz. In den Veröffentlichungen der Ortsverwaltung und des Vorstands wurde ja nicht zuerst die sofortige Freilassung gefordert, sondern eine „umfassende und schnelle Aufklärung". Dahinter steht ja die Auffassung, daß die Vorwürfe mit rechtsstaatlichen Mitteln aufgeklärt würden auf der Grundlage der bürgerlichen Gesetze. Genau diese Haltung aber wurde entlarvt als Klammern an die Waffen des „Gegners". Die Strafbestimmungen der §§ 99 und 100, deren Verletzung H. Gaßmann vorgeworfen werden, stammen schließlich aus der Nazizeit und der Zeit des kalten Krieges. Es wurde von einem Redner direkt gefordert, diese Bestimmungen nicht anzuerkennen, weil hiermit jeder kritische Gewerkschafter mundtot gemacht werden kann, sobald er Tatsachen öffentlich anprangert, die den Staatsapparat in Mißkredit bringen. In den Beiträgen wurde auch das „Argument" der Nichteinmischung in schwebende Verfahren zerrissen. Unter den heutigen Bedingungen der Justiz, die selbst den Verfassungsrichter Hirsch dazu veranlaßten, sich zu schämen, sei es geradezu **Selbstmord, sich nicht einzumischen.**

Dann bequemte O. Mohr von der Ortsverwaltung sich zu einer Stellungnahme. Die Ortsverwaltung würde „alles in ihren Kräften stehende tun", um H. Gaßmann freizubekommen. Das ginge eben nur in vollem Vertrauen auf die Rechtsanwälte, die die Gründe für ihre Taktik aber nicht diskutieren wollten. Außerdem sei die von Gaßmann unterschriebene Erklärung gegen öffentliche Aktionen verbindlich für sie. Wenn der Name Gaßmann wöchentlich in der Presse erscheine, sei Gaßmann auf jeden Fall politisch tot. Der Kern seiner Stellungnahme aber war: die Ortsverwaltung ist dagegen, den Fall politisch aufzuziehen, es handele sich eben nur um Gaßmann persönlich. Mit den klaren Gegenargumenten hierzu setzte er sich überhaupt nicht auseinander.

Es wurde für die Anwesenden klar, daß Gaßmann fallengelassen würde, sobald sich die Vorwürfe als „wahr" herausstellen. Viele vermuten sogar, daß bestimmte Kreise der IGM bzw. SPD ein direktes Interesse an seinem politischen Untergang haben, denn er hatte oft kritische Stimmen unterstützt, bzw. selbst fortschrittliche Positionen bezogen. Besonders einige ältere Kollegen wiesen anhand von Beispielen darauf hin, daß „mit der Taktik des Schweigens" noch niemand aus dem Gefängnis geholt worden ist. Man könne die Gewerkschaft nur vor solchen Angriffen schützen, indem man offensiv dagegen kämpft. An dem lautstarken Beifall konnte man erkennen, daß den Kollegen alle diese Beiträge aus dem Herzen sprechen.

Die Veranstaltung war eine politische Ohrfeige für die Ortsverwaltung und die IGM-Führer. Ihr bisheriges Verhalten zu diesem Fall, das Totschweigen und die äußerst interne Informationspolitik wurden total abgelehnt. Die beiliegende öffentliche Erklärung wurde dann auch einstimmig verabschiedet — bei zwei Enthaltungen der Vertreter der Ortsverwaltung. Gleichzeitig wurde eine weitere Veranstaltung für in vier Wochen angekündigt, um das weitere Vorgehen zu beraten.

In der Erklärung wird die Vorrangigkeit der Freilassung H. Gaßmanns unterstrichen. An die Ortsverwaltung der IGM gerichtet, heißt es weiter:

„Wir fordern Euch deshalb auf:

Euch öffentlich für die sofortige Freilassung Herrmanns einzusetzen und dem mit folgenden Schritten Nachdruck zu verleihen:
- Einwirken auf die Anwälte, ihre Verteidigungsstrategie auf die sofortige Freilassung Hermanns zu konzentrieren und sofort einen Haftprüfungstermin zu fordern, bei dem die Stellung einer Kaution durch die IG Metall angeboten wird;
- laufendes Informieren der Mitglieder über die von der Ortsverwaltung in ihrer Erklärung zugesagten Maßnahmen;
- dafür zu sorgen, daß in den Publikationen der IG Metall über die vergleichbaren Fälle und das Vorgehen der staatlichen Instanzen berichtet wird;
- die Stellungnahme von Johannes Müller an die „Morgenpost" in der Gesamtausgabe der „Metall" den Mitgliedern bekannt zu geben.
- Öffentliche Veranstaltungen möglichst aller Einzelgewerkschaften zu den staatlichen Übergriffen auf die Gewerkschaften, aufgezeigt anhand dieses Falles, durchzuführen."

Friedensplan Westberlin

Betr.: Friedensplan Westberlin
Liebe Genossen!
Mit großer Freude habe ich im letzten „Roten Morgen" den Artikel der Sektion Westberlin gelesen. Die Verwirklichung des Friedensplans der KPD für meine Heimatstadt Berlin wäre für alle Werktätigen und friedliebenden Menschen in Ost und West ein großer Fortschritt und darüber hinaus ein Meilenstein (der Weisen) auf dem Weg für das noch höhere Ziel eines vereinten, unabhängigen, sozialistischen Deutschlands. Für ein freies, von waffenklirrenden Supermächten unbesetztes, neutrales Berlin.
Mit sozialistischen Grüßen
Rot Front
Peter K., München

Die Forderung, Kosova den Status einer Republik zuzuerkennen, ist gerecht

Unter diesem Titel veröffentlichte das Zentralorgan der Partei der Arbeit Albaniens am 17. Mai einen großen Artikel, in dem auf die geschichtlichen Ursachen und Entwicklungen der heutigen Lage in der Region Kosova eingegangen wird. „Zëri i Popullit“ weist darin nach, daß die Probleme durch das Abgehen der jugoslawischen Titoisten vom Marxismus-Leninismus entstanden sind. Der Artikel ist als Broschüre über den Verlag Roter Morgen zu beziehen. Wir veröffentlichen daraus Auszüge aus dem Kapitel „Kurzer historischer Abriß über die Behandlung der nationalen Frage der Albaner in Jugoslawien“. (Zwischenüberschriften von der Redaktion RM).

Albanien wurde auf der Londoner Botschafterkonferenz der Großmächte von 1913 aufgeteilt. Ein großer Teil seines Nordostens, Kosova und andere albanische Gebiete, wurden trotz zahlreicher diplomatischer Proteste und trotz des bewaffneten Widerstandes des albanischen Volkes den Königreichen Serbien und Montenegro eingegliedert.



Kulturgruppe aus der SVR Albanien: Das Kulturabkommen, das — unter anderem — zahlreiche Auftritte in Ksovo ermöglicht, will Belgrad kündigen.

Die Versailler Friedenskonferenz von 1919 bekräftigte entgegen den gerechten Forderungen des albanischen Volkes die Aufteilung des albanischen Bodens, die die imperialistischen Mächte in London beschlossen hatten, und beließen ihn innerhalb des von ihr geschaffenen serbisch-kroatisch-slowenischen Königreiches.

Für eine lange Zeit hat die Kommunistische Partei Jugoslawiens die nationale Unterdrückung gegenüber den Albanern verurteilt, die von der „nationalistischen Politik der großserbischen Hegemonisten versklavt und zur Ausrottung verdammt worden waren“, wie Tito in der Zeitung „Proleter“ schrieb. Außerdem hat sie sich für eine gewisse Zeit an die These gehalten, daß den Völkern, die das Königreich Jugoslawien ausmachten, das Recht auf Selbstbestimmung bis zur Lostrennung zuerkannt werden muß.

In dem Artikel „Gegen die Kriegsgefahr, gegen den Angriff der faschistischen Reaktion! Vereinigen wir auch in Jugoslawien alle demokratischen Kräfte in der kämpferischen Volksfront“, veröffentlicht in „Proleter“, Organ des ZK der KPJ am 2. Februar 1937, schrieb Tito: „Das Ziel dieses Kampfes, in dem die Volksmassen sich mit ganzer Kraft bemühen werden, muß unbedingt die dringende Lösung der nationalen Frage entsprechend dem Prinzip des demokratischen Rechts auf Selbstbestimmung sein...“

In einem weiteren Artikel, ebenfalls veröffentlicht in „Proleter“, Ende Dezember 1942, unter dem Titel „Die nationale Frage in Jugoslawien im Licht des Nationalen Befreiungskampfes“, der als programmatisches Dokument der KPJ über die nationale Frage gilt, betonte Tito: „Die Kommunistische Partei Jugoslawiens hat nicht auf das Prinzip verzichtet und wird niemals darauf verzichten, das von unseren großen Lehrern und Führern Lenin-Stalin aufgestellt wurde, ein Prinzip, nach dem jedes Volk das Recht auf Selbstbestimmung bis zu Lostrennung hat... Die Frage Mazedoniens, die Frage Kosovas und Metohijas, die Frage Montenegros, die Frage Serbiens, die Frage Kroatiens, die Frage Sloweniens, die Frage Bosniens und der Herzegowina wird leicht zu lösen sein, wobei alle zufrieden sein werden. Nur auf diese Weise wird das Volk sie selbst lösen; jedes Volk erlangt dieses Recht im heutigen Nationalen Befreiungskampf mit dem Gewehr in der Hand.“

In den „Thesen über die nationale Frage in Kosova und Metohija“, die von Mosa Pijade, einem Hauptführer der KPJ, auf der im Oktober 1940 in Zagreb abgehaltenen 5. Landeskonferenz unterbreitet wurde, wird gesagt: „Die Lösung der hiesigen nationalen Frage (in Kosova, Red.) kann nur mit der Gründung der freien Arbeiter- und Bauernrepublik Kosova, durch den revolutionären Sturz des faschistischen, imperialistischen Regimes der ‚großserbischen‘ Bourgeoisie erreicht werden. Diese Lösung würde für die Albaner, Türken und slawischen Moslems heißen, ganz und gar freie Verfügung über den Boden zu erreichen, von nationaler Unterdrückung befreit zu werden und Bedingungen für die vollständig freie nationale, politische und kulturelle Entwicklung zu gewährleisten.“ (...)

Also, die Kommunistische Partei Jugoslawiens erkannte dem Volk von Kosova genauso wie den anderen Völkern Jugoslawiens das Recht auf Selbstbestimmung bis zur Lostrennung zu, das Recht, eine eigene Republik zu haben. Diese Rechte würde das Volk von Kosova dadurch erlangen, daß es am antifaschistischen Befreiungskampf teilnimmt. Und die Albaner von Kosova nahmen am Kampf teil und leisteten ihren wertvollen Beitrag zur Befreiung Kosovas und der Völker Jugoslawiens.

Ende 1944 zählte man in den Brigaden und anderen Partisaneneinheiten Kosovas, wie Fadil Hoxha geschrieben hat, mehr als 50000 Kämpfer. Während des Krieges gaben Tausende albanische Partisanen für Freiheit und nationale Rechte ihr Leben. (...)

Gestützt auf die Beschlüsse und Ausrichtungen der KPJ über die Selbstbestimmung der Nationen beschloß das Gebietskomitee der KPJ für Kosova-Metohija im November 1943, die Gründungskonferenz des Nationalen Befreiungsrates für Kosova-Metohija einzuberufen. Diese Konferenz wurde im Dorf Bujan im Gjakova-Gebirge vom 31. Dezember 1943 bis 2. Januar 1944 abgehalten. An dieser Konferenz nahmen 49 Delegierte teil; 43 waren Albaner, sechs waren Serben bzw. Montenegriner. Es handelte sich um Vertreter der Nationalen Befreiungsräte der wichtigsten Zentren und Dörfer, um Vertreter der Partisaneneinheiten und um Kommunisten aus allen Gegenden Kosovas. Die Konferenz wurde gerade zu jener Zeit abgehalten, als auch die anderen Nationen Jugoslawiens die höchsten Organe der aus dem Nationalen Befreiungskampf hervorgegangenen Macht gründeten, als jede Nation gerade dabei war, nach ihrem Wunsch und Willen das Recht auf Selbstbestimmung zu verwirklichen.

Das Hauptdokument der Gründungskonferenz des Nationalen Befreiungsrates für Kosova-Metohija ist die Resolution, in der die Haltung der gesamten Bevölkerung hinsichtlich der Zukunft Kosovas zum Ausdruck kommt.

„Kosova und die Dukagjini-Ebene“, heißt es in dieser Resolution, „ist zum größten Teil vom albanischen Volk bewohntes Gebiet, das wie stets auch heute wünscht, sich mit Albanien zu vereinigen. Deshalb empfinden wir es als Pflicht, den richtigen Weg zu weisen, den das albanische Volk von Kosova und der Dukagjini-Ebene einschlagen muß, um seine Bestrebungen zu verwirklichen. Der einzige Weg also, daß sich das albanische Volk von Kosova und der Dukagjini-Ebene mit Albanien vereinigt, ist der gemeinsame Kampf mit den anderen Völkern Jugoslawiens gegen die blutrünstigen nazistischen Okkupatoren und ihre Söldner, weil das der einzige Weg ist, um die Freiheit zu erringen, in der alle Völker, also auch das albanische Volk, die Möglichkeit haben werden, über ihr Schicksal mit dem Recht auf Selbstbestimmung bis zur Lostrennung zu entscheiden. Die Garantie dafür ist die Nationale Befreiungsarmee Jugoslawiens und die Nationale Befreiungsarmee Albaniens, die eng miteinander verbunden sind. Außerdem garantieren dafür unsere großen Alliierten, die Sowjetunion, England, Amerika (Atlantikcharta, Konferenz von Moskau und Teheran).“ (...)

Der nationalistische Kurswechsel Titos

Obwohl dieser Beschluß im Einklang mit den Dokumenten der KPJ und den Erklärungen Titos über die Selbstbestimmung der Nationen stand, widersetzte sich ihm die Führung der KPJ, wo nunmehr der nationalistisch-chauvinistische Geist überwog und sich die antimarxistischen Haltungen über die Neuordnung Jugoslawiens nach dem Krieg abzeichneten.



Sabotage des jugoslawischen Geheimdienstes in Albanien: Ende der 40er Jahre war dies alltäglich!

Im Brief des ZK der KPJ vom 28. März 1944, der hinsichtlich der Beschlüsse der Konferenz von Bujan an das Gebietskomitee für Kosova-Metohija geschickt wurde, heißt es: „Ihr solltet kein Provinzkomitee schaffen, weil euer Gebiet kein besonders zusammenhängender Kreis ist... Aus der Resolution geht der Charakter eures Nationalen Provinzbefreiungsrats nicht klar genug hervor. Dieser Rat kann nur ein Initiator, nur ein Organ der politischen Einheit der Massen sein, doch wir dürfen ihm keinen Machtcharakter geben, obwohl er die unteren Räte, wo es sie gibt, führen muß. Und zwar deshalb, weil ihr kein befreites Territorium habt...

....Wir tragen euch auf, wie die nationale Frage behandelt werden sollte. Ihr solltet vor allem die Beschlüsse der 2. Beratung des AVNOJ (Antifaschistischer Nationaler Befreiungsrat Jugoslawiens), besser verstehen und breiter popularisieren, was Wesen und Ziel dieser Beschlüsse sind. Diese Beschlüsse sichere allen Völkern gleiche Rechte, ermöglichen das Recht auf Selbstbestimmung.

Heute darf man nicht über den ‚Zusammenschluß‘ mit Albanien sprechen, denn in diesem Augenblick ist über die Festlegung der Grenzen zwischen Jugoslawien und Albanien, die beide von Deutschland besetzt sind, nicht die Rede, sondern nur davon, daß diese beiden Länder im bewaffneten Kampf von den faschistischen Machthabern zu befreien sind.“ (...)

Nichtsdestoweniger fuhren die Albaner von Kosova und ganz Jugoslawien fort, entschlossen gegen die faschistischen Okkupatoren zu kämpfen, wobei sie stets hofften, daß sie mit ihrem Kampf eigene nationale Rechte erlangen würden.

(...)

Als Jugoslawien befreit war, rechneten die Albaner von Kosova und der anderen Gegenden damit, daß ihnen für den Beitrag, den sie im Kampf gegen die Okkupatoren leisteten, für das Blut von Tausenden Kämpfern, die auf den Schlachtfeldern gefallen waren, für die unzähligen Opfer des ganzen Volkes, politische Freiheiten und nationale Rechte in gleichem Maße wie den anderen Völkern Jugoslawiens verliehen würden.

Doch stattdessen wurde in Kosova im Februar 1945 eine Militärverwaltung etabliert. Während die Mehrheit der Brigaden Kosovas in Kroatien und Slowenien für die Befreiung ganz Jugoslawiens kämpften, zogen die 52. und 46. serbisch-montenegrinische Division, die 50. mazedonische Division usw. durch Kosova. Tausende Albaner wurden unter verschiedenen Vorwürfen ermordet und massakriert. Unter dem Vorwand der militärischen Mobilmachung wurden Tausende andere an die Front verschleppt.

Während in Kosova eine Militärverwaltung herrschte und das Gesetz machte, wurde ganz Kosova in Belgrad an den Meistbietenden versteigert. Die erste Variante, die die jugoslawische Führung diskutierte, war die Aufteilung Kosovas zwischen den drei Republiken Montenegro, Serbien und Mazedonien. Auf diese Weise wurde eine weitere Zerstückelung albanischer Gebiete entworfen, ähnlich mit der, die im jugoslawischen Königreich beschlossen worden war. Auf einer Beratung des ZK der KPJ, die Anfang 1945 abgehalten wurde, widersetzte sich Miladin Popovic diesem Vorschlag energisch. Er erklärte, daß dieser Vorschlag in offenem Gegensatz zu den Bestrebungen und Rechten der Albaner von Kosova stehe, die sie mit ihrem vergossenen Blut und mit ihrem während des Nationalen Befreiungskampfes geleisteten Beitrag errungen hatten.

Anschließend wurde diskutiert, daß Kosova eine autonome Einheit bleibt, unselbständig und abhängig von der Föderation, jedoch angeschlossen an eine der drei nachstehenden Republiken: Serbien, Mazedonien oder Montenegro. Schließlich wurde beschlossen, daß Kosova an die Republik Serbien angeschlossen wird. (Kosova 2, 1973, S. 76 – 78).

Die Lösung, die der Frage Kosovas von der jugoslawischen Führung gegeben wurde, war keine gerechte Lösung der nationalen Frage. Sie war eine willkürliche Haltung, eine offene Leugnung der souveränen Rechte der Bevölkerung von Kosova, eine Verletzung der Prinzipien der Selbstbestimmung der Völker.

Nur eine Variante wurde in dieser Zeit in Belgrad nicht diskutiert, nämlich die, daß Kosova sich auch mit Albanien vereinigen kann. Hatte das Volk von Kosova diesen Wunsch etwa nicht auf der Beratung von Bujan zum Ausdruck gebracht? Waren Albanien und Jugoslawien nicht zwei verbündete Staaten, die gemeinsam gekämpft und Blut vergossen hatten?

Der Status von Kosova wurde unter dem Diktat der großserbischen chauvinistischen Ideologie errichtet, die vom jugoslawischen Königreich übernommen war und auch im Nachkriegsjugoslawien aufrechterhalten wurde. Das geht auch aus den Worten hervor, die Tito 1946 an Genossen Enver Hoxha gerichtet hatte: „Kosova und die anderen von Albanern

Fortsetzung auf Seite 10

Fortsetzung von Seite 9

bewohnten Gebiete gehören Albanien; wir werden sie ihm zurückgeben, doch jetzt noch nicht, denn jetzt dürfte die großserbische Reaktion dies kaum akzeptieren.“

Tito akzeptierte, daß Kosova Albanien gehört, doch er erwies sich als unaufrichtig, denn die jugoslawische Führung hatte längst beschlossen, Kosova unter Serbien zu belassen. In Wirklichkeit hatte er schon ein Jahr zuvor einer albanischen Delegation aus Kosova erklärt: „Die Völker von Kosova und Metohija werden eine so tiefe Brüderlichkeit und Einheit schaffen, daß es für das albanische Volk gleichgültig sein würde, ob es sich innerhalb der Grenzen Albaniens oder Jugoslawiens befindet.“

Rankovićs offene Worte

Was Tito verheimlichte, sagte der Großserbe Ranković offen und ungeschminkt. Indem er auf einer außerordentlichen Beratung der Antifaschistischen Versammlung Serbiens im April 1945 über die Frage des Anschlusses Kosovas an Serbien sprach, sagte er, daß dieser Anschluß „die beste Antwort für jene ist, die von der Gefahr der Zerstückelung ‚serbischen‘ Bodens tönen, die den nationalen Befreiungskampf anklagen, als ob er die Serben auf Kosten der Kroaten und anderer schwäche.“ („Borba“, 8. April 1945 (...)

Das Volk von Kosova hat den Anschluß an die Republik Serbien weder verlangt noch beschlossen. Dieser Beschluß ist von den höchsten Gremien Serbiens auf willkürliche Weise gefaßt worden. Das geht klar aus den Zeitdokumenten hervor.

Auf der Beratung der oben erwähnten Antifaschistischen Versammlung Serbiens vom April 1945 sprach auch Dusan Mugosa, der an die Stelle von Miladin Popović getreten war, der einen Monat zuvor von den Agenten der OZNA (jugoslawischer Geheimdienst) ermordet worden war. Dusan Mugosa sagte: „Ich bringe den Wunsch des Nationalen Befreiungsrats für Kosova und Metohija zum Ausdruck, daß auch wir, die Völker von Kosova und Metohija, den Anschluß an die Bruderföderation Serbien wollen.“ (...)

Vergessend, was sie am 8. April zensiert hatte, veröffentlichte die Zeitung „Borba“ am 30. Juni 1945 auch den letzten Teil der Rede von Dusan Mugosa, wo er enthüllte, daß Kosova weder die Forderung erhoben noch den Beschluß gefaßt hatte, an Serbien angeschlossen zu werden. „Wir“, hatte Dusan Mugosa gesagt, „haben diesen Beschluß noch nicht in unserer Versammlung gefaßt, weil in Kosova und Metohija die Militärmacht wirkt. Doch bei erster Gelegenheit, sobald die Militärmacht in Kosova und Metohija abgeschafft ist, werden wir in unserer Versammlung beschließen, Kosova und Metohija an die Föderation Serbien anzuschließen.“ Auf diese Weise sollte in Kosova beschlossen werden, was vorher in Belgrad entschieden worden war.

Die Unruhen von 1968

Was also gewann Kosova aus dem ganzen Kampf, den es führte, und aus dem Blut, das es vergoß? Im neuen Jugoslawien wurden ihm nicht einmal die Rechte eines autonomen Gebietes zugestanden wie der Vojvodina, sondern man degradierte es zu einem „Oblast“ der Föderation Serbien. Diesen Status behielt Kosova bis 1968.

Das Volk von Kosova fand sich nicht mit dieser Lage ab und fuhr fort, beharrlich seine Rechte zu verlangen. 1968, aus Anlaß der Diskussion von Abänderungsvorschlägen für die Verfassung, warfen die Albaner von Kosova erneut das Problem ihrer nationalen Rechte auf und verlangten den Status einer Republik für Kosova. Diese Forderung unterbreiteten sie offen vor aller Öffentlichkeit in den politischen Beratungen, die in den Kommunen von Prishtina, Gjilan usw. abgehalten wurden. In der Presse Kosovas vom Oktober 1968 hieß es, daß bei einer Anzahl von Versammlungen in „einigen Kommunen Forderungen nach einer Republik, nach dem Selbstbestimmungsrecht usw.... laut geworden sind“. („Rilindja“, 8.9.1968 und 6.10.1968).

Eine Delegation des BK von Kosova-Metohija unterbreitete Anfang November 1968 diese Forderung sogar Tito. Tito widersetzte sich dieser legitimen Forderung der Albaner von Kosova, lehnte sie ab und sagte: „Die Republik ist nicht der einzige Faktor, der alle Probleme löst.“ („Rilindja“, 4.11.1968). (...)

Deshalb brachen im November 1968 in verschiedenen Städten Kosovas Massendemonstrationen aus, an denen albanische Jugendliche und Bürger teilnahmen. Sie verlangten nach nationalen Rechten, für die sie gekämpft und Blut vergossen hatten, etwa das Recht auf Tragen der Nationalflagge, das Recht auf Zweisprachigkeit (albanisch und serbisch), Gründung einer albanischen Universität, Selbstbestimmung und Republikstatus. Die Demonstrationen wurden von Polizeikräften gewaltsam unterdrückt.

Nach den Demonstrationen erfüllte die jugoslawische Führung die Forderung nach Zweisprachigkeit, nach der Nationalflagge und gründete die Universität Prishtina. Die Forderung nach einer Republik wurde nicht akzeptiert. Obwohl dem autonomen Gebiet nach der Billigung der Verfassungsänderungen größere Befugnisse eingeräumt wurden, blieb Kossova ständig unter der Fuchtel Serbiens.

Aus all dem, was gesagt worden ist, geht hervor, daß die Forderungen der Albaner von Kosova nach dem Status einer föderativen Republik und nach Anerkennung ihrer nationalen Rechte keine neue Frage ist, die zum ersten Mal in den Demonstrationen von Prishtina und von anderen Städten auftrat, keine Frage ist, die vom sozialistischen Albanien geschürt wurde. Das Volk von Kosova hat ständig für diese Rechte gekämpft. Doch sie wurden systematisch geleugnet, angefangen von der II. Beratung des AVNOJ vom 29. November 1943, die die Albaner von Kosova und der anderen Gebiete Jugoslawiens als nationale Minderheit behandelte, dazu bestimmt, unter dem Schirm der Republiken zu leben, während anderen, z.B. Montenegro und Mazedonien, das Recht auf Souveränität und auf Gründung einer Republik zuerkannt wurde. Das Hindernis für die vollständige Zuerkennung der nationalen Rechte des Volkes von Kosova war stets, wie sich aus allen zitierten Dokumenten ergibt, die serbische Bourgeoisie und der serbische Chauvinismus. Gerade weil dieser Bourgeoisie die gerechten Forderungen des Volkes von Kosova, z.B. die Forderung nach einer Republik, nicht behagten, wurden sie als irredentistisch, konterrevolutionär, chauvinistisch usw. bezeichnet. (...)

AUFBAU DES SOZIALISMUS AUS EIGENER KRAFT

Dieses Jahr herrscht in Albanien besondere revolutionäre Begeisterung. Aller Augen sind bereits auf den VIII. Parteitag der PAA und den 40. Jahrestag ihrer Gründung Anfang November gerichtet. Die Vorbereitungen laufen auf Hochtouren. Jeder einzelne, jede Abteilung, jeder Betrieb ist bemüht, alle Aufgaben zu erfüllen, damit auf allen Gebieten des sozialistischen Aufbaus und der Stärkung der Landesverteidigung eine möglichst reiche Bilanz erzielt wird.

In diesem Jahr hat in Albanien mit dem neuen Fünfjahresplan eine neue Etappe des wirtschaftlichen Aufbaus begonnen. Erstmals wird dieser Plan vollständig auf die eigenen Kräfte gestützt sein. Albanien erhält keinerlei Hilfe aus dem Ausland. Unter Führung der PAA mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze ist das gesamte Volk fest entschlossen, mit den Schwierigkeiten und Hindernissen, die sich aus der Verschärfung des Klassenkampfes auf internationaler Ebene und der Bedrohung und Einkreisung durch Imperialismus und Revisionismus ergeben, fertigzuwerden.

Im März tagte die Volksversammlung, das höchste Gremium der Volksmacht. Dort wurden die Ergebnisse der letztjährigen Planerfüllung zusammengefaßt und der Plan des laufenden Jahres verabschiedet (insgesamt werden der alte und neue Fünfjahrplan ja erst auf dem Parteitag behandelt und anschließend in der Volksversammlung verabschiedet). Den Bericht hielt Genosse Petro Dode, Vorsitzender der staatlichen Plankommission.

Die Ergebnisse des zurückgelegten letzten Jahres des alten Fünfjahrplans zeigen, daß Albanien die Schwierigkeiten, in die es vor allem durch den Abbruch der Beziehungen von Seiten Chinas vorübergehend geraten war, weitgehend überwunden hat. Einige Zahlen des letzten Jahres im Vergleich zu den Jahren davor veranschaulichen dies:

Jährliche Zuwachsrate in Prozent

	1980	Durchschnitt der Jahre 1976 — 1979
Volumen der industriellen Gesamtproduktion	7,1	5,8
Investitionsvolumen	8,4	1,0
Landwirtschaftl. Gesamtprod.	2,4 größer als der Jahresdurchschnitt 1976 — 1979	

Bei vielen einzelnen Produkten wurden noch deutlich höhere Zuwachsraten erzielt als insgesamt und die Planziffern wesentlich überboten. So bei Treibstoffen, der Erdgas- und Chromförderung, bei der Herstellung von Ferrochrom, Rohkupfer, Eisennickel, Elektroenergie, Maschinen und Anlagen, Ersatzteilen, Baustoffen, Wäsche, Möbeln u.a. Mehrere neue Rohstofflagerstätten wurden entdeckt, etliche neue Industriewerke in Betrieb genommen. Ebenso haben der Güterumschlag auf der Straße und Schiene (4,4 Prozent bzw. 9,9 Prozent), der Warenumschlag im Einzelhandel und die Dienstleistungen zugenommen. Fortschritte wurden ebenfalls in anderen Bereichen wie Bildungswesen und Gesundheitswesen erzielt. Die Zahl der Absolventen von höheren und Hochschulen hat sich gegenüber dem Vorjahr um 11,9 Prozent erhöht.

In manchen Bereichen ergaben sich allerdings auch Lücken und wurden die Planaufgaben nicht erfüllt. Das gilt für die Landwirtschaft, die Erdöl- und Kohleförderung, einige Bereiche der Leicht- und Lebensmittelindustrie, das Bauwesen und den Export. Um diese Mängel zu beheben, wurden vom Zentralkomitee der PAA und dem Ministerrat besondere Maßnahmen ergriffen. Auf der Grundlage der Ergebnisse des letzten Jahres und des gesamten Planjahrfünfts wurde der Plan dieses Jahres aufgearbeitet.

Der albanische Erzbergbau wird immer wichtiger

Das gesellschaftliche Gesamtprodukt soll gegenüber 1980 um 7,6 Prozent und das Nationaleinkommen um 8,9 Prozent steigen. Die industrielle Gesamtproduktion soll sich um 7,2 Prozent erhöhen. Wie stets hat dabei die Entwicklung der Schwerindustrie Vorrang, und zwar vor allem die Energiewirtschaft. Besonders hoch sind die Erwartungen bei der Erdölförderung, die um 19 Prozent gesteigert werden soll. Hier sind besondere Anstrengungen erforderlich, um die Mängel des vergangenen Jahres aufzuholen. Im Kohlebergbau soll die Förderung nicht nur gesteigert, sondern auch weiter mechanisiert werden.

In den übrigen Industriezweigen geht es in erster Linie darum, die vorhandenen Produktionskapazitäten besser zu nutzen.

Hervorzuheben ist die Entwicklung der metallverarbeitenden Industrie. Sie stellt inzwischen 95 Prozent aller im Land benötigten Ersatzteile her. Gute Voraussetzungen sind geschaffen, um immer mehr zum Aufbau einer Maschinenbauindustrie übergehen zu können. Heute werden bereits 206mal so viele Maschinen und Anlagen hergestellt wie vor 20 Jahren.

Neben der Schwerindustrie entwickelt sich auch die Leicht- und Lebensmittelindustrie mit hohen Zuwachsraten. Im laufenden Jahr soll die Produktion von Massenbedarfsartikeln um 6,8 Prozent oder dreimal so schnell wie die Bevölkerung zunehmen. Ferner soll auch das Angebot vielfältiger und umfangreicher werden.

Im Plan wird darauf geachtet, daß sich Industrie und Landwirtschaft gleichzeitig und harmonisch entwickeln, wobei die Industrie als der führende Faktor und die Landwirtschaft als der grundlegende Zweig der Wirtschaft betrachtet werden.

In der Landwirtschaft ist eine Steigerung um 13,1 Prozent vorgesehen. Dreh- und Angelpunkt ist dabei die Produktion von Brotgetreide; es geht darum, nach wie vor die seit ca. fünf Jahren erreichte Selbstversorgung zu gewährleisten und weiter auszubauen.

Auf der Grundlage der diesjährigen Planungen für die verschiedenen Wirtschaftszweige wurde auch der Staatshaushalt aufgestellt. Die Einnahmen werden voraussichtlich um 9,1 Prozent, die Ausgaben um 9,7 Prozent gegenüber 1980 steigen. Sie betragen 8,2 bzw. 8,15 Milliarden Lek. 59,6 Prozent der Staatsausgaben dienen zur Finanzierung der Entwicklung der Volkswirtschaft, 24,4 Prozent für sozialkulturelle Maßnahmen und 11,5 Prozent für die Landesverteidigung. Ganze 126 Millionen Lek oder ca. 1,5 Prozent des Haushaltes dienen zur Unterhaltung des Verwaltungsapparates.

Derartige Pläne macht und verwirklicht das sozialistische Albanien zu einer Zeit, da sich bei uns die kapitalistische Krise immer mehr verschärft, Produktionszahlen rückläufig sind, Betriebe stillgelegt werden und die ganze Last der Krise auf die Werktätigen abgewälzt wird, Inflation, Arbeitslosigkeit usw. zunehmen, Sozialausgaben massiv gekürzt werden. All diese typischen Übel des Kapitalismus sind in Albanien unbekannt.

Genosse Petro Dode schließt seinen Bericht voller Optimismus: „Die Perspektiven, die der albanischen Wirtschaft durch den Plan für 1981 erschlossen werden, werden bestimmt Wirklichkeit werden, denn ihnen liegen die stählerne Einheit und der unbezwingbare Kampf der Partei der Arbeit Albaniens und des albanischen Volkes zugrunde, die entschlossind, stets vorwärtszumarschieren. Garantie dafür ist die Führung durch die Partei, die das Volk von Sieg zu Sieg geführt hat, ist die korrekte marxistisch-leninistische Linie der Partei, ihres Zentralkomitees mit dem geliebten Führer, Genossen Enver Hoxha, an der Spitze, die uns auf dem glänzenden Weg des Sozialismus und Kommunismus voranführen.“

Entschließung des Zentralkomitees der KPD

DER KAMPF DES VOLKES IN KOSOVA IST GERECHT

Die breite Volksbewegung im „Armenhaus Europas", im Autonomen Gebiet Kosova der SFR Jugoslawien, erregte in den letzten Monaten die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands ist der Ansicht, daß dieser Kampf unsere besondere Beachtung und Solidarität verdient.

1. Es handelt sich um eine erneute Volkserhebung in einem sogenannten sozialistischen Land, die den reaktionären Charakter des Belgrader Regimes enthüllt.

2. Zigtausende albanischer Arbeiter aus Kosova sind gezwungen, hier in der Bundesrepublik zu leben und zu arbeiten. Mutig führten sie bereits mehrere Solidaritätsaktionen für den Kampf ihrer Landsleute in ihrer Heimat durch, die auch von unserer Partei unterstützt wurden.

3. Das revisionistische Belgrader Regime scheut sich nicht, diese seine Angelegenheiten zu einem Konflikt mit dem einzigen wirklich sozialistischen Staat, der SVR Albanien, auszuweiten. Mit ihren völlig ungerechtfertigten Angriffen auf das sozialistische Albanien greifen diese Lügner die Arbeiterbewegung aller Länder an.

4. Schließlich erdreisten sich bestimmte jugoslawische Führer, laut Angaben der jugoslawischen Presse, gar unsere Partei mit den Ereignissen in Kosova in Zusammenhang zu bringen.

Das Zentralkomitee der KPD weist alle Entstellungen und Lügen der jugoslawischen Führer im Zusammenhang mit den Ereignissen in Kosova zurück und stellt fest, daß sie einzig und allein Ergebnis der kapitalistischen Entwicklung Jugoslawiens, der revisionistischen Politik der Belgrader Führung im allgemeinen und ihrer undemokratischen, chauvinistischen, antialbanischen Nationalitätenpolitik im besonderen sind. Eben dadurch befinden sich die albanischen Gebiete im Süden Jugoslawiens in großer Rückständigkeit, leben die Menschen dort in Armut und Elend, werden ihnen demokratische Freiheiten und politische Recht verweigert, die in anderen Republiken Jugoslawiens selbstverständlich sind. Aus all diesen Gründen hat sich die albanische Bevölkerung insbesondere des autonomen Gebiets Kosova, aber auch der anderen albanischen Gebiete Jugoslawiens, zum Kampf für die Verbesserung ihrer Lage und für ihre Rechte erhoben. Im Geist des proletarischen Internationalismus bekundet das Zentralkomitee der KPD die volle Solidarität unserer Partei mit diesen Kämpfen. Die Forderungen des Volkes für die wirtschaftliche Entwicklung dieser Region und die Verbesserung der Lage des Volkes sind ebenso gerecht wie die Forderungen, die darauf abzielen, im Rahmen der jugoslawischen Verfassung den nationalen Belangen der Albaner Geltung zu verschaffen, insbesondere das autonome Gebiet Kosova in den Rang einer Republik des jugoslawischen Bundesstaates zu erheben.

Das ZK der KPD verurteilt auf das entschiedenste die brutalen Gewaltmaßnahmen des Belgrader Regimes gegen die Bevölkerung, die brutalen Bemühungen, den Volksaufstand im Blut zu ersticken. Es verurteilt ebenso die vergeblichen Versuche der Belgrader revisionistischen Propagandamaschine, die SVR Albanien als Urheber der Ereignisse hinzustellen, sowohl im Land als auch international eine wütende antialbanische Hetze zu entfesseln und auch die gutnachbarschaftlichen Beziehungen zwischen Albanien und Jugoslawien aufs Spiel zu setzen. In diesen Tagen schlachteten diese Herren auch den jüngsten provokativen Sprengstoffanschlag auf die Terrasse eines Anbaus der jugoslawischen Botschaft in Tirana dazu aus, die durch sie selbst hervorgerufenen Spannungen zwischen beiden Staaten weiter zu verschärfen. Indem sie so im Bundesstaat Jugoslawien die auf ihrer revisionistischen Politik beruhende Instabilität vergrößern und auf dem Balkan Unfrieden stiften und zwischenstaatliche Spannungen schüren, arbeiten die Belgrader Machthaber allein den beiden Supermächten in die Hände, die aus den Spannungen überall in der Welt profitieren möchten, um ihren Einflußbereich zu vergrößern.

Seit jeher hat dagegen die SVR Albanien und die Partei der Arbeit Albaniens eine prinzipienfeste antiimperialistische Politik im Interesse der für ihre Befreiung kämpfenden Völker verfolgt und auch in der Frage der albanischen Gebiete in Jugoslawien eine korrekte marxistisch-leninistische Haltung eingenommen. Völlig haltlos sind die Vorwürfe der jugoslawischen revisionistischen Führer, die SVR Albanien mische sich in die inneren Angelegenheiten Jugoslawiens ein, sei „chauvinistisch" und „irredentistisch". Die korrekte albanische Haltung ist in vielen Materialien, die bis in die Zeit des Nationalen Befreiungskampfes zurückreichen, ausführlich dokumentiert und wird von unserer Partei vollauf unterstützt. Niemals hat die albanische Regierung und die Partei der Arbeit Albaniens die Forderung auf Anschluß oder territoriale Ansprüche gegenüber Jugoslawien erhoben. Bereits während des Nationalen Befreiungskampfes vor vierzig Jahren hat sie diesbezügliche Forderungen der einheimischen Reaktion als schädlich zurückgewiesen. Und so auch heute. Völlig zu Recht verteidigt das sozialistische Albanien allerdings die nationalen und sozialen Rechte der Albaner Kosovas und der anderen Republiken Jugoslawiens, pflegt es die jahrhundertealten patriotischen Traditionen des albanischen Volkes und verurteilt es die Ausbeutung und Unterdrückung, den Mord und Terror an seinen Landsleuten, die in Jugoslawien leben und die drittstärkste Volksgruppe im jugoslawischen Bundesstaat darstellen.

Das Zentralkomitee der KPD ist zuversichtlich, daß sich die gerechten Forderungen der albanischen Bevölkerung Jugoslawiens durchsetzen werden. Unsere Partei wird den Kampf für diese Forderung stets nachhaltig unterstützen.

Neue Drohungen der US-Regierung

Reagan probt den Aufmarsch

Libyen und Nicaragua als Zielscheibe

WASHINGTON. — Noch härtere Töne als gewohnt drangen in der letzten Woche aus Washington an die Weltöffentlichkeit. Offene militärische Drohungen wurden gegen die Regierungen Libyens und Nicaraguas ausgestoßen.



Neue Drohungen bei jeder Rede: Reagan

Libyen, so US-Außenminister Haig, sei eine Drehscheibe des „internationalen Terrorismus" und die Hauptquelle der Unruhen in Afrika. Die USA würden allen Ländern Afrikas, die sich von Libyens Politik bedroht fühlen, zu Hilfe kommen und wären über einen Sturz Gaddafis erfreut. Als erste Maßnahme wurde eine drastische Erhöhung der Finanz- und Militärhilfe für die Nachbarstaaten Tunesien, Sudan und Ägypten beschlossen, um runde 1,8 Milliarden Dollar. Nach der Ausweisung aller libyschen Botschaftsangehörigen aus den USA im letzten Monat stellt dieser Aufruf zum Sturz der libyschen Regierung einen neuen Schritt in der Eskalation der Drohungen der USA gegen Libyen dar. Zum ersten Mal wurde dabei auch erwogen — öffentlich erwogen — US-Truppen in den Tschad zu senden, falls dort keine den USA genehme Lösung gefunden werde.

Am gleichen Tag wurde auch Nicaragua abermals massiv bedroht. Den Ausbau des Flughafens der Hauptstadt Managua nahm die US-Regierung als Anlaß, von Landebahnen für sowjetische Flugzeuge und die Anlandung sowjetischer Panzer in Nicaragua zu reden, die natürlich eine Bedrohung der USA darstellen sollen. Zwar wies die nicaraguanische Regierung diese Behauptung als infame Unterstellung zurück, aber dies wurde in Washington nicht zur Kenntnis genommen, sondern verlangt, keine Waffen nach Nicaragua zu entsenden. So wollen sich die Washingtoner Kriegstreiber zum Schiedsrichter darüber aufspielen, welche Verteidigung sich das befreite Nicaragua organisiert. Auch dies war verbunden mit massiven Drohungen eines militärischen Eingreifens.

Die Reagan-Regierung setzt also ihren Kurs der extremen Reaktion und der weltweiten Vorbereitung militärischer Überfälle konsequent fort. Hände weg von Libyen und Nicaragua!

Griechenland

Putschversuch — kein Gerücht

Opposition gegen NATO-Stationierung soll unterdrückt werden

ATHEN. — Die Nachricht über einen knapp verhinderten Putschversuch in Griechenland, in der letzten Woche noch als Gerücht in den Zeitungen behandelt, erweist sich als zutreffend. Die faschistischen Obristen wollten damit die breite Opposition gegen die Stationierung von NATO-Truppen im Lande unterdrücken.

Tatsache ist, daß nach dem Sturz der Obristenjunta die Regierung Karamanlis keinerlei Maßnahmen zur Säuberung der Generalität und des Offizierskorps unternommen hat.

Nachdem nun in der Vorbereitungszeit der kommenden Parlamentswahlen und durch eine Reihe großer Massenaktionen klar geworden war, daß die Gegnerschaft gegen NATO-Truppen und Raketen im Lande sehr groß ist, hatte es schon seit Wochen eine Kampagne der Obristen zugunsten der „Stärkung der Wehrkraft" gegeben.

Bezeichnenderweise planten die Putschisten die Befreiung der alten Juntamitglieder aus deren Luxushaft und die Wiedereinführung der identischen Junta, die 1974 gestürzt worden war.

Auch hier, wie bereits bei den verschiedenen faschistischen Putschversuchen in Spanien und auch bei der Aufdekkung des Geheimbundes „P 2" in Italien gibt es konkrete Hinweise darauf, daß die amerikanische Botschaft in diese Pläne verwickelt ist.



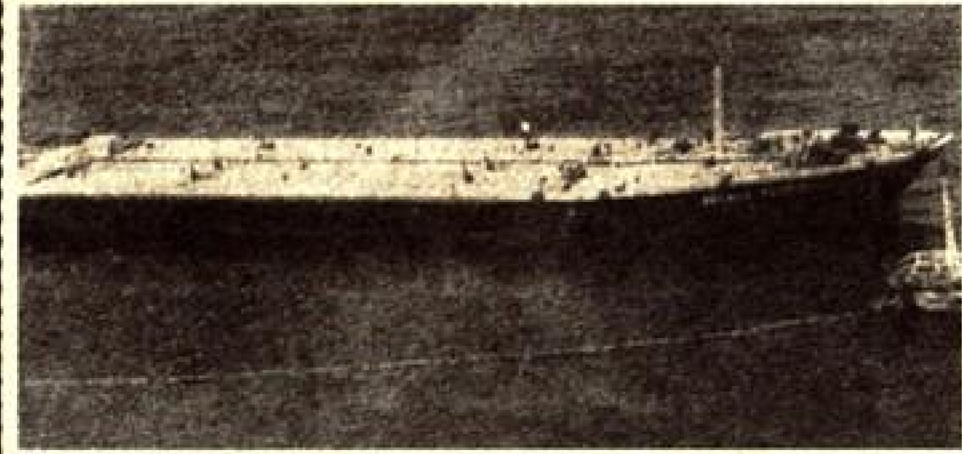
Nur eine Handvoll Faschisten kam nach dem Sturz der Junta ins Gefängnis

Jubiläum der Rassisten

Wer stützt die Apartheid?

Wie ein Embargo durchbrochen wird

KAPSTADT. — Neue Unruhen wurden in der letzten Woche aus Südafrika gemeldet — anläßlich des 20jährigen Verfassungsjubiläum zeigten sich die Rassisten in ureigenstem Licht. Ihre Polizei erschoß zwei farbige Demonstranten. International begleiteten diese Tage zahlreiche Erklärungen, in denen viel von Humanität und Demokratie geredet und das Rassistenregime kritisiert wurde. Dabei wurden auch erneut die zahlreichen internationalen Boykott- und Embargomaßnahmen beschworen, die seit langem beschlossen sind. Aber wie sieht es damit wirklich aus? Warum merkt man nichts von deren Wirksamkeit? Wir stellen dies heute anhand des von der OPEC beschlossenen Ölembargos dar.



Ein Tanker läuft in Durban ein — so wird das Embargo laufend gebrochen.

Nach dem Sturz des Schahs im Iran haben alle Mitgliedsländer der OPEC offiziell dem Embargo gegen Südafrika zugestimmt. Zwar haben die Rassisten riesige Rohölvorräte in stillgelegten Kohlenzechen gelagert, aber maximal hätten sie damit die Möglichkeit, zweieinhalb Jahre zu überleben, eine Zeit, die nun bald zu Ende geht. Dieses Embargo wird auf breiter Front gebrochen.

Von Januar 1979 bis März 1980, in 15 Monaten also, liefen genau 150 Öltanker die beiden Häfen Durban und Kapstadt an. Mehr als die Hälfte davon wurde dabei fotografiert, wie sie ihre Ladung dort auch löschten. Das niederländische Komitee gegen den Rassismus in Südafrika hat durch sein Schifffahrtsüberwachungsbüro dokumentiert, welches diese Tanker waren, wem sie gehören, wer sie gechartert hat, woher sie kamen. Dabei wurde deutlich, daß mindestens alle fünf Tage für mehr als 120 Millionen Mark Rohöl an Südafrika verkauft wird.

Von den beobachteten Tankern steuerten 38 Südafrika auf direktem Wege an. Davon kamen 12 aus Saudi-Arabien, sechs aus Oman, vier aus dem Iran und je zwei aus dem Irak, aus Kuweit, aus Libyen und aus den Vereinigten Arabischen Emiraten.

Dabei ist es so, daß einige der betreffenden Regierungen gegen die Schiffahrtsgesellschaften, die diese Touren organisierten, protestierten und ihnen gegenüber Maßnahmen ergriffen, wie beispielsweise die libysche oder auch die iranische.

Denn organisiert werden diese Fahrten im wesentlichen von den angloamerikanischen Ölmultis. Die Hauptrichtungen, aus denen die Tanker kamen, um dem Rassistenregime das benötigte Öl zu bringen, waren denn auch das unter britischer Verwaltung stehende Brunei und die niederländischen Antillen. Gechartert waren diese Tanker vor allem von der Shell (26 Tanker) der Mobil Oil (13) und der Texaco (10). Vor allem die Transworld Oil, eine niederländisch beherrschte Tankerreederei, organisiert einen regelrechten Linienverkehr mit dem 240 000-Tonnen-Riesen Havadrott, der in zwei Jahren mindestens zehnmal, aus Ras Tanura in Saudi-Arabien kommend, in Südafrika jedesmal eine Ladung im Wert von 700 Millionen Dollar entlud.

Diese Transworld hat alleine noch weitere drei Großtanker auf der Route nach Durban laufen — und allen Kennern ist klar, daß es sich dabei um eine gemeinsame Tochtergesellschaft der Shell und der BP handelt. Nun besitzt Südafrika nur die genannten beiden Häfen, um solche Riesenschiffe anlanden zu können, Schiffe, die 300 bis 350 Meter lang sind und voll beladen nur recht langsam. So kann es nicht verborgen bleiben, daß darüber einiges bekannt wird. Deshalb hat die Rassistenregierung jetzt ein Gesetz erlassen, nach dem mit Gefängnis bis zu sieben Jahren bestraft wird, wer in der Presse über Öllieferungen berichtet. Immer wieder gibt es auch Versuche, die Schiffe zu tarnen, eine große Anzahl von ihnen kommt unter der liberianischen Flagge gefahren.

Das beschlossene Ölembargo gegen Südafrika ist nicht irgendeine Maßnahme. Sie trifft die Rassisten an ihrem gegenwärtig schwächsten Punkt. Ein konsequentes Ölembargo würde zum Scheitern der Regierungspolitik entscheidend beitragen können. Aber es wird eben unterlaufen. So wie auch bereits das Ölembargo gegen Ian Smiths Rassistenregime in Rhodesien ganz öffentlich von Shell und BP unterlaufen wurde, so sind es auch diese beiden Multis, die am aktivsten, wenn auch heimlicher, dazu beitragen, das Embargo gegen Südafrika wirkungslos zu machen.



„Guten Abend, Kollegen" (aus einem „Spiegel"-Bericht über die Kriminalität westdeutscher Polizisten)

Saarländisches Ministerium entscheidet:

Kommunisten dürfen nicht Deutsche werden

SAARBRÜCKEN. — Der Geist des „Dritten Reiches" spricht aus einer Entscheidung des saarländischen Innenministeriums, mit der im April der Antrag auf Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung, den die DKP-Mitglieder Monique Broquard (Frankreich) und Gerhard Broquard (staatenlos) gestellt hatten, abgelehnt wurde. Zusammengefaßt lautet die Begründung: Kommunisten dürfen nicht Deutsche werden!

Saarland
Der Minister des Innern

6600 Saarbrücken, den 10.4.81
☎ 0681/501-2244

Az.: - B 3201 - 03 -

Betr.: Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung
Bezug: Ihr Antrag vom 8.2.1977

Sehr geehrte Frau Broquard!
Auf Ihren Antrag zum Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung ergeht folgende Entscheidung:

Der Einbürgerungantrag wird abgelehnt.

Gründe:
Die Einbürgerung setzt eine freiwillige und dauernde Hinwendung zu Deutschland, Grundkenntnisse unserer staatlichen Ordnung und ein Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung voraus.
Der Einbürgerungsbewerber muß nach seinem Verhalten in Vergangenheit und Gegenwart Gewähr dafür bieten, daß er sich zur freiheitlich demokratischen Grundordnung bekennt und für ihre Erhaltung eintreten wird.
Das ist bei Personen, die in innerer Abhängigkeit zu totalitären Ideologien stehen, nicht anzunehmen.
Nach den hier vorliegenden Erkenntnissen sind Sie aktiv in der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) als Mitglied des Vorstandes der DKP-Stadtverbandsorganisation Saarbrücken tätig.
Nach dem Parteiprogramm verfolgt die DKP Ziele, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet und somit nicht mit dem Grundgesetz vereinbar sind.
Bei einem Mitglied der DKP, das zudem noch dem Vorstand angehört, ist deshalb die Einbürgerungsvoraussetzung des Bekenntnisses zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht erfüllt.

Ein öffentliches Interesse an der Einbürgerung besteht nicht. Der Einbürgerungsantrag war deshalb abzulehnen.

Für diese Entscheidung wird gemäß § 15 Abs. 2 des Verwaltungskostengesetzes vom 23.6.1970 (BGBl. I S. 821) eine Verwaltungsgebühr von 200,- DM festgesetzt. Der Betrag ist innerhalb eines Monats nach Zustellung der Entscheidung an die Landeshauptkasse des Saarlandes in Saarbrücken, Konto-Nr. 8-662 beim Postscheckamt Saarbrücken, unter Angabe der Verbuchungsstelle: Kapitel 03 01, Titel 111 01, zu zahlen.

Gegen diese Entscheidung kann innerhalb eines Monats Klage beim Verwaltungsgericht des Saarlandes in Saarlouis, Kaiser-Wilhelm-Straße 15, eingelegt werden.

Im Auftrag
(Lensch)
Ltd. Ministerialrat

Wenn man sich die hier formulierten Gedankengänge vor Augen führt, fragt man sich doch: wie weit ist es noch bis zu dem Zeitpunkt, an dem Deutsche wegen ihrer fortschrittlichen Gesinnung aus Westdeutschland ausgebürgert werden? — Das ist übertrieben? Nun, wohl ist das noch nicht aktuell. Aber man kann gar nicht wachsam genug sein. In westdeutschen Amtsstuben herrscht offensichtlich ein Geist, in dem auch so etwas wieder Wirklichkeit werden kann!

Die Genossen der KPD haben miterlebt, welche Anstrengungen die Herrschenden unternommen haben, um Mitte der siebziger Jahre den Jugendgenossen Sascha Haschemi an die faschistischen Henker des Schah-Regimes auszuliefern, wieviel Kampf notwendig war, um das zu verhindern, um einen deutschen Paß zu erzwingen. Sie mußten erleben, wie ihr Genosse Paul Pittam nach England abgeschoben wurde und daß er nie wieder westdeutschen Boden betreten darf. Wir alle erleben heute, wie türkischen Demokraten selbst das Asylrecht verweigert wird und sie den Henkern in Ankara in die Hände gespielt werden.

Deshalb gehört unsere Solidarität Monique und Gerhard Broquard. Wir protestieren entschieden gegen die Entscheidung des saarländischen Innenministeriums und fordern ihre Aufhebung!

Oh Gott!

„Die Jungfer Europa ist verlobt
Mit dem schönsten Geniusse
Der Freiheit, sie liegen einander im Arm
Sie schwelgen im ersten Kusse.

Und fehlt der Pfaffensegen dabei,
Die Ehe wird gültig nicht minder —
Es lebe Bräutigam und Braut,
Und ihre zukünftigen Kinder!"

So dichtete Heinrich Heine, so pries er die Freiheitsbewegung in Europa zu seiner Zeit.

„Ein neues Lied, ein besseres Lied,
O Freunde, will ich euch dichten!
Wir wollen hier auf Erden schon
Das Himmelreich errichten."

Deutschland — ein Wintermärchen!

Vom Himmelreich auf Erden sind wir noch weit entfernt, und wer meint, der freie Geist Heines hätte heute, nach über hundert Jahren, in Deutschland endlich Einzug gehalten, der irrt sich gründlich.

„Und fehlt der Pfaffensegen dabei, die Ehe wird gültig nicht minder" — diese Zeilen Heines genießen in ihrem Wortsinn zunehmende Beliebtheit bei jungen Paaren, die auf die heuchlerischen Phrasen der Pfaffen verzichten, wenn sie sich auf Dauer zusammentun wollen. Sie gefielen auch dem Studienrat Erhard Höst und seiner Frau, und sie stellten sie ihrer Heiratsanzeige voran.

Und damit begann der Ärger.

Denn in Bad Mergentheim hinter den sieben Wäldern war daraufhin der Teufel los. Jedenfalls sahen ihn verschiedene ehrbare Bürger bereits herumtanzen und die Jugend des Ortes in seinen Bann ziehen. Die „Tauber-Zeitung", die — im Gegensatz zu den vorsichtigeren „Fränkischen Nachrichten" — die fatale Anzeige gebracht hatte, bereute dies bald. Denn es häuften sich die Proteste. Auch Erhard Jöst bekam plötzlich sehr viel Post. Zitat: „Wer öffentlich Gott lästert, ist anzunehmen, derselbe es auch in der Schule tut und somit gehören Sie aus dem Schuldienst entlassen."

Das Oberschulamt nahm sich des Falles an. Man gelangte schnell, gemeinsam mit dem baden-württembergischen Kultusministerium, zu dem Schluß: die Sache muß man „genau im Auge behalten", Jöst „hat den Bogen überspannt". Endlich hatte auch der Stuttgarter Landtag ein Thema, das seiner Anteilnahme wert war und Stimmung ins Plenum brachte. Und weil die Parlamente bekanntlich keine Schwatzbuden sind, kam es bald zu greifbaren Ergebnissen. Seit dem 2. Juni weiß Erhard Jöst: er hat seine Bewährungsprobe als Studienrat noch nicht bestanden. Seine Probezeit wurde um ein Jahr verlängert.

„Und fehlt der Pfaffensegen dabei
So sollst Du Beamter nicht werden
Denn noch bestimmt die Pfaffenpartei
Was sich abspielt auf fränkischer Erden!"

Noch.

RM-Bericht glanzvoll bestätigt

„Erfolgreichster Nazi-Gegner"



Wir wollen es unseren Lesern nicht vorenthalten, das schmutzige Machwerk charakterloser Verleumder des bayrischen Ministerpräsidenten Franz J. Strauß (vgl. RM 23/81). Auf daß der Abscheu über diese Ausgeburt verworfener Phantasie zur Läuterung unserer Leser beitrage und ihren heiligen Willen zur Bewahrung von Recht und Ordnung in diesem unserem Staat aufs höchste bekräftige.

Und wir wollen nicht versäumen, das unwiderlegbare Dokument für die einzigartigen Leistungen des Obersten aller Bayern zu zitieren: seine Beurteilung durch die nach dem Kriege für die Entnazifizierung zuständige Spruchkammer, die Herrn Strauß, wie er vor Gericht gerührt mitteilen konnte, „vor einigen Wochen übergeben worden" ist. (Welche Schicksalsfügung!)

Darin wird bestätigt: er übte **„nicht nur passiven, sondern in hohem Maße aktiven Widerstand gegen NS-Maßnahmen und Ideologie. Er war einer der schärfsten, überlegensten und erfolgreichsten Gegner des Nationalsozialismus. In Schule, Universität und Dienstzeit hat er für seine Anschauungen leidenschaftlich geworben, seine antinationalsozialistischen Anschauungen unter Gefahr weiterverbreitet, aktiv Widerstand geleistet."**

Dank den Männern, die damals, in bewegter Zeit, unbeirrbar für die Gerechtigkeit eingestanden. Dank denen, die daran teilhaben, daß dieses Dokument nun dem deutschen Volke bekannt wurde. Nur der Vollständigkeit halber, nicht um die großherzigen Menschen zu beschämen — sie lieben es nicht, ihre Arbeit ins Rampenlicht gestellt zu sehen, sie leisten Großartiges lieber bescheiden in aller Stille — nur der Vollständigkeit halber also sei hier erwähnt, daß die unbestechlichen öffentlichen Ankläger bei der Spruchkammer und der für die Entnazifizierung zuständige Landrat, die bei ihrer verantwortungsvollen Aufgabe eine nutzbringende Zusammenarbeit pflegten, Mitglieder der CSU waren. Bei welcher Partei hätte dieses Amt auch in besseren Händen liegen können. Der zuständige Landrat im Bereich Schongau war damals ein gewisser F. Josef Strauß.

Deutsche Richter:

Komplizen der Menschenschlächter

LÜNEBURG. — Die deutsche Justiz bekräftigt ihre Entschlossenheit, den türkischen Faschisten bei der Liquidierung der fortschrittlichen Kräfte des Landes zu helfen: Es gäbe keine politische Unterdrückung in der Türkei, befand am 11. Mai das Oberverwaltungsgericht Lüneburg — und deshalb könne es auch in der Bundesrepublik kein politisches Asyl für Antifaschisten aus der Türkei geben. Fünf türkischen Staatsbürgern droht damit konkret die Auslieferung an die Junta, viele weitere sind ebenfalls von dieser höchstrichterlichen Entscheidung betroffen.

Die fünf Antifaschisten führten vor Gericht an, daß sie in der Türkei von den MHP-Faschisten verfolgt worden sind. Inzwischen ist es die Junta selbst, die die Verfolgung von Demokraten organisiert und sich der bestialischsten Verbrechen an ihnen schuldig gemacht hat. Das alles interessiert bundesdeutsche Richter nicht. Sie versteifen sich auf die Lüge, ausgerechnet der Putsch der Junta habe eine Lage herbeigeführt, in der alle Demokraten in der Türkei gefahrlos leben könnten, denn die Militärs seien „in der Lage und willens", ihre „andersdenkenden Mitbürger" vor Verfolgung „zu schützen!

Ein Beweisantrag eines der Verteidiger, die tatsächlichen Verhältnisse in der Türkei überprüfen zu lassen — dazu sollte der ehemalige Vorsitzende der dortigen Sozialistischen Partei, Bülent Ecevit, vernommen werden — wurde abgewiesen.

Wir haben im „Roten Morgen" mehrfach die Folterpraktiken der türkischen faschistischen Regierung nachgewiesen. Es sei an dieser Stelle noch erwähnt, daß sich die Ausführungen des Verwaltungsgerichts nicht einmal theoretisch rechtfertigen lassen. Verschiedene Artikel des türkischen Strafgesetzbuches, besonders Artikel 142, sehen ausdrücklich die schwere Bestrafung all derer vor, die gegen die Politik des Staates opponieren. Besonders schwerer Verfolgung sind danach Revolutionäre und Kommunisten ausgesetzt, selbst die Propaganda für die Errichtung des Sozialismus ist streng verboten.

Und am 3. Juni kam die Meldung aus Ankara, daß das Regime sämtlichen Massenmedien und natürlich auch Einzelpersonen bei Androhung mehrjähriger Gefängnisstrafen verboten hat, öffentlich zum politischen Kurs der Regierung überhaupt Stellung zu nehmen, ihn zu kommentieren!

Ist das das politische Klima, das den Lüneburger Richtern als ideal vorschwebt? Sind es derartige Maßnahmen, die ihnen die offizielle Selbstdarstellung der Militärmachthaber so besonders glaubwürdig erscheinen lassen?

Aber die Schreie der Gefolterten übertönen die Friedhofsruhe, die über das Land ausgebreitet werden soll, ebenso wie die Stimme des Volkes, das den Henkern Rache schwört.

Es bleibt eine Tatsache: solange die westdeutschen Behörden im Sinne der Lüneburger Gerichtsentscheidung handeln, machen sie sich des Schreibtischmordes schuldig!

Von der „Kantate auf den Tod Kaisers“ zur Neunten Sinfonie

Über Ludwig van Beethoven

Als Beethoven am 17. November 1770 zur Welt kam, war seine Geburtsstadt Bonn ein Vorposten der Aufklärung in Deutschland. Beethovens Vater **erkannte früh die musikalische** Begabung seines ältesten Sohnes Ludwig und sorgte dafür, daß er als Elfjähriger seinen ersten Musikunterricht bei Ch.G. Neefe bekam, wo er sich mit dem „Wohltemperierten Klavier“ Johann Sebastian Bachs vertraut machte und Zugang zum Volkslied fand.

Der junge Beethoven legte einen bemerkenswerten Wissensdurst an den Tag und machte sich eifrig mit dem damaligen deutschen Geistesleben vertraut; vor allem die klassische deutsche Literatur, namentlich Goethe, Schiller, Klopstock, Herder und die Kant'sche Philosophie der Aufklärung zogen ihn an. Nachhaltig wurde er von Eulogius Schneider beeinflußt, der damals an der neugegründeten Bonner Universität Vorlesungen hielt und dem korrupten Adelsgeschlecht die Leviten las: „Die Würde des Menschen ist älter als das Vorurteil seiner Geburt; echter Adel wird nur durch die Größe des Geistes und die Güte des Herzens erlangt ...“

Als der österreichische Kaiser Joseph II. 1790 starb, widmete der erst neunzehnjährige Beethoven ihm eine Trauerkantate mit dem Kernsatz „Da stiegen die Menschen an's Licht“. Joseph II. hatte eine Schaukelpolitik zwischen alteingesessenem Adel und neuer Bourgeoisie gemacht und in diesem Zusammenhang einige Reformen durchgeführt, in denen Beethoven damals seine Ideale zu erblicken glaubte. Diese Trauermusik war der erste, noch naive Ausdruck einer zutiefst demokratischen Weltanschauung. Bald jedoch sollte er Neues kennenlernen, was ihn die Reformpolitik des alten Joseph schnell vergessen machte.

1792 siedelte Beethoven nach Wien um, um bei Joseph Haydn zu studieren. Und hier wurde er schnell vom Feuer der Französischen Revolution erfaßt. Er konnte sie von der Nähe aus beobachten, denn er hatte mittlerweile General Bernadotte kennengelernt, den Gesandten des neuen Frankreich in Wien. Über ihn hatte er Kontakt zu demokratisch-revolutionären Zirkeln, die für die Konstitution in Österreich, für die Abschaffung der Adelsprivilegien, für die Einstellung der Interventionskriege gegen die französische Republik kämpften.

Seine ersten beiden Sinfonien sind unmittelbare Früchte dieser neuen Erfahrung. Entstanden 1799 und 1802, waren sie noch im Geist seiner großen Vorbilder Haydn und Mozart befangen, doch war schon das Feuer der Revolution zu verspüren. Beethoven mußte über seine Vorbilder hinausgehen, um den Sturm der Revolution, der bis in die hintersten Winkel Europas blies, musikalisch gestalten zu können. Historisch noch nie dagewesene Erscheinungen verlangen nach noch nie dagewesenen Ausdrucksformen; genauso wie die Französische Revolution selbst in allen Lebensbereichen, im Militärwesen, in der Verwaltung usw. völlig neue Formen hervorgebracht hatte, so mußte auch Ludwig van Beethoven nach neuen Methoden suchen, sollte ihm die Gestaltung seiner durch die Revolution gefestigten Weltanschauung gelingen. Ergebnis dieses Prozesses war die 3. Sinfonie, die „Eroika“, entstanden 1804.

Die „Eroika“ setzte nicht nur der Französischen Revolution und ihren Helden ein unsterbliches Denkmal, sie revolutionierte auch die musikalischen Ausdrucksformen von Grund auf. Angesichts der ungestümen, das Metrum zerstörenden, dissonanten Akkordschläge des ersten Satzes, angesichts des von revolutionärer Leidenschaft durchdrungenen, fragmentarischen zweiten Satzes, angesichts des atemberaubenden Tempos des dritten Satzes und der weit ausladenden Variationsform des vierten Satzes wird man sich leicht ausmalen können, wie zu Tode erschrocken die flachgeistigen Philister und seichten Spießbürger gewesen sein müssen!

1805 greift Beethoven die musikalischen Gedanken seiner „Kantate auf den Tod des Kaisers Joseph“ erneut auf. Er hat sie in das Finale seiner ersten und einzigen Oper „Eleonore“, später „Fidelio“ genannt, eingearbeitet. Dem Grundgedanken der Trauermusik „Da stiegen die Menschen an's Licht“ war Beethoven treu geblieben, nur hat die idealistische Schwärmerei einem fundierteren Realismus Platz gemacht, denn Beethoven hatte mittlerweile begreifen müssen, daß der Menschheit „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ nicht in den Schoß fallen. Viele seiner Freunde wurden von der österreichischen Reaktion blutig verfolgt. General Bernadotte war knapp einem Attentat entronnen. Die „Gattenliebe“ ist nur eine Seite von Beethovens Oper, die andere beinhaltet den **Kampf gegen Tyrannei und** Despotenwillkür. Beethovens einzige Oper zeichnet sich durch Realismus und Parteilichkeit aus.



Szene aus Beethovens Oper „Fidelio“. Stich von V.R. Grüner

1808 entstand die 5. Sinfonie, sie ist eine unmittelbare Weiterentwicklung der Dritten. Noch großartiger läßt Beethoven die Revolutionsmärsche erklingen. Vor allem der zweite Satz ist ein Beispiel dafür, wie Beethoven sich um eine realistische Haltung bemüht. In der Regel zeichnet sich der zweite Satz einer Sinfonie durch lyrische Grundstimmung aus. So scheint es zunächst auch im zweiten Satz der Fünften zu sein, doch niemals kommt es zum friedlichen und versöhnlichen Abschluß, immer wieder schlägt die lyrische Grundstimmung in ihr krasses Gegenteil um, immer wieder werden die zarten Streicher- und Holzbläserklänge im wahrsten Sinne des Wortes durch Pauken und Trompeten heftig attackiert. Und wenn man sich auch davor hüten sollte, musikalische Vorgänge schematisch auf die Wirklichkeit zu übertragen, so ist doch interessant zu beobachten, daß gerade in dieser Zeit die Revolution in Gefahr geriet. **1807 überzog überzog der einstige Revolutionsgeneral Napoleon, dessen Kaiserkrönung 1804 Beethoven bereits in helle** Wut versetzt hatte, Europa mit einem Eroberungskrieg, der ihn bis Moskau führte, den er aber in der Völkerschlacht bei Leipzig (1813) endgültig verlor. Doch die Völker wurden 1815 auf dem Wiener Kongreß von Metternich und der gesamten europäischen Reaktion um die Früchte ihres Befreiungskrieges gebracht. Noch einmal hatten die Kräfte der Finsternis einen Sieg davongetragen.



Beethoven 1820. Gemälde von J.K. Stieler

Nicht von ungefähr geriet Ludwig van Beethoven 1815 in eine Schaffenskrise. Die Atmosphäre im Wien dieser Zeit muß für jeden schöpferischen Menschen tödlich gewesen sein. Wien war das Zentrum der Konterrevolution und des Spitzelwesens. Verstärkt wurde die Krise Beethovens noch durch familiäre Probleme, die ihm sehr nahegingen, und durch sein sich rapide verschärfendes Gehörleiden, das 1818 zur völligen Taubheit führte und das ihn mehr als einmal an den Rand **des Selbstmords getrieben hat.**

Doch Beethovens Lebenswille war unverwüstlich, ebenso unverwüstlich waren seine revolutionären Ideale. Sie lebten weiter in seinem Schaffen, obwohl gerade Anfang der 20er Jahre des 19. Jahrhunderts in Europa eine regelrechte Friedhofsruhe unter der Knute Metternichs herrschte.

Glänzendes Beispiel für Beethovens Standhaftigkeit ist die Neunte, entstanden 1823. Hatte er 1790 den Satz „Da stiegen die Menschen an's Licht“ vertont, so ist das Motto **der 9. Sinfonie ein Vers aus** Schillers „Ode an die Freude“ — „Alle Menschen werden Brüder!“, das Programm der bürgerlichen Revolution.

Längst hatte sich die Bourgeoisie in Frankreich und anderswo darangemacht, dieses heilige Ideal der Revolution in den Staub zu treten, schon war die Klasse im Entstehen begriffen, die dieser großen Losung im Kampfruf von Marx und Engels „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ neuen, zeitgemäßen Ausdruck verleihen sollte, da verherrlicht der völlig taube Beethoven im Zentrum der Konterrevolution das Ideal der bürgerlichen Revolution mit einem gigantischen Werk, das in seinem letzten Satz bewußt und endgültig aus der traditionellen Sinfonieform ausbricht und das gesungene Wort zu Hilfe nimmt.

Nachdem Beethoven in den ersten drei Sätzen in vervollkommneter Form noch einmal den Heroismus der Revolution hat aufleuchten lassen, wobei sich die Geste des revolutionären Pathos angesichts der herrschenden Zustände fast ins Tragische verkehrt, wartet der letzte Satz, nachdem er noch einmal Elemente der ersten drei Sätze aufgegriffen hat, mit einer geradezu frappierend einfachen und klaren, schlicht instrumentierten volksliedartigen Weise auf, die heute auf der ganzen **Welt bekannt ist. Und erst durch** die Hinzunahme der Gesangssolisten und des Massenchors steigert sich auch der letzte Satz schließlich seinem Gipfelpunkt entgegen, kurz und bündig fast, wenn man etwa an die kaum endenwollenden Schlußakkordserien der Fünften denkt.

Übrigens ist es völlig verfehlt zu meinen, Beethoven habe mit der Neunten seinem sinfonischen Schaffen ein spektakuläres Ende setzen wollen. Er steckte gerade voller Pläne, z.B. für eine 10. Sinfonie und für eine Orchesterouvertüre über den Namen B A C H, als ihn eine schwere Erkältung auf's Krankenlager zwang. Eine Lungenentzündung kam hinzu, eine Leberschrumpfung stellte sich ein. Am 26. März 1827 starb Ludwig van Beethoven, erst 56jährig. 30000 Menschen folgten seinem Sarg.

Johannes Vetter

Karl Martell

Der Zweikampf

Als er ihn kommen sieht, ist es schon zu spät. Nur kurze Zeit hat er nicht aufgepaßt. Keine fünf Minuten hat er an anderes gedacht als daran, daß er sich vorsehen muß. Nun ist es geschehen. Der Zeitnehmer ist von schräg hinten herangekommen und es ist zu spät, den Vorschub von 125 auf die vorgeschriebenen 100 zrückzuschalten. Der Zeitnehmer holt seine Stoppuhr aus der Tasche. Keiner der beiden sagt ein Wort, sie sehen sich nicht einmal an. Das Werkstück schiebt sich mit 125 unter den Scheibenfräser und wird geschlitzt. Das milchige Kühlwasser spült die Späne fort.

Eine Viertelstunde stehen sie so da, der Arbeiter an der Maschine und der Stopper schräg hinter ihm. In dieser Viertelstunde kämpft der Arbeiter gegen die Stoppuhr an. Er kämpft erbittert um jede Hundertstel Minute. Er spannt die Werkstücke so langsam wie nur möglich, tut, als paßten sie nicht in die Spannvorrichtung hinein, bläst die Vorrichtung zwei- dreimal aus und zieht die Schrauben besonders fest an, damit sie später, beim Ausspannen, besonders schwer aufgehen. Er tut dies mit so viel scheinbar notwendigen Bewegungen, daß einer, der nicht Bescheid weiß, nie auf die Idee käme, er arbeite langsamer als sonst. Der Arbeiter weiß, daß er trotz aller Tricks den Zweikampf mit dem Stopper verlieren wird, aber er tut alles, seine Niederlage in Grenzen zu halten. Er gibt bis zuletzt nicht auf.

Der Arbeiter weiß nicht, daß alle seine Mühen vergeblich sind. Der Stopper interessiert sich gar nicht dafür, wie lange er zum Abblasen der Vorrichtung und zum Ein- und Ausspannen des Werkstücks braucht, diese Zeiten hat er schon früher gestoppt. Ihn interessiert nur der Durchlauf, und der ist um 20 Prozent schneller als zuvor. Nach einer Viertelstunde hat er die neue Stückzeit festgesetzt: 2,80 statt 3,40 Minuten pro Stück. Der Arbeiter muß jetzt pro Schicht vierzig Stück mehr fertigen als zuvor. Der Zeitnehmer geht.

Der Arbeiter verdient mit Überstunden 1000,— DM netto im Monat. Um weiterhin diese Summe zu verdienen, wird er schneller arbeiten und vielleicht ein paar Überstunden mehr einlegen müssen. Er hat den Zweikampf mit dem Stopper verloren.

Der Zeitnmehmer, als junger Angestellter, verdient ebenfalls 1000,— DM netto im Monat, und er wird diese Summe auch weiterhin verdienen. Einen direkten Vorteil wird er von der Senkung der Stückzeit nicht haben. Aber er hat dem Zweikampf mit dem Arbeiter gewonnen.

Der wirkliche Sieger in dem Zweikampf der beiden ist aber der Unternehmer, der sie beschäftigt. Er bekommt vierzig Stück pro Schicht geschenkt.

Die Würde am Werktag

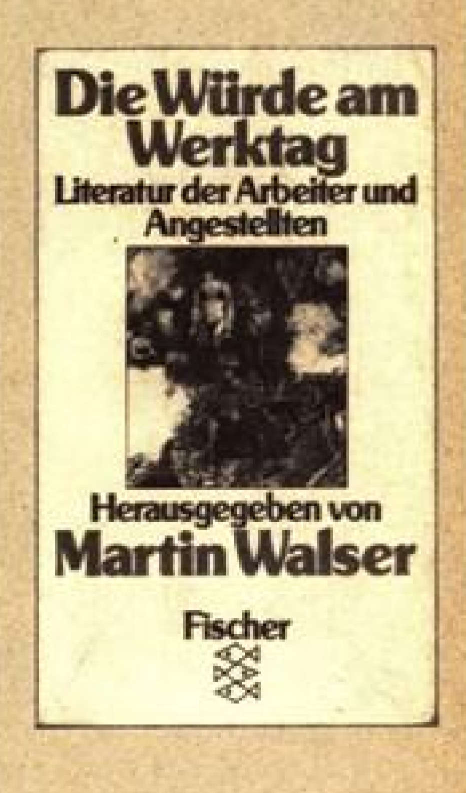
Unter diesem Titel ist im Fischer-Verlag ein Taschenbuch erschienen, dem wir — mit freundlicher Genehmigung des Autors — die obenstehende Erzählung von Karl Martell entnommen haben. Der von Martin Walser herausgegebene Band mit dem Untertitel „Literatur der Arbeiter und Angestellten“ vereint ältere und neue Texte von Autoren des „Werkreises Literatur der Arbeitswelt“.

Walser hat dem Buch ein Vorwort vorgestellt, das zu heftigem Widerspruch reizt. Man findet darin etwa ein peinliches Bekenntnis zur bestehenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung als der besten aller denkbaren Welten oder Sätze wie diesen: „Der Bereich der Produktion, von dem wir längst profitieren — weshalb es nichts nützt, allein den Kapitalisten zu verteufeln —, ist der Bereich der Unöffentlichkeit“.

Diesem Verständnis entsprechend reduziert Walser die von ihm ausgewählte Literatur darauf, ein Ausdruck des Widerspruchs zwischen Anspruch und Wirklichkeit des „Rechtsstaats“ zu sein. „Die Differenz zwischen Anspruch und Wirklichkeit provoziert diese Literatur. Diese Literatur präsentiert dadurch die wichtigste Aufgabe für unsere Entwicklung überhaupt. Solange diese Literatur geschrieben werden muß, ist unser Werktag noch nicht ganz auf dem Boden der freiheitlich demokratischen Grundordnung angekommen.“

Die Texte in dem vorliegenden Taschenbuch selbst widerlegen Walser nachdrücklich. Gewiß wird in keinem von ihnen eine revolutionäre Perspektive entwickelt oder auch nur angedeutet. Es sind durchweg — bei aller Verschiedenheit der Form — nüchterne Zustandsbeschreibungen des kapitalistischen Alltags, so wie ihn die erleben, die „unten“ sind. Kaum eine Erfahrung ist hier ausgespart — von der „normalen“ täglichen Arbeitshetze und der Erniedrigung am Arbeitsplatz bis zu Entlassungen und zum kalt einkalkulierten Arbeitermord. Letzteres ist Gegenstand mehrerer Erzählungen des Bandes, die von tödlichen Unfällen berichten. Und hier schlägt sich die Erfahrung nieder, daß in der Profitkalkulation der Kapitalisten ein Arbeiterleben letztlich nichts zählt.

Solche Zustandsbeschreibungen unserer kapitalistischen Wirklichkeit werfen aber Fragen auf, die weit über die Walsersche Differenz zwischen Anspruch und Wirklichkeit hinausgehen; Fragen nach der Existenzberechtigung eines Systems, in dem eine Handvoll von Kapitaleignern die uneingeschränkte Verfügungsgewalt über die große Mehrheit der Arbeitenden ausübt.



Fischer Taschenbuch 5004, 9,80 Mark

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL ŞAFAK

Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı: 24 12 Haziran 1981 Yıl: 15 1 DM

Her hafta Cuma günü çıkar



5000 demir-çelik işçisi yürüdü! Bremen'deki Klöckner Hütte'de çalışan işçiler, fabrika yönetim kurulunun toplu işten atmaları planlaması üzerine güçlü bir protesto yürüyüşü yaptılar. Klöckner patronları, Batı Avrupa demir-çelik tekellerinin her tekelin üreteceği demir-çelik miktarını belirlemesi üzerine görüşmelere gitmeleriyle 2000 işçiyi işten atmakla tehdit etmektedirler. Geçen hafta Cuma günü yapılan protesto eylemine Klöckner Hütte'de çalışan 5000 emekçi katıldı.

Parlamentoda bütçe görüşmeleri

Emekçilerin sosyal hakları giderek kısıtlanıyor

BONN. — Federal Parlamento'da bütçe üzerine yapılan görüşmeler geçen hafta sona erdi. Burjuva partilerinin şimdiye kadar görülmemiş derecede uzun bir süre üzerinde tartıştıkları bütçenin açık sonucu şu olmalı: Emekçilerin uzun mücadeleler sonucu kazanmış oldukları sosyal haklar kısıtlanacak ve bu kısıtlamadan elde edilen paralar silahlanma bütçesine yatırılacak. Bütçe tartışmalarındaki en ilginç nokta, bütün gerici burjuva partilerinin emekçi halkın sosyal haklarının kısıtlanmasınının kaçınılmaz olduğu düşüncesinde birleşmeleri idi. Ama, anlaşamadıkları tek nokta; tartıştıkları teş şey, bu hakların ne ölçüye kadar kısıtlanması idi.

Bu yılki bütçenin toplam miktarı 231,2 milyar DM. Resmi açıklamalara göre bu yıl 33,8 milyar DM yeni borç alınacak. Yani devlet bu yılki giderlerini karşılayabilmek için bankalardan 33,8 milyar DM borç almış olacak. Böylece devletin, bankalara ve kapitalistlere olan toplam borcu 260 milyar DM'ı buluyor. Bu miktara eyaletlerin borçları da eklenirse, o zaman bu miktar daha da artmakta ve 500 milyar DM'ı bulmaktadır. Bu borcun toplam faizi ise, 17 milyar DM'tır ki, bunun yüzde 80'ni doğrudan büyük bankalara gitmektedir. Sadece bu yönüyle bakılsa bile, emekçi halktan toplanan vergilerin kapitalistlere nasıl peşkeş çekildiği açıkça görülmektedir.

Ama, 33,8 milyar DM kredinin dışında yeni kredi alımları da gözardı edilmemektedir. Ve alınan bu kredilerle, özellikle Federal Ordu finanse edilecek. Bu yılki silahlanma bütçesi 42 ile 44 milyar DM arasında oynamaktadır. Silahlanma için dolaylı olarak harcanan parayı da (10 milyar DM Berlin yardımı, sivil savunma harcamaları, silah tekniğinin geliştirilmesi vs.) buna eklediğimizde bu rakam 60 milyar DM'ı geçmektedir. Yani, Federal Almanya bütçesinin yüzde 25'inden fazlası silahlanmaya ayrılmaktadır: "Ekmek yerine, füzeler, tanklar ve tüfekler"

Parlamentoda bütçe üzerine yapılan tartışmalarda sadece üç SPD milletvekili kararlı bir biçimde silahlanma bütçesine karşı çıktı, diğer üç SPD milletvekili ise tarafsız kaldı. Diğer milletvekilleri, şu veya bu şekilde silahlanma bütçesinin lehinde çaba harcadılar. Özellikle FDP ve CDU/CSU, emekçilerin sosyal haklarının giderek kısıtlanmasına ve bunun için yeni yasaların çıkartılmasına öncülük ettiler. Tabii ki, SPD de bunlardan pek fazla geride kalmıyordu.

Gerek SPD yönetimi, başbakan Schmidt, emekçilerin sosyal haklarına yapılan bu saldırıları "fedakarlık" nitelendirmekte ve bunun "sadece dar gelirli insanları kapsamaması" gerektiğini söylemektedir. Emekçileri yanıltmak için binbir hilelere başvuran SPD, kapitalistlerin ne şekilde "fedakarlık" yapabileceklerini dilinin ucuna dahi almamaktadır. Ama, emekçiler şu gerçeği bilmektedirler: Bugün adına "fedakarlık" denilen bu soygun, doğrudan kapitalistlerin kasalarına yatırılmaktadır.

İşsizlik parasının düşürülmesi çabaları, 1. Çocuk için çocuk parasının ödenmemesi girişimi ve emeklilik maaşlarının vergilendirilmesi meselesi; bütün bu gerçekler bu hükümetin ve bu parlamentonun halk düşmanı yüzünü açıkça göstermektedir. („Haushaltsbratungen")

Kanlı saldırıdan sonra

Kiel'de faşist „Bozkurtlara" karşı mücadele yükseliyor

KİEL. — Faşist "Bozkurtlar" çetesinin 31 Mayıs günü Kiel'de anti-faşistlerin üzerine arabayı sürüp, üç arkadaşı ağır ve bir çoğunuda hafif yaraladıktan sonra, bu katliam çetesine karşı mücadele giderek yükseldi ve yükselmektedir. Geçen yıl Ağustos ayında da iki anti-faşisti bıçaklayarak, ağır şekilde yaralayan faşistler, bu olaydan önce de bir demokrat arkadaşı bıçaklamışlardı.

Türkiyeli anti-faşistlere karşı saldırıların en yoğun olduğu bir şehir olan Kiel'de, resmi makamlar en ufak bir önlem almamakta ve faşistlerin kanlı saldırılarına göz yummaktadırlar. Bundan bir önceki hafta gerçekleştirilen katliam saldırısında kimsenin ölmeyişi sadece bir rastlantı idi. Buna rağmen, Alman polisi sadece bir-iki faşisti tutuklamakla yetinmekte ve saldırıyı düzenleyen faşist derneği kapatmamaktadır. Polis, kanlı saldırıdan sonra anti-faşistleri yakalamak istedi ise de, bu girişim kararlı direniş sonucu boşa çıkartıldı.

Alman ve Türkiyeli anti-faşistler ve devrimciler, Kiel'de faşistlerin saldırılarına karşı mücadelede, ortak düşmanlarına karşı kararlı direnişin en güzel bir örneğini vermektedirler. Bu saldırı bildiriler ve toplantılar vasıtasıyla en geniş kitleye duyuruldu ve olayın ikinci günü bir basın toplantısı düzenleyerek, bu katliam girişimi teşhir edildi. Basına yapılan açıklamada diğer şeylerin yanısıra şunlar yeralmaktaydı: Kültür toplantısı adı altında yapacakları bu faşist toplantı saat 14.00'de başlaması gerekiyordu. 200'e yakın Türkiyeli ve Alman anti-faşisti okul meydanında toplanmaya başladılar. Başka uluslara kin beslemek, azınlık milliyetleri yok etmek ve kendilerinden olmayan herkese karşı kin aşılamak için yapılacağı bu faşist toplantıyı anti-faşistler protesto edeceklerdi." Basın bildirisinde, **"olayın sorumluları derhal cezalandırılmalıdır, Jäger Str. 9/A'daki dernek lokali derhal kapatılmalıdır, Bozkurtlar yasaklanmalıdır"** şeklinde talepler de yer almaktadır.

Olaya ilerici basın ve televizyon geniş yer verdi. Özellikle de televizyonda faşist "Bozkurtların" Kiel'deki saldırıları anlatıldı, resmi makamların faşistlere karşı hiç bir önlem almadığı vurgulandı. "Faşis Bozkurtlara karşı Kiel Komitesi", 13.6. Cumartesi günü Kiel'de olayı protesto amacıyla bir yürüyüş düzenlendi. Yürüyüşe geniş bir kitlenin katılımı beklenmektedir.

Bütün faşist örgütler yasaklanmalı ve yöneticiler tutuklanmalıdır!

(„Mordanschlag in Kiel")

SIPRI: Silahlanma atom savaşını daha da yakınlaştırıyor

STOCKHOLM. — "Stockholm Barış Araştırma Enstitüsü (SIPRI), silahlanma ile ilgili yayınladığı yıllık araştırma kitabında, halkları tehdit eden atom savaşının yükselen tehlikesinde iki süpergücü; ABD ve Sovyetler Birliği'ni sorumlu göstermektedir.

Kısa adı SIPRI olan bu enstitü, Washington'da her zaman Sovyet gizli servisi KGB'nin bir ajanı olarak ve Moskova'da ise sürekli olarak CIA'nın bir ajanı olarak tanımlanmaktadır. Savaş kışkırtıcılarının işine gelmediği için bu şekilde nitelendirilen SIPRI, gerçekten tarafsız olarak araştırma yapan tek Barış Araştırma Kuruluşu'dur. Bundan ötürü de, çıkardığı yıllık silahlanma kitapları savaşa karşı mücadele eden insanlar arasında geniş bir yankı bulmaktadır.

SIPRI, bu defaki araştırmalarına Avrupa'da yerleştirilen çeşitli türden 10000 atom silahını temel almakta ve bu şekilde inceleme yapmaktadır. Enstitünün raporunda şöyle denilmektedir: Bugün iki süper devlet tarafından silahlanmanın sürdürülmesi için yürütülen çabalar, iki bloğun yeni saldırı silahlarıyla birbirini tehdit etmeken doğmuş çabalarıdır ve bu rahatlıkla kanıtlanabilmektedir.

Rapora göre, iki süper devlet müttefiklerini silahlandırmaya yöneltmede farklı başarılar elde etmişlerdir. NATO bloğuna üye ülkelerde bu çabalar genel olarak başarı kazanmakla beraber — ki Batı Almanya önde gelmektedir — Varşova paktında sadece son dört yılda silahlanma giderlerini oldukça artıran DDR'de gerçekleşmişlerdir.

Enstitü, atom silahlarının olmadığı bir olke olan İsveç'i atom silahlarının Avrupa'dan temizlenmesinde ön bir adım olarak görmekte ve bu yönde İsveç Parlamento'sunun aldığı kararı desteklemektedir.

(„Rüstungsbuch von SIPRI")

Faşist cuntanın katliamlarına yardım:

„Türkiye-Yardımı" parlamentoda güç kazandı

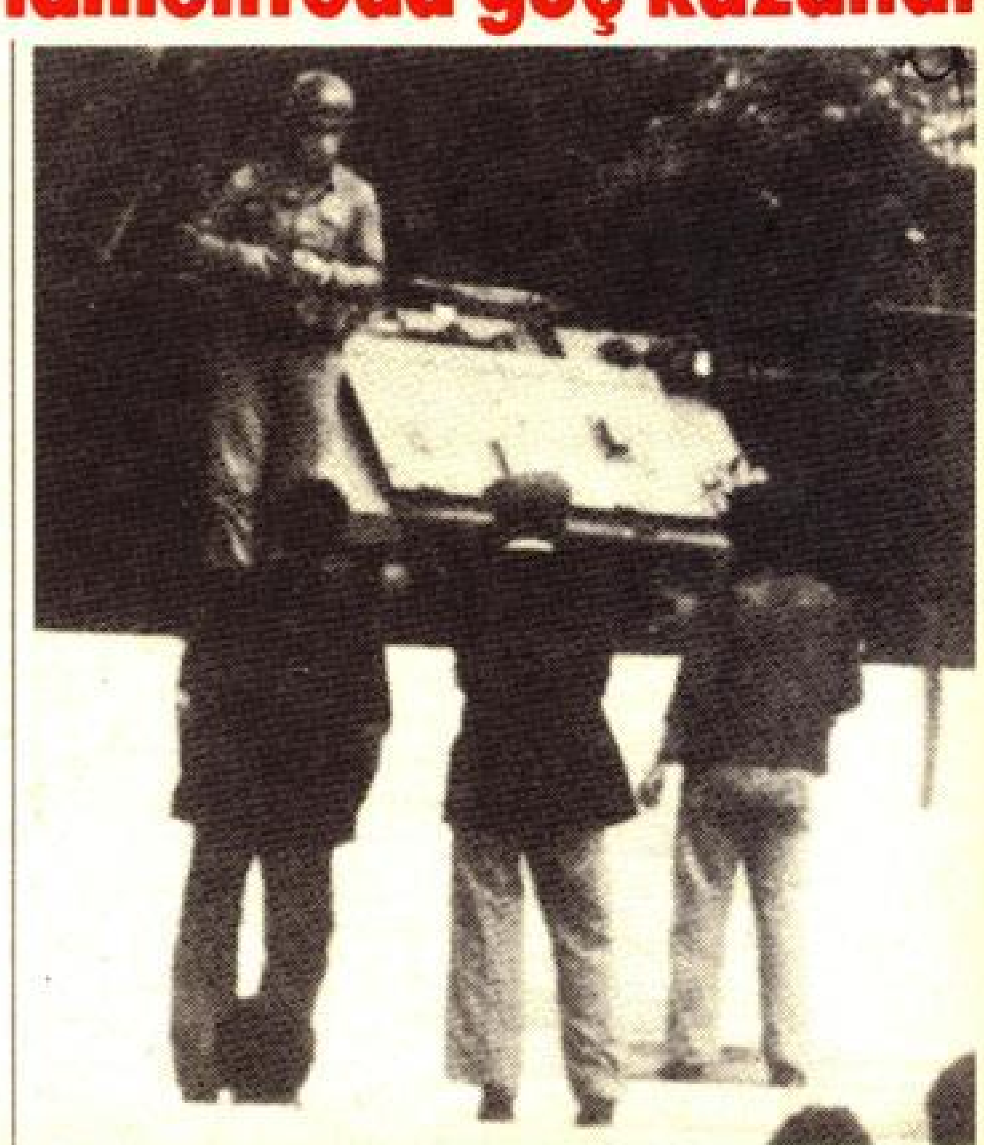
BONN. — Geçen hafta Federal Parlamento'da yapılan bütçe tartışmaları sırasında "Türkiye-Yardımı" da gündeme geldi ve bazı SPD milletvekillerinin karşı çıkışlarına rağmen, faşist cuntaya ve onun katliamlarına sağlanan desteğin devam etmesi giderek güç kazandı.

Bu yılki Federal Almanya bütçesinden faşist generallerin hizmetine sokulan paranın miktarı 660 milyon DM'tır. Bu paranın 200 milyon Markı Dışişleri Bakanlığı'nın bütçesinden, 460 milyonu ise Ekonomik İşbirliği Bakanlığı'nın bütçesinden gelmektedir. 24 SPD milletvekili, bu yardımın politik koşullara bağlanmasını istediler. Ama, formalite niteliğinde olan bu koşul dahi kabul edilmedi. "Türkiye-Yardımı" ile ilgili parlamentoda alınan tek sonuç şu: Federal Hükümet, önümüzdeki yıl "Türkiye'deki demokratikleşme süreci üzerine" (!) Federal Parlamentoya bilgi verecek.

"Demokratikleşme süreci", "demokrasiye geri dönüş"; bu ve buna benzer sözler Batı Almanya'da demokrasi adına yapılmaktadır. Sözde işkenceleri incelemeye giden Federal Parlamento delegasyonunun yaptığı gibi, Türkiye'de "demokrasiye dönüş sürecini" incelemeye gidecek olan parlamenterler de faşist cuntacılarla sarmaş dolaş ve bu şekilde gördüklerini parlamentoda anlatacaklar.

Alman demokrat kamuoyu, demokrasi maskesi altında faşist rejimlerin hükümet ve diğer gerici güçler tarafından niçin desteklendiğini bilmektedir. Türkiye'de ve diğer bazı ülkelerde, faşist terörü ve cinayetleri basına bütünüyle sansür konulmasını destekleyen bir yönetim, kendi ülkesinde de bu gibi çarelere basvurmasından uzak kalamaz.

"Türkiye-Yardımı"na son!



Türkiye'de "huzur" faşist Ordu'nun silahlarıyla mı sağlanacak.

Federal Almanya Cumhuriyeti'nde barış mücadelesinin önemi

1. BÖLÜM

Son aylarda Kızıl Şafak'ta, her defasında onbinlerce insanın katıldığı güçlük kitle yürüyüşlerini yayınlamıştık. Federal Almanya Cumhuriyeti'nde (BRD) Amerikan nükleer füzelerinin yerleştirilmesi planlarına karşı yapılan bu eylemlere KPD ve onun gençlik örgütü "Almanya Komünist Gençliği" (KJD) de katılmışlardı. Bu eylcmlerin meydana gelmesine sebep olan nedenleri detaylı bir şekilde anlatmıştık. Biz, Kızıl Şafak'ın bundan sonraki sayılarında ülkemizdeki bu yeni mücadelenin asıl nedenlerini ve hedeflerini ve ayrıca bu mücadele içinde yer alan güçleri bir yazı dizisi halinde açıklamaya çalışacağız. Yazımızın bu bölümünde güncel olan barış hareketine ve gelişimine değineceğiz.

NATO "İkili Kararı"

NATO Nükleer Silahları Planlama Grubu Aralık 1979'da Avrupa'da nükleer füzelerin yerleştirilmesi gerçekleştirmek için bir karar almıştı. Sovyetler Birliği daha bundan bir kaç yıl önce ABD'yi hedef alan kıtalar arası uzun menzilli nükleer füzelerin yanı sıra, Batı Avrupa'yı hedef alan çok sayıda da orta menzilli silah inşaa etmişti. ABD ve diğer Batılı emperyalistler, Sosyal emperyalistlerin bu yeni sahip oldukları silahlara karşı yeni bir silah yapmak istiyorlardı ve bu silah ABD'nin "Pershing 2" füzesi olacaktı.

Ama, NATO "İkili Kararı" sadece Persihg 2 füzelerinin Batı Avrupa'ya yerleştirilmesini değil, bunun yanı sıra "Cruise Missiles" adında İngiliz nükleer füzelerinin de yerleştirilmesini öngörüyordu. Bütünüyle yeni bir savaş tekniğiyle yapılmış olan bu füze, hedefine bir kaç metrelik bir farklılıkla isabet etmektedir. Teknik yönüyle ele aldığımızda açıkça görülüyor ki, söz konusu olan bir saldırı silahıdır ve böyle bir silah Sovyetler'de bulunmamaktadır. Ve burada NATO bir adım daha ileride bulunmaktadır.

Böylece ABD emperyalizminin askeri stratejisine yeni bir temel oluşturulmuş oluyordu. Ve bu strateji Ekim 1980'de ABD Başkanı Jimmy Carter tarafından ele alınarak, "Direktifler 59" adını aldı. Bu direktiflerde, bir savaş halinde nükleer silahlarla ilk olarak bir saldırıya girişebileceği söyleniyordu.

Bu ve benzeri gelişmeler, Federal Almanya'da özellikle anti-faşist ve demokratik örgütler arasında ve aynı zamanda örgütlü olmayan gençliğin büyük kesimleri arasında büyüyen savaş tehlikesine ve onu körükleyenlere karşı büyük bir nefret uyandırdı. Savaş tehlikesinin giderek artmasından ve ülkemize yeni nükleer füzelerin yerleştirilmesi çabalarından ötürü, son zamanlarda her defasında onbinlerce insanın katıldığı büyük ve güçlü kitle yürüyüşleri yapıldı.

NATO statüsüne göre, Batı Avrupada'da yerleştirilen nükleer silahların kullanılıp kullanılmayacağına, kullanılacaklarsa ne zaman ve nerede kullanılacağına karar veren ABD emperyalistleridir. Böylece Amerika, doğrudan katılmadığı bir atom savaşını Avrupa'da başlatabilecek olanağa sahip durumdadırlar.



Onbinlerce insanın katıldığı barış yürüyüşlerinden biri

Barış mücadelesini engelleme çabaları

Yen bir savaşa karşı gelişen mücadeleyi saptırabilmek ve onu mümkün olduğu kadarıyla küçük tutabilmek için emperyalistlerin sözcüleri tarafından sahte, demagojik araçlara başvurulmaktadır: Aralık 1979 NATO'nun aldığı silahlanma kararı "İkili Karar" olarak, yani iki bölümden oluşan bir karar olarak alınmıştı. Bu kararın birinci bölümünde NATO silahlanma gücünün artırılacağı; Batı Avrupa'ya yeni nükleer füzelerin yerleştirileceği söylenmektedir. Bu kararın ikinci bölümüyle amaçlanan, Batı Avrupa'da silahlanmaya karşı olan muhalefeti yatıştırmak ve bin bir yalan ve sahtekarlıkla 1969 yılından beri özellikle SPD tarafından Federal Cumhuriyette savunulan politik çizginin özünde bir değişiklik olmadığını, geçmişte olduğu gibi bugün de iki askeri blok (NATO ve Warşova) arasındaki ilişkilerde yumuşama politikasından yana olduklarını halka inandırmak istemektedirler.

SPD yönetimi, NATO İkili Kararı alındığından beri bu şekilde nükleer füzelere karşı gelişen ve güçlenen hareketi ki, bu hareket içinde de oldukça güçlüdür—yatıştırmaya çalışmaktadır. Sürekli olarak NATO İkili Kararı hatırlatılmakta, iki süper güç arasında kısa süre içinde görüşmeler yapılacağı söylenmekte veya vaadedilmekte ve bu şekilde politik çizgide herhangi bir değişikliğin olmadığı intibasını uyandırmak istemektedirler. Gerek NATO savunma ve İç İşleri Bakanları toplantıları, gerekse de Başbakan Schmidt'in kısa süre önce ABD'ye yaptığı ziyaret; Reagan Hükümeti'nin gerçekten görüşmelerden yana olmadığını bütün açıklığıyla göstermektedirler. ABD Hükümeti, nükleer füzelerin ülkelerine yerleştirilmelerine karşı Federal Hükümetin aksine bir çok çelişkileri olan diğer Batı Avrupa hükümetlerine karşın sadece görünürde Sovyetler Birliğiyle görüşmelere gideceğini söylemektedir.

Savaşa karşı mücadelede iki akım

Bu gelişmeye uygun olarak barış hareketi içinde iki değişik mücadele perspektifine sahip olan iki ayrı akım vardır. İki taraf da; barış için mücadele veren bütün insanlar, yeni ABD nükleer füzelerinin bir atom savaşının çıkmasına daha fazla olanak sağlayacağında birleşmektedirler. Barış için mücadele veren insanlar aynı zamanda bu nükleer füzelerin özellikle Federal Almanya Cumhuriyeti için büyük bir tehlike oluşturduklarında da birleşmektedirler.

NATO kararına göre bu füzeler 1983 yılına kadar Federal Almanya'ya yerleştirilmek zorundadırlar. Ve bu zamana kadar barış hareketi mutlaka daha da genişleyecektir. Yeni nükleer füzelerin ülkemize yerleştirilmesine karşı "Krefelder Appel" denilen çağrıyı beş ay içinde bir milyona yakın insan imzaladı. KPD, kJD ve Halk Cephesi de bu kampanyaya katıldılar. KPD, barışın korunması sorununa yaklaşırken ve savaşa karşı mücadelenin doğru temeller üzerinde yükselmesi için önerilerde bulunurken bugünkü savaş tehlikesini doğuran nedenleri temel alarak hareket etmektedir. Savaşın kaynağı emperyalizmdir ve emperyalizm varolduğu sürece doğal olarak yeni bir savaşın tehlikesi de mevcuttur. (Kızıl Şafak'ın gelecek sayılarında bu konuya detaylıca değineceğiz)

Bugün bizim ülkemiz için savaşın asıl kaynağını teşkil eden ABD emperyalizminin izlediği politikadır. ABD emperyalizmi ile Sovyet sosyal-emperyalizmi arasındaki rekabet giderek sertleşmekte ve bu durum ülkemizin bir savaş alanına dönüşmesi tehlikesini; Federal Almanya'nın yeni bir dünya savaşı içinde yer alması tehlikesini artırmaktadır. Ve yukarıda da belirttiğimiz gibi, nükleer füzelerin ABD tarafından denetlenmesi bu tehlikeyi daha da artırmaktadır.

Bundan ötürü KPD, barış hareketi içinde, ülkemizin tarafsız kalmasını, ABD'den ayrılmasını yani Federal Almanya'nın NATO'dan çıkmasını ve tarafsız bir politika izlemesini savunan ve bunun için mücadele eden, bu şekilde yaklaşan savaşı önlemek isteyen güçlerin yanındadır. Partimizin bu soruna somut olarak nasıl yaklaştığını, nasıl bir yol izlediğini ve savaşa karşı mücadele ile sosyalist devrim mücadelesini ne şekilde birleştirdiğini de "Kızıl Şafak"ın önümüzdeki sayılarından birinde ele alacağız.

Federal Almanya'nın tarafsızlığını ilan etmesi ve NATO'dan çıkması, sadece komünistler ve devrimci kitle örgütleri tarafından savunulmamaktadır.

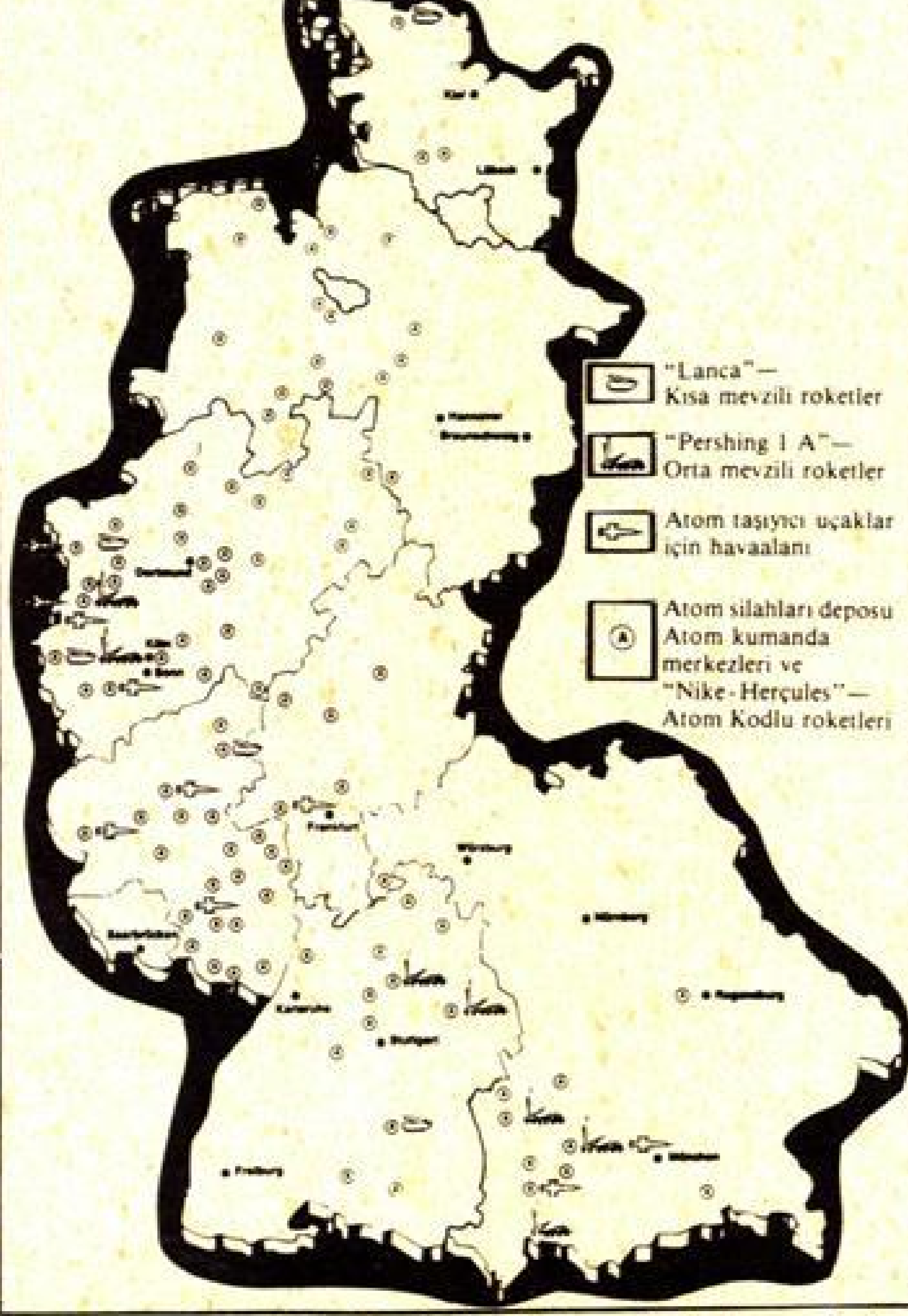
Emperyalistler arası görüşmeler

Barış hareketi içindeki ikinci akım, geniş bir barış hareketi vasıtasıyla iki süper gücü; iki askeri bloğu yeni görüşmeler için zorlamak isteyen güçlerdir. Bu güçler, Federal Hükümet'in ABD'yi Sovyetler Birliği ile görüşmelere ve konferanslara zorlaması için ona sırt vermektedirler.

KPD, savaşa karşı mücadelede böyle bir perspektifi savunan pek çok dürüst insanın büyük bir hata yaptığı düşüncesindedir. Buna karşın onlarla eylemde sıkı bir birlik içideyiz ve pratik içinde bu hatalarının kavrayacaklarına inanıyoruz. Bu arkadaşlar sadece güncel gelişmeleri görecek şekilde hareket etmektedirler. Ama, bu gelişmelerin temelinde yatan şeyi kavrayamamaktadırlar. Bugün ülkemiz, dünyanın diğer ülkelerine karşın, kilometrekare başına nükleer füzelerin, zehirleyici gaz depolarının ve diğer atom silahlarının en fazla olduğu ülkedir. Ve bu duruma NATO politikasının izlenmesi sonucu gelinmiştir.

Diğer taraftan yeni görüşmelere gidilmesi yönünde propaganda yapan, bugün Federal Hükümet'in kendisidir. Ama, şimdiye kadar yapılan görüşmeler barışın korunması için herhangi bir olumlu sonuç getirmediler. Çünkü, bu görüşmeler savaşata veya kıtalararası nükleer füzlerin sınırlandırılmasıyla ilgili süper güçler arasında imzalanan anlaşmalar (SALT 1 ve SALT 2 anlaşmaları) silahlandırmayı sınırlandırmadı, sadece iki tarafınd silah gücünün kontrol edilmesi yönünde adımlar atılmasını sağladı. Ve bu anlaşmaların geçerli olduğu 8 yıl içinde her iki tarafın füzelerinde beş kat artış oldu.

Bu gerçekler, emperyalistler arasındaki görüşmelerin ve bunun propagandasının sadece savaşa karşı gelişen mücadeleyi saptırmaya ve yozlaştırmaya hizmet ettiğini açıkça göstermektedir. Yeni bir emperyalist savaşın engellenmesinin tek yolu, bugünkünden daha da geniş halk kitlelerinin savaşa karşı mücadeleye seferber edilmesidir; askeri bloklardan ayrılarak tarafsız bir politikanın izlenmesi ve silahlanmaya son verilmesidir. Ve bu geniş ve güçlü kitle eylemleri vasıtasıyla hükümetin baskı altına alınmasıyla mümkündür. Ve bu mücadele içinde bütün milliyetlerden emekçiler bir tek cephe içinde birleşmelidirler, diğer mücadelelerde olduğu gibi!



Batı Almanya'da nükleer füzelerin olduğu yerleri gösteren harita.



(1) Federal Almanya Cumhuriyeti'nin devlet yapısı

Federal Almanya Cumhuriyeti, anayasaya göre bir federal devlettir ve içinde iki şehir devletinin de bulunduğu (Bremen ve Hamburg) 10 Eyaletten meydana gemektedir. Bu eyaletler bazı yönleriyle birbirinden farklı yasalara sahiptirler. Federal bir devletin oluşmasının nedenleri şöyle açıklanbilir: İkinci Dünya Savaşı'ndan sonra ülkeyi işgal eden batılı emperyalist güçler Almanya'yı bölmek için bunu bir araç olarak kullanmışlardı. Diğer taraftan o zaman demokratik örgütler arasında şehirlerden oluşan (Türkiye'deki gibi) merkezi bir devlete karşı büyük bir allerji vardı. Çünkü Nazi Almanyası'nın devlet yapısı bu biçimdeydi. KPD, o zamanlar sürekli olarak doğru bir politika savundu ve merkezi yönetim altında birleşik, anti-faşist ve tarafsız bir Almanya için mücadele etti. Ama bunu gerçekleştiremedi.

Her eyaletin anayasasında, savaş sonrası devrimci hareketin etkinliğine bağlı olarak, birbirinden farklı bir dizi demokratik haklar vardır. Örneğin Hessen Eyaleti'nde lokavt yasal olarak yasaktır, diğer eyaletlerde değil.

Bu federal biçimdeki devlet örgütü, arzu ettiği partilerden oluşan hükümetlerini iktidara getirebilmek için süreç içinde burjuvazi için önemli bir araç haline geldi.

Çünkü 496 milletvekilinden oluşan ve Federal Cumhuriyet'teki bütün vatandaşlar tarafından seçilen Federal Parlamento'nun yanında bir de Federal Meclis yer almaktadır. (Bir partinin Federal Parlamento'da temsil edilebilmesi için en azından bütün seçmenlerin yüzde beşinin oyunu alması gerekir.) Federal Meclis 25 üyeden oluşmakta ve bu üyeler eyalet hükümetleri tarafından gönderilmektedir. (Her eyalet büyüklüğüne göre iki ile beş arasında üye göndermektedir) Bu meclis, Federal Parlamento'da kabul edilen yasaları onaylamaktadır. Eğer meclis üyelerinin üçte ikisi aleyhte oy kullanırsa, Parlamento'dan gelen yasa iptal edilmiş olur. Federal Meclis'teki üye durumu eyalet hükümetlerine bağlı olduğu için, eyaletlerdeki hükümet değişiklikleri, Federal Hükümet'in değişmesine de yol açabilmektedir.

Örneğin; eğitim politikası gibi bir çok alanda Federal Hükümet sadece genel kuralları belirlemekte, ama bunun sorumluluğunu eyalet hükümetleri taşımaktadır. Örneğin eskiden SPD'nin uygulamak istediği eğitimde reform politikası diğer eyaletlerin engellemesi sonucu (özellikle de Bavyera'nın) hayata pek geçirilemedi.

(Staatsaufbau der BRD)

Polonya'da işçi hareketi ve kapitalizm

Kızıl Şafak'ın bu sayısından itibaren "Polonya'da işçi hareketi ve kapıtalizm" başlığı altında, Polonya'daki sosyal ve ekonomik yapıyı, kitlelerin azgınca sömürülmesini ve bunun sonucu emekçi halkın yükselen mücadelesini konu alan bir yazı dizisi yayınlamaya başlıyoruz. Türkiyeli devrimcilerin ve demokratların da, Polonya'daki gelişmeleri ve özellikle de işçi sınıf hareketini yakından izlediklerini ve bunu kavramaya çalıştıklarını biliyoruz. Bu yazı dizimizde Polonya gerçeğini detaylı bir biçimde ele alarak, okurlarımızı bu konuda aydınlatmaya çalışacağız. Bu yazı bu yılki Almanca Kızıl Şafak'ın 15, 16 ve 18. sayılarında da yayınlanmıştı.



Gemi tershanelerinde greve giden Polonya işçileri

Sovyet Müdahelesi için provokasyon

"Dayanışma" sendikası 31 Mart Salı günü Polonya'da genel greve gidileceğini ilan etmiş ve son dakikalarda bundan vazgeçmişti. MK Sekreteri Barcikowski, bu grevle, "devlet strüktürünün ve varlığının" yokedilmesi "provası" yapılabileceğini açıklamıştı ki, bu şüphesiz doğru idi.

Böylece, Sovyetler Birliği'nin müdahelesi için ortam yaratmaya çalışan ve bunun için Jaruszelski Hükümeti'ne saldıran Polonya Birleşik İşçi Partisi siyasi bürosundaki aşırı sağcı kliğin provokasyonları boşa çıkartılmıştı. Çünkü, Bromberg'te "Dayanışma"dan iki sendikacının ve bir köylünün polisler tarafından hastanelik edilecek derecede dövülmeleri bir provokasyondu ve bu bir gerçektir.

Revizyonistler, sosyal-emperyalistlere "yardım çağrısı" yapabilmek için provokasyonlara ortam yaratma çabası içindeydiler. Buna delil; Varşova paktı manevrası yapıldığı sırada grevdeki işçiler üzerine baskınlar düzenlenmesidir, bundan bir kaç gün önce diğer şehirlerden Bromberg'e milislerin yığdırılması ve bunların harekete geçebilmeleri için emir beklemeleridir, geçen yazın yapılan büyük grevden beri Bromberg'de ilk olarak polis tarafından vahşi bir terörün estirilmesidir ki, bu saldırıda yaralanan toplam 27 sendikacı ve köylüden üçü Polonya gizli istihbarat teşkilatından sivil giyinmiş ajanlar tarafından ağır şekilde yaralanmışlardı.

Şu gerçek de, Polonya'daki egemen sınıfın şiddeti için tipik bir örnektir: Aralık 1970'deki büyük grevden sonra, greve önderlik eden bir çok sınıf mücadeleci işçi bilinmiyen bir biçimde ortalıktan kaybolmuşlardı veya ölü olarak ıssız bir kenarda bulunmuşlardı. Ve resmi makamlar bunun bilinmiyen haydutlar tarafından yapıldığını söylüyorlardı. Dayanışma sendikasını uyarı grevlerine, genel greve iten şey, eylem için eylem değildi, aksine 1970'deki gibi gelişmelerin korkusuydu. "Dayanışma" sendikasının üyelerine karşı hemen hemen her gün yapılan saldırılar karşısında, evlerin ateşe verilmesi ve katliam olayları karşısında; Feliks Golebiewski, Simoniuk ve Marek Mikoajzuk'un da içinde olduğu sendika görevlilerinin kaçırılması karşısında bu gerekçesiz bir korku değildi.

"Dayanışma" ile hükümet arasında uzlaşma

"Dayanışma" sendikası ile hükümet arasında uzlaşma sağlanması üzerine grevden vazgeçilmişti. Hükümet, Bromberg'teki saldırıdan sorumlu olan kişileri mahkeme önüne çıkaracağına ve cezalandıracağını; bu şehirdeki özel polis birliklerinin geri çekileceğine; Bromberg vali yardımcısının görevden alınması ile ilgili talebi inceleyeceğine ; "Dayanışma" sendikasını güvence altına alacağına; köylü sorununu incelemek için özel bir komisyonun oluşturulacağına ve genel grev duyurusundan bir kaç gün önce ülke çapında uyarı grevlerine giden işçilerin ücretlerinin bütünüyle ödeneceğine dair "dayanışma" sendikasına garanti vermişti.

Buna karşı, "Dayanışma" sendikası, Bromberg'teki polis eyleminin kısmen haklı olduğunu; gerginliği yaratan faaliyetlerin kampanyasından ve kamu binalarının işgalinden vazgeçilmeyi, çatışmalara son vermek için bütün halkı ayağa kaldırmadan görüşmelere son vermek gerektiğini kabul etmeye hazır olduğunu açıklamıştı. Anlaşmanın sonuçları pratik olarak bir uzlaşmayı ifade ediyorlardı. Bu anlaşma, görüşmeleri yürüten Lech Walesa'nın sendikanın merkez yönetiminde yapılan sert tartışmalarda tesilimiyetçilikle suçlanmasından sonra dörde karşı 25 oyla kabul edildi.

Böylece Polonya bir defa daha tehlikenin eşiğinden kurtuldu, ama ne kadarlık bir süre için? Politik ve ekonomik durum giderek karmakarışık bir hal almakta ve gün geçtikçe kötüleşmektedir. Karışıklık, anarşi ve çözülme bütün ülke çapında hüküm surmektedır. Ama, burada tek başına suçlu olan, ülkeyi yoksulluğa ve karmaşıklığa sürükleyen ve Polonya'da hüküm süren yeni burjuvazidir; İktidarı elinde bulunduran Sovyet Kliğidir; yeni burjuvaziyle beraber Polonya emekçilerini soyan ve baskı altına alan Kremlin'deki yeni çarlardır. Ve haklı olarak şu soru sorulmaktadır: Polonya ne zamana ve ne dereceye kadar aslında sosyalist bir ülke idi. Çünkü, diğer revizyonist ülkelere karşın burada kapitalist yozlaşma çok daha önceden ve hızlı bir şekilde başlamıştı.

Kapitalist yozlaşma

Polonya'da ne tarımın kolektifleştirilmesi — ki bugün toprakların yüzde 80'ni özel mülkiyettir — ciddi bir biçimde ilerletildi, ne de katolik kilisesinin büyük etkinliği ve iktidarı sökülüp atıldı. Ellili yılların sonunda ve atmışlı yılların başlarında iltimas, rüşvet ve kayırma giderek hızlanıyordu, zenginler ile fakirler arasındaki vadi giderek derinleşiyordu. Üretim araçlarına kollektiv olarak el koyan yen kapitalist sınıfın üyeleri, eski burjuvazinin saraylarında lüks içinde yaşamlarını sürdürürken; işçiler, fabrikalarda zor koşullar altında çalışarak, bunlar tarafından el konulan artı değeri yaratıyorlardı. Polonya emekçileri zorunlu ihtiyaçlarını satınalmak için çoğu zaman gece yarısından itibaren dükkanların önünde kuyruklar oluşturdukları sırada, zenginler ihtiyaçlarını kaçak pazarlarda veya devletin "Pewex-Ketten" denilen ve satışın dövizle yapıldığı dükkanlarda oldukça pahalı mallarla temin ediyorlardı.

Geçen yıl Polonya'nın radyo ve TV şefi ve MK üyesi (aynı zamanda Gierek'in güvendiği kişi) Macief Szvzepaski hakkında bir araştırma davası yürütüldüğü sırada, sadece denizdeki bir buz kütlesinin sivrilmiş ucu görünüyordu. Bu bayın tespit edilen varlığı şöyleydi: 45 odalı lüks bir villa, cam tabanlı bir yüzme havuzu, dört zenci fahişe, iki uçak, iki yaz gemisi, on araba, Kenya'da bir av evi, Yunanistan'da bir tatil evi, bir koyun sürüsü, kesimeviyle beraber bir domuz yetiştirme işletmesi ve yurtdışına çıkarılmış iki milyon Dolar para.

Partinin üst patronlarının, devlet bürokratlarının ve işletme müdürlerinin bu asalaklığı ve soygunu karşısında Polonya işçilerinin kinini ve hırsını kim anlamaz ki? Sömürücüler cennet içinde yaşadıkları bir sırada bir işçi, ayda ortalama 4000 Zloty (250 DM) ile eve dönmektedir ki, bu sırf Varşova'da kaydedilen 7000 fahişeden birinin bir müşteriden aldığı ücretin yarısını dahi oluşturmamaktadır. Sürekli olarak yeni rüşvet skandalları ortaya çıkmaktadır. Yiyecek eşyalarının alınması için sözde döviz eksikliğinden bahsedildiği sırada, Varşova ve Krakau'daki Polonya ileri gelenleri en azından 2,7 milyon DM değerinde altın, diamant, süs eşyası ve sanat mallarını satın almaktadırlar.

Polonya'da genel grev çağrıları üzerine "Sejus 81" tatbikatı bir hafta uzatılmıştı.

Ku-Klux-Klan, Neo-Naziler, "Bozkurtlar"

ABD'de faşist bir terör örgütü: Ku-Klux-Klan

"Düşmanımız sadece zenciler değil, aynı zamanda Ruslar, Türkler ve diğer ecnebi ırklardır"

"Stern" dergisinin 27.5.1981 tarihli sayısında Ku-Klukx-Klan adlı faşist terör çetesinin Federal Almanya'daki faaliyetleriyle ilgili bir yazı yayınlandı. ABD'de emperyalist tekeller tarafından beslenen bu çete, burada da örgütlenmiş bulunmakta ve Neo-Nazi gruplarla beraber yabancılara ve özellikle de zençi asıllı Amerikalılara karşı saldırılar planlamaktadır.

"Bizim düşmanlarımız sadece zenciler değildir", Ku-Klux-Klan'dan yönetici bir faşist "Stern" dergisiyle yaptığı bir röportajda böyle demekteydi. "Bizim Alman yurtseverleri, Amerikan dostlarımızla beraber bütün ecnebi ırklara karşı mücadele ediyoruz. Ruslara karşı, Türklere karşı ve ülkemize dalgalar halinde gelen bütün pis yabancılara karşı — ve bir zamanlar Adolf Hitler'in, Almanya'nın sistemli bir şekilde yabancılaşmasının arkasında gizlenen Yahudilere karşı yaptığı gibi."

Ku-Klux-Klan uzun zamandan beri Almanya'da örgütlenmekte ve Hoffman grubundan NPD'ye kadar bütün Neo-Nazi gruplarla sıkı ilişkileri bulunmaktadır. Alman faşist çetelerin yabancılara karşı düzenledikleri saldırılarda, (özellikle Kassel'de Türkiyelilere karşı) bu faşist örgütün de yer aldığı söylenmektedir. Ku-Klux-Klan'nın F. Almanya'daki koluna çok sayıda ABD askerinin ve kıdemli subayının yanısıra, 300'ün üzerinde Alman faşisti üyedir. "Stern" dergisi, bu örgüte üye



Ku-Klux-Klan ve Neo-Nazi faşistleri

faşistlerin burada zenci asıllı Amerikan askerlerine ve işçilerine karşı gerçekleştirdikleri bir çok saldırıya da yer vermektedir.

Rheinlanda-Platz Eyaleti İç İşleri Bakanı Böckmann, "Anayasa Koruma Teşkilatı"nın yaklaşık dokuz aydan beri, ABD'de binlerce zenci emekçinin ve antifaşistin kanına girmiş olan bu çetenin Eifel'deki çalışmalarını izlediğini, "Federal Cumhuriyet'teki diğer aşırı sağcı gruplarla olan bağlarının bilindiğini" söylenmektedir. Ama, kriminel bir örgüt niteliğini taşımadığı için herhangi bir önlemin alınmadığını belirtmektedir. Alman makamlarının bu faşist çetenin çalışmalarına açıkça göz yummaları gerçekten nefret vericidir. Bu, Ku-Klux-Klan çetesinin koruyuculuğunu yapmaktan başka bir şey değildir.

Ku-Klux-Klan, 1865 yılında kurulmuş beyaz-ırkçı (bugün faşist-ırkçı) bir katliam örgütüdür. İlk kurulduğu dönemlerde Amerika'daki zenci halkı katletmeyi kendine amaç edinen bu çete - ki bu amacına belirli oranda ulaşmıştır — ABD'de işçi sınıfı hareketinin yükselmesiyle demokrat devrimci güçleride hedef aldı. Faşist-ırkçı çete yüz yılı aşkın terör tarihinde sürekli kapitalistlerin ve tekellerin uşaklığını yaptı. Bu örgütün devletle sıkı bağlarının olduğu ve bugün CIA ajanları tarafından yönlendirildiği bilinen bir gerçektir. Amerika'da legal olarak faaliyetlerini sürdüren bu faşist çetenin 100 bine yakın üyesi vardır. Carter Hükümeti döneminde ABD senatosunda fraksiyon başkanlığı [illegible] Robert Byrd'in yanı sır[illegible] [illegible]ok ABD Bakanının ve ordu içinde pek çok yüksek rütbeli subayın da Ku-Klux-Klan örgütünün üyesi oldukları geçmiş dönemlerde tespit edilmişti.

ABD emperyalizmi, özellikle krizin derinleştiği dönemlerde, genişleyen kitle eylemlerini bastırabilmek için bu faşist-ırkçı çeteyi en iyi şekilde kullanmayı bilmiştir. Bunalımın derinleştiği ve buna bağlı olarak kitlelerin mücadelesinin yükseldiği dönemlerde bu örgütün üye sayısında büyük bir artış olmakta ve kitle katlilamlarına kadar varan terör hareketleri yüz kat artmaktadır. Geçen yıl Kasım ayında, özellikle bu örgütün estirdiği ırkçı faşist teröre karşı yapılan bir yürüyüş yine bu faşist cinayet mangaları tarafından makinalı silahlarla taranmış ve dört emekçi katledilmişti. Greensboro kentinde gerçekleşen bu katliamdan sonra bazı Ku-Klux-Klan faşistleri tutuklanmış, ama sonradan 4000 dolar karşılığında serbest bırakılmışlardı. Bu olay, Amerikadaki bu cinayet şebekesinin ABD devleti ile iç içe olduğunu açıkça göstermektedir.

Gerek Türkiye'de, gerek Almanya'da, gerekse de Amerikada ırkçı faşist çetelerin çalışma yöntemleri aynıdır. Amerika'da faşistlerin hedefi zenciler, Almanya'da geçmişte yahudiler şimdi yabancılar ve Türkiye'de Kürtler ve diğer azınlıkta milliyetlerdir. Ama, bu faşistler ayrı milliyetlerden olduğu halde birleşebilmektedir. Çünkü, sermaye yabancı düşmanlığını zulüm ve sömürü düzenini ayakta tutabilmek için bir araç olarak kullanmaktadır.